

30. Jahrgang

Nr. 1

März 2019

Sozialimpulse

Rundbrief

**Dreigliederung
des sozialen
Organismus**

Was ist geworden?

Was braucht die Zukunft?

Vereinbarung von
Arbeit und Einkommen

Betrachtungen
und Berichte

Zeichen der Zeit:
INF-Vertrag, Venezuela

Initiativen
und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

**100 Jahre Dreigliederung
Was ist geworden? Was braucht die Zukunft?**
(Gerald Häfner, Nachschrift) _____ 3

**Die Vereinbarung von Arbeit und Einkommen –
eine Strukturfrage. Beispiel Waldorfschulen**
(Wolfgang Rau) _____ 12

Betrachtungen und Berichte

„Die Ethik der Freiheit“: eine Ideologiekritik
(Helmut Woll) _____ 20

Die Herauslösung des Geldes aus
der Wirtschaft (Kurt Wilhelmi) _____ 22

Rechtsleben, Recht und Gerechtigkeit
(Reinald Eichholz) _____ 25

Zeichen der Zeit

Kündigung des INF-Vertrags (Kai Ehlers) _____ 27

Glosse (Sylvia Führer) | Gemeinnützigkeit attac |
Grundsteuerreform _____ 30

Vexierbild Venezuela (Kai Ehlers) _____ 32

Literatur

Bavastro: Organtransplantation (Richard Fuchs) _____ 34

Gedenken

Margarete Ostheimer | Georg Glöckler _____ 35

Initiativen und Termine

Kreditinitiative „Unternehmen in Freiheit“
startet (Kurt Wilhelmi) _____ 36

Arbeitskreis Geld _____ 37

Zukunftsfähiges Wirtschaften _____ 37

Terra Preta _____ 37

100 Jahre Waldorf _____ 37

Social Banking _____ 38

Führungskräfte-Kurs _____ 38

Menschenwürde _____ 38

Veranstaltungen im Forum 3 _____ 38

Netzwerktreffen 2019 _____ 38

Tagung 100 Jahre Dreigliederung, 5.–7. April _____ 39

Selbstverwaltung und Rätegedanke _____ 40

Impressum

Sozialimpulse – Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 – 23 68 950, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 18630480. Redaktion und Verwaltung: Prof. Dr. Christoph Strawe. Lektoratsmitarbeit: Katharina Offenborn. Gestaltungskonzept: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Druck: Offizin Scheufele, Stuttgart. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr € 30,-). Zahlungen bitte durch Überweisung auf Treuhandkonto Czesla (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLADEST600) oder in bar. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in DE können uns auch ein SEPA-Lastschriftmandat erteilen (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils 1. März, 1. Juni, 1. September und 1. Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. ■

Editorial

Vor 100 Jahren, im Frühjahr 2019, entstand, von Rudolf Steiner inspiriert, eine große Volksbewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus. Im Februar/März war ein „Aufruf an das Deutsche Volk und an die Kulturwelt“ lanciert worden, in dem es hieß: „Die sozialen Gemeinschaften haben sich bisher zum größten Teil aus den sozialen Instinkten der Menschheit gebildet. Ihre Kräfte mit vollem Bewusstsein zu durchdringen, wird Aufgabe der Zeit.“ Am 22. April fand im Stuttgarter Stadtgartensaal ein Vortrag für die Unterzeichner des Aufrufs statt, ein „Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus“ wurde begründet. Am nächsten Tag hielt R. Steiner eine mit Begeisterung aufgenommene Rede vor den Arbeitern der Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik, in der er u.a. eine freie Bildung für alle Menschen und die Überwindung der Klassenvorrechte in Bildungsfragen forderte. In Zusammenhang mit diesem Vortrag wurde dann der Entschluss zur Gründung der „Waldorfschule“ gefasst. Er wurde am 7. September realisiert.

Die Dreigliederungsbewegung engagierte sich für die Selbstverwaltung von Wirtschaft und Kultur. 100 Jahre später, in diesem Frühjahr, wollen wir nicht nur an dieses allgemein zu wenig gewürdigte geschichtliche Ereignis erinnern, sondern vor allem die heutige Bedeutung der damaligen Arbeitsansätze angesichts der vielfältigen ungelösten Probleme unserer heutigen Zeit herausarbeiten. Was können wir aus diesem Impuls und den bisher damit gemachten praktischen Erfahrungen für die Probleme von heute und morgen gewinnen?

Diese Fragen und Themenstellungen sind Gegenstand der geplanten Tagung „Impuls für die Zukunft“ von Fr–So, 5.–7. April in Stuttgart. Ich würde mich freuen, viele von Ihnen dort zu treffen! Alle Infos finden Sie unter www.100JahreSozialeDreigliederung.de. Informationen zum Achberger Fest und Symposium vom Fr–So, 26.–28. April 2019 finden Sie unter www.sozialeskulptur.com ■

Ihr


In eigener Sache

Allen Freunden, die unserem Aufruf zum Kostenausgleich 2019 gefolgt sind, sagen wir an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön! Für die Sachkosten der Hefte und die Umlage der weiteren Kosten sind bis Anfang März 19.000 EUR eingegangen. Es fehlen insgesamt noch 17.500 EUR. Wir bitten daher um weitere Unterstützung.

100 Jahre Dreigliederung

Was ist geworden? Was braucht die Zukunft?

Gerald Häfner

Nachschrift: Anna Sophia Hellmich /
Stefan Padberg / Katharina Offenborn

Vorbemerkung: Es handelt sich bei diesem Text um eine vom Vortragenden nicht durchgesehene freie Nachschrift eines Referates, das er bei einem Treffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung am 25. November in Freiburg i.Br. gehalten hat. Bei der Nachschrift wurde versucht, den Duktus der mündlichen Rede, wo möglich, beizubehalten.

Entwicklung der Anthroposophie

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Entwicklung der Anthroposophie. Es ist überaus trocken und damit fast nicht zulässig, darüber so verkürzt zu sprechen. Ich hoffe diesbezüglich auf Milde und Ihre innere Mitgestaltung.

In einer ersten Phase erarbeitete Rudolf Steiner eine Erkenntnistheorie bzw. eine Erkenntniswissenschaft basierend auf den Fragen: *Was kann der Mensch überhaupt erkennen? Und wie?* – Von da aus geht er zunehmend in die Erkenntnispraxis, führt Anthroposophie in ihrer Anwendung auf die Bereiche *Wissenschaft, Kunst und Religion* immer konkreter aus. Zuletzt wendet er sich der großen Aufgabe der Gesellschaftsgestaltung zu. Die Kommunion mit der Wirklichkeit wird immer tiefer, immer alltagsnäher. Anthroposophie ist also nichts, womit man sich nur sonntagabends im Wohnzimmer oder mittwochabends im Zweig beschäftigen sollte, sondern sie ist eine Angelegenheit für jeden Tag – ist etwas, das ins Leben eingreift, das Leben verwandeln will. Das zeigt sich bereits früh, als Rudolf Steiner den anthroposophischen Erkenntnis- und Schulungsweg vorstellt.

Im Folgenden stelle ich einige Behauptungen auf, die als Anregung und als Einladung zum Gespräch gemeint sind. Ich behaupte: So, wie es einen inneren Schulungsweg gibt, so gibt

es auch einen Schulungsweg im Sozialen. Eine gesunde Entwicklung erfordert, dass wir beide gehen, dass wir im Auge haben, was wir auf dem inneren Schulungsweg erleben, aber auch: was wir auf dem sozialen Schulungsweg mit unseren Mitmenschen machen.

Um es nochmals aufzugreifen: Der Moment 1917, als Rudolf Steiner sich im Äußeren dem sozialen Leben zuzuwenden begann, wurde in seinen Werken vielfach von ihm vorbereitet: Das soziale Hauptgesetz formulierte er 1905/06, das soziologische Grundgesetz noch viel früher. Aber in dieser Phase, die 1917 ihren Anfang nahm und 1919 kulminierte, ging es Steiner darum, ausgehend von der Erkenntnis in einem bewussten Versuch einzugreifen in die Gestaltung des Sozialen selbst. Die Tragik für Rudolf Steiner war, dass viele der anthroposophischen Freunde nicht mitziehen konnten und wollten. Schon seine Abreise aus Dornach war ein erhebliches Problem für sie. Ständig fragten die Freunde, wann er denn wiederkommen würde. Sie verstanden nicht, dass das, was er in Stuttgart tat, ganz zentral zu seinen eigentlichen Aufgaben gehörte. Im Grunde wünschten sie sich, er hätte in Dornach und anderswo weiter gelehrt und Vorträge gegeben, anstatt sich bei Daimler und Waldorf Astoria um die Arbeiter zu kümmern und sie in den Arbeitervorträgen über ihre Situation aufzuklären. Das war eine Art Bruch, eine erste Entfremdung. Im Sommer 1919 musste Rudolf Steiner schließlich erkennen, dass er das so nicht weiterführen konnte – und auch nicht musste, weil sich aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung vieles gefügt hat: Für kurze Zeit standen gesellschaftlich alle Fenster und Türen offen, denn das Kaiserreich war zu Ende.

Matrosenaufstand...

An dieser Stelle möchte ich weiter ausholen. Obwohl der Krieg längst verloren war – jeder, der die Augen öffnen wollte, konnte das sehen und wissen –, kam Mitte November der Befehl zum Endkampf, zur Todesschlacht, gegen England. Es sollten nochmals alle Schiffe hinausfahren und aus allen Rohren feuern. Rein aus einem überkommenen Ehrgefühl heraus wollten die Befehlshaber die Vernichtung des Feindes – eine völlig sinnlose Aktion angesichts des verlorenen Krieges. Die Soldaten und Matrosen weigerten sich jedoch, diesen Befehl auszuführen. Es kam zu zahlreichen Aufständen in den Hafenstädten, die als Matrosenaufstand in die Geschichte eingingen. Menschheitlich wurde jetzt auf der individuellen Ebene erstmals eine Kraft wirksam, die davor schon bei Einzelnen aufgetreten war, sich aber nun in vielen zeigte. Noch gab es das Kaiserreich, den Generalstab des Heeres, eine oberste Kriegsleitung, die von oben Befehle erteilten. Aber ihnen waren Menschen unterstellt, denen diese Befehle nicht einleuchteten, weil sie sich mit einem Mal bewusst wurden, dass sie noch ganz andere Aufgaben auf Erden hatten, als im Endkampf Menschen zu erschießen, bevor sie selbst erschossen wurden. Das empfanden sie als völlig sinnlos.

... Novemberrevolution als Symptom

Daraus entstand dann die Novemberrevolution, diese Situation, als in Deutschland für einen Moment wirklich alles offen war. Rudolf Steiner stellte sich mit konkreten Vorschlägen mitten hinein in diese Entwicklung. Er strebte nicht nach Macht, obwohl damals 12.000 Unterschriften gesammelt worden waren von Menschen, die Rudolf Steiner als Ministerpräsident bzw. in der Regierung sehen wollten. Das war einem Missverständnis geschuldet, denn es war nie seine Absicht gewesen, in die Regierung zu gehen. Vielmehr wollte er die Menschen ertüchtigen, in Selbstverwaltung das Soziale zu ergreifen. Wir sehen heute ganz deutlich, dass die dafür nötigen Fähigkeiten damals noch nicht entwickelt waren.

Ein Phänomen fand ich sehr sprechend, wenn ich Berichte, aber auch Tagebuchaufzeichnungen aus damaliger Zeit las. Manches davon ist veröffentlicht in dem Buch „Dreigliederungszeit“ von Hans Kühn, anderes bei Albert Schmelzer. Immer wieder schilderten Menschen, dass ihnen, wenn sie Rudolf Steiner zuhörten, alles völlig lebendig und evident war. Sie spürten, dass Steiner genau das ansprach, was an der Zeit war. Wenn sie aber selbst versuchten mit anderen darüber zu sprechen – zuhause, im Betrieb oder sonstwo –, merkten sie, dass es ganz anders klang, dass sie gar nicht so über diese Themen sprechen konnten wie er.

Warum erlebten sie das so? Weil wir in der Sprache Formen verwenden, die eigentlich veraltet sind. Unsere Sprache ist sozusagen der Leichnam von Begriffserlebnissen, die jemand in der Vergangenheit einmal hatte. Diese Fähigkeit, Sprache neu zu bilden, gehört für mich zu den faszinierendsten Leistungen Rudolf Steiners. Zum Beispiel ist die mantrische Sprache, die in den Klassenstunden verwendet wird, eine Sprache, die es vorher und nachher so nie mehr gab. Versucht man die Worte oder Begriffe, die er verwendet, herauszufiltern, wird man nicht fündig. Denn diese Sprache deckt sich in keiner Weise mit dem, was wir an Begriffen im Gewohnheitsleib unseres Sprachverständnisses tragen. Er gestaltete sie vielmehr ganz bewusst so, um im Menschen etwas aus einem bewussten Erleben heraus in Bewegung zu bringen.

Wenn ich spreche, verwende ich die Worte, die es gibt. Und mit den Worten sind Vorstellungen verbunden, die tradiert sind. Rudolf Steiner versuchte nun, neue Worte, neue Bilder zu prägen. Und natürlich nahm er Bilder, die den Fragen seiner Zeit entstammten, um überhaupt verstanden werden zu können. Er musste anknüpfen an das, was sich damals neu bildete. Nehmen wir zum Beispiel die „Betriebsratswelle“, eine damalige Bewegung: Rudolf Steiner stellte sich mitten hinein und sagte: Wenn ein Betriebsrat gewählt wird, muss das auf diese Art vonstattengehen, muss er so und so strukturiert sein. Und ein Kulturrat muss so und so aufgebaut sein. Möglicherweise hätte das heute ganz anders geklungen. Möglicherweise hätte er heute anders gesprochen, hätte er mit anderen Menschen gespro-

chen. Möglicherweise hätte er ganz andere Kreise als eigentliches „revolutionäres Subjekt“ betrachtet.

Menschen beauftragen sich selbst

Ich behaupte, das revolutionäre Subjekt des 21. Jahrhunderts ist jetzt die *Zivilgesellschaft* und nicht mehr diejenigen, deren Beruf es ist, Machthaber zu sein und Politik zu machen. Auch nicht diejenigen, die in einem Berufsfeld stehen oder einer bestimmten Gesellschaftsschicht, einem bestimmten Interessengefüge angehören und sich durch ihre Gruppenzugehörigkeit berufen fühlen, gesellschaftlich mitzusprechen. Immer weniger Menschen engagieren sich im Rahmen der Parteien. Im Wort Partei steckt teilen: Das Gesellschaftliche wird parteipolitisch nach verschiedenen Aspekten und Interessen in verschiedene Gruppen und Richtungen aufgeteilt. Diese haben jeweils Vertreter. Die Arbeiterklasse hatte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands als Vertreter. So ist das historisch entstanden und hat sich bis heute weiterentwickelt. Dem Parteienwesen an sich ist Zweck wie auch Inhalt verloren gegangen. Ich will damit nicht sagen, dass es keinen Inhalt gäbe für das Soziale – im Gegenteil: Die soziale Frage ist wichtiger denn je. Doch ist *diese* Form von Suchbewegung heute verfehlt. Wir brauchen völlig neue Suchbewegungen.

Heute findet etwas sehr Faszinierendes statt: Menschen beauftragen sich selbst, auch wenn sie für gewisse Themen eigentlich gar nicht zuständig sind – schlicht aufgrund der Tatsache, dass sie Mensch sind. Dem entspringen neue Impulse, neue Initiativen und auch die Kraft für das Neue. Ich behaupte, der Matrosenaufstand in Kiel, in Lübeck und andernorts war bereits ein Anfang dieser Entwicklung.

Und dann formierte sich allmählich das Alte wieder, erstarrte, fand feste Formen, wenn auch in verbesserter Auflage als vorher: Jetzt gab es ein Wahlrecht, es gab Parteien und vieles mehr. Doch es verfestigten sich die alten Gegensätze: die Arbeiterklasse auf der einen Seite und die Kapitalbesitzer auf der anderen Seite. In diesem Spannungsfeld fand das, was Rudolf Steiner entwickeln wollte, keinen Raum.

Rückfall in alte Bestrebungen

Auch waren viele der drängenden Fragen, die als tiefere Ursachen immer weiter in den Materialismus und Nationalismus und auch zum ersten Weltkrieg geführt hatten, nicht wirklich aufgearbeitet worden. Darüber ließe sich viel sagen. Letztlich führte die Tatsache, dass diese Fragen nicht angemessen bearbeitet worden waren, in die noch tiefere Menschheitskatastrophe des Zweiten Weltkriegs, in das völlige Ausleben des Nationalismus, die völlige Ent-Ichung: Der Einzelne galt nichts, das Volk war alles: „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Der Mensch zählte nur, insofern er den Willen des Führers vollzog. Das war genauso bei Stalin, ganz ähnlich bei Mussolini, Franco und später auch bei Mao. Das liegt auch bei Pol Pot zu Grunde. Auch

heute gibt es tendenziell wieder Rückfälle in diese Richtung: Das gilt für alle Bestrebungen, bei denen es nicht um das freie Stehen des einzelnen auf dem Boden der eigenen, individuellen Erkenntnis und Verantwortung geht. Vielmehr wird mit dem Finger auf andere gezeigt und gesagt: „Ihr seid schuld!“ Letztlich wünscht man sich eine große, starke Persönlichkeit, die dreinschlägt und Ordnung schafft.

Solche Bestrebungen werden wieder stärker, weil die Kraft in uns, an die Rudolf Steiner appellierte, als er damals dazu aufrief, die Welt neu zu gestalten, auch heute noch unzureichend ausgebildet ist. Die zentralen Begriffe waren und sind Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Geistesleben, Rechtsleben, Wirtschaftsleben. Es geht darum, Selbstverantwortung zu entwickeln und in all diesen Bereichen nicht mehr aus einer autoritativen, pyramidalen Gesellschaftsform heraus zu regieren, von oben nach unten, sondern Selbstverwaltung zu ermöglichen – durch jeden Menschen, der sich verantwortlich eines Themas annimmt oder dazu eingeladen wird. Das ist m.E. der entscheidende Schritt.

Um die Entwicklung von damals bis heute nur kurz anzudeuten: Auf den Zweiten Weltkrieg folgte der Wiederaufbau, im Zuge dessen all die ungelösten Fragen schlicht wieder verdrängt wurden. In den 1960er Jahren versuchte man zwar an diese grundlegenden Fragen wiederanzuknüpfen, es kam zu einem großen gesellschaftlichen Aufbruch, der aber in alten Gedankenformen steckenblieb: Als einzige Antwort auf den um sich greifenden Kapitalismus sah man den Sozialismus, der wie eine Art gutes Spiegelbild des Kapitalismus ist, aber nicht über diesen hinaus in etwas wirklich Neues hineinführt.

Ein „Weiter so“ ist unmöglich

Heute sind wir an einem Punkt angelangt, an dem wir deutlich spüren, dass es immer weniger möglich ist, sich zurückzulehnen und blind den Institutionen, Politikern, Ideen, die heute das Handeln dieser Menschenkreise leiten, zu vertrauen. Immer mehr Menschen erleben essenziell, dass unsere heutige Politik und Parteienwelt „auf Sand gebaut“ ist.

Schauen wir nur einmal die weltweite Verteilung von Arbeit und Einkommen an. Als Schüler erlebte ich einmal eine Vertretungsstunde mit unserem Rektor. Er zeichnete eine interessante Kurve über die Verteilung von Besitz und Rechten. Im Römischen Reich und bei den Griechen gab es Freie und Sklaven. Es gab Besitzende und Besitzlose. Im Mittelalter gab es Feudalherren und Leibeigene. Seine Kurve bildete den Schnittpunkt ab, an dem sich diese beiden Linien trafen. Er behauptete, dass im Zuge des Fortschritts der Menschheit in unserer Lebenszeit der Gegensatz von Arm und Reich weitgehend überwunden werden würde. Er sagte, wir hier in Deutschland und Mitteleuropa könnten stolz darauf sein, dass wir die größte Mittelschicht weltweit hätten, das geringste Ausmaß an Armut und krassem Reichtum. Das wäre in Afrika und in Brasilien und auch in den USA noch anders.

Schauen wir uns nun die Zahlen der letzten Jahre an. Ich nehme einmal die Zahlen, die Picketty veröffentlicht hat. Zum Beispiel hat er die Entwicklung in den Vereinigten Staaten von Amerika über 30 Jahre, von 1970 bis 2000, untersucht. Im vermögensäquivalenten Geldwert gerechnet hat sich das Vermögen der obersten 1 % verdoppelt, das der obersten 0,1 % verdreifacht, das der obersten 0,01 % vervierfacht: Je weniger es werden, desto exorbitanter ist der Zuwachs, während umgekehrt das Vermögen der untersten 90 %, also bei fast allen, im gleichen Zeitraum um 5 % geschrumpft ist. Die Zahlen sind je nach Quelle etwas unterschiedlich. Oxfam sagt: Acht Personen besitzen weltweit so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Es gibt andere Zahlen, da sind es 34 oder in einer Zahl 62. Aber das ändert nicht viel an dem Tonfall, dass wir eine unbegreiflich hohe weltweite Ungleichverteilung haben.

Wir können heute nicht mehr das Gefühl haben, dass alles gut wird oder auf etwas Gutes zusteuert – das ist vorbei. Das betrifft auch das Gefühl, dass es unseren Kindern besser gehen wird als uns. Die Entwicklung auf den Finanzmärkten bereitet vielen große Angst. Die Maßnahmen dagegen haben im Wesentlichen nur Zeit gekauft, das Problem in seiner Erscheinung gemildert, aber von seiner Ursache her überhaupt nicht gelöst. Diese Angst ist auch ein Grund dafür, dass immer mehr Menschen sich zurückwenden. Wenn man Angst hat, geht man nicht mutig nach vorn und umarmt die Welt, sondern sucht Schuldige, sucht Ursachen, wird eng, zieht sich zusammen usw. Das sehen wir gerade überall, das spricht sich aus in Slogans wie: „America first“, „Deutschland den Deutschen“, „Frankreich den Franzosen“ usw. Wir leben heute in einer Situation, in der wir immer weniger vertrauen können, dass die Politiker „das schon machen werden, weil es doch deren Sache ist“. Wir können uns nicht mehr darauf berufen, dass wir nicht zuständig sind, dass irgendjemand kommen wird, der „das gleich erledigt“.

Wir müssen uns selbst führen

Kennen Sie das Phänomen? Wo immer ich mit meinem Zeigefinger hinzeige, zeigen die drei anderen Finger auf mich zurück. Das zwingt mich zu fragen: Was tue *ich* in Bezug auf all die drängenden Fragen? Wo könnte eine gute Entwicklung hingehen? Ich erschrecke immer wieder, wie wenig Menschen fähig sind, die Zukunft in die Gegenwart einzuladen: Das heißt, Formen zu bilden, in denen das, was werden will, möglich wird. Wir sind nicht einfach Zuschauer der Geschichte, sondern wir gestalten die Geschichte. Die Entwicklung wird immer mehr in unsere Hände gelegt. Die Götter warten darauf, dass wir tätig werden, um uns helfen zu können. Wir können uns nicht zurücklehnen und sagen: „St. Michael, jetzt komm an die Arbeit!“

Je weiter wir zurückblicken, desto stärker waren wir geführt. Das ist immer weniger geworden. Heute müssen wir uns selbst führen lernen, die Fähigkeit der Selbstführung entwickeln. Wie geht das? Woher

kommen die Kraft und das Wissen, wie es geht? Das hat mit dem Einweg im Sozialen zu tun, von dem ich sprach.

Wenn wir mit diesem Blick auf die gesellschaftlichen Einrichtungen schauen, erkennen wir überall ungelöste riesige Aufgaben: Den Geldbegriff habe ich genannt. Zu diesen Aufgaben gehören auch der Eigentumsbegriff, der Begriff der Demokratie, die Regeln für den weltweiten Handel, die Gestaltung der gesamten Welt des Internet, der digitalen Welt. Von der Lösung dieser Aufgaben wird ganz entscheidend abhängen, ob und welche Zukunft es auf dieser Erde geben wird.

Neulich habe ich jemandem zugehört, der über ökologische Fragen und das Klima sprach. Er sagte, wir seien die letzte Generation, die die Möglichkeit hätte, die Klimakatastrophe noch aufzuhalten und in eine sinnvolle Entwicklung umzulenken. Die schädlichen Einwirkungen auf das Klima wären so massiv, dass wir, wenn wir jetzt nicht die Kurve kriegen, für nachfolgende Generationen die nötigen und wünschenswerten Gegebenheiten zerstören, sich auf dieser Erde sinnvoll und gut weiterzuentwickeln.

Das Besondere der sozialen Dreigliederung

Was unterscheidet die Dreigliederung von anderen Konzepten, nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch? Rudolf Steiner versucht, im Sozial-Lebendigen die Gesetze des Werdens zu erkennen, also das Werdende anzuschauen und zu verstehen. Er versucht dafür angemessene Formen zu bilden, Gefäße, in denen das, was werden will, bewusst leben kann. Alles, was sein will auf Erden, braucht eine Form. Nichts kann ohne Form sein. Und es ist unsere Aufgabe, diese Formen zu schaffen. Das ist unglaublich spannend.

Gestern in einem Pausengespräch erzählte mir jemand von dem Arbeitskreis, in dem er seit langem tätig ist. *Dort geht es ständig um das Spannungsfeld zwischen Erkenntnis und Handlung. Viele in diesem Arbeitskreis verfügen über weitreichende Erkenntnisse. Und wenn dann jemand sagt: „Ich mache jetzt das und das“, sagen die Erkenntnisträger immer: „Das ist falsch. Du hast es noch nicht vollständig durchdrungen.“ Meines Erachtens liegt da ein Missverständnis vor. Ich wage zu behaupten: Wer so denkt, wird nie handeln! Im Sozialen kann man sich nie vollständig sicher sein, dass das, was man tut, richtig ist. Sie kennen das alle auf scheinbar viel einfacheren Gebieten, z.B. wenn Sie vor der Frage stehen, ob Sie einen bestimmten Menschen heiraten sollen. Sie können sich natürlich in ihren Wunschvorstellungen bis ins Detail ausdenken, wie der Mensch, den Sie heiraten möchten, sein sollte. So funktioniert das aber nicht. Wenn es so weit ist, geht es einfach um die Frage, ob man bereit ist, „ja“ zu diesem bestimmten Menschen zu sagen und mit ihm einen Weg zu gehen oder ob man nicht willens und bereit dazu ist – was auch völlig in Ordnung ist. Wenn man nie bereit dazu ist, wird man nie die Erfahrung machen, mit einem Menschen zusammen*

einen Weg zu gehen. Dann verläuft das Leben halt anders, das gehört ja auch zu unserer Freiheit. Will man im Sozialen handeln, kann man das Ganze nicht a priori perfekt durchplanen und anschließend ausführen. Das geht schlicht nicht. Wir laufen aber immer Gefahr, genau das tun zu wollen, auch wenn wir davon reden, dass die Dreigliederung endlich eingeführt werden müsste. Was würde das denn konkret bedeuten?

Wir missverstehen die Dreigliederung, wenn wir glauben, sie sei etwas, das wir quasi fertigen denken können und anschließend einführen sollten. Die Dreigliederung ist ja schon da! Michael Wilhelmi zitiert Rudolf Steiner, indem er häufig und gerne sagt, die Dreigliederung arbeitet in den Tatsachen. Sie ist nichts Ausgedachtes, sondern sie ist bereits am Werk. Doch wir verstellen sie mit allen möglichen Vorstellungen, mit allen möglichen falschen Einrichtungen, insbesondere mit Regeln und Gesetzen, die verhindern, dass z.B. die Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben, zum Tragen kommen kann – obwohl sie da ist, weil der eigentliche Impuls des Wirtschaftslebens *immer* brüderlich ist: Ich arbeite immer für andere, ich kann gar nicht wirklich für mich arbeiten – das gilt für jeden! Was ich kann, was ich tue, tue ich für andere Menschen. Die Musiker haben lange geübt, um hier für uns zu spielen. Ich habe Nächte gesessen, um diesen Vortrag zu entwickeln. Ich mache es für euch – ich kenne ihn ja schon! Und ihr entwickelt eure besten Fähigkeiten, um das Gesagte in den sozialen Zusammenhang einzubringen. Wenn ich meine Vorträge jedoch immer ganz zu Ende denken müsste, bevor ich sie halte, würde ich sie nie halten können. Immer, wenn ich einen Vortrag gehalten habe, denke ich abends zuhause: „Mist! Du hättest doch noch dieses oder jenes sagen können!“ Aber dadurch entwickelt sich mein Bewusstsein anders, als wenn ich den Vortrag nicht gehalten hätte. Das Interessante ist: Wenn ich die Sachen heraussetze – und zwar unabhängig davon, ob jemand mich hinterher kritisiert oder nicht –, erlebe ich, was gelungen ist und was nicht, und ich kann daran weiterarbeiten. Ohne es herauszusetzen, kreist es fruchtlos in mir. Das Wirken im Sozialen hat mit diesem Heraussetzen zu tun, das immer ein sozialer Akt ist. Es ist nicht so, dass einer sich das absolut Richtige ausdenken kann und die anderen es ausführen. Das Soziale ist immer eine Co-Kreation. Ich gestalte es mit anderen.

Und das heißt auch, dass ich im Sozialen nicht nur damit rechnen muss, sondern mich auch darüber freuen sollte, dass mein Impuls verwandelt wird. Dadurch, dass andere anderes einbringen in ein Gespräch, entsteht anderes, und in vielen Fällen vielleicht Besseres, als das, was ich mir selbst ausgedacht habe. Jedenfalls entsteht Gültigeres, denn es geht darum, dass wir auf unserem Entwicklungsweg die Formen annehmen, die es uns im Moment ermöglichen, die nötigen Schritte zu tun. Dieser Weg ist nie zu Ende und die Formen sind nie absolut richtig: Was sich heute als stimmige Form entpuppt, wird sich morgen als völlig veraltet oder einengend, vielleicht sogar als falsch, erweisen. Wir müssen die Formen im Sozialen ständig neu gestalten aufgrund

der Tatsache, dass sie, wenn sie in die Wirklichkeit treten, schon wieder dabei sind zu veralten, weil sie wie Schlacke erstarren und sklerotisieren. Dann gilt es die nächstbeste Form zu finden.

Dazu gehört, dass wir uns um das bemühen, was Rudolf Steiner damals auch versuchte: Nämlich die Kreise aufzusuchen, in denen Menschen aktuell darüber sprechen, wie es weitergehen soll. Steiner hat sich die Menschen ja auch nicht anders ausgesucht. Wenn wir heute Dreigliederung nicht nur als ein intellektuelles Spiel betrachten, sondern es uns ernsthaft darum geht, in öffentlichen Angelegenheiten mitzusprechen und mitzugestalten, dann müssen wir Gesprächspartner suchen und finden, die heute an diesen Fragen dran sind, und uns bemühen, mit ihnen gemeinsam zu gestalten. Das gelingt nur, wenn wir in der Lage sind, uns in die Bewegungen, die es heute an ganz vielen Stellen gibt, hineinzustellen. Ich nannte vorhin die Zivilgesellschaft das eigentliche revolutionäre Subjekt, aus dem das Neue kommt. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir auch bei uns die Fenster und Türen weit öffnen und bereit sind, mit jedem ins Gespräch zu gehen, anstatt uns darauf zu beschränken, das Unsere zu hüten und zu pflegen und zu sagen: „Du hast das falsche Menschenbild, lies Du erst einmal diese und jene Bücher!“ Begegnungen sollten uns Anlass sein zu schauen, was man gemeinsam entwickeln kann.

Zur Eigentumsfrage

In mehreren Pausengesprächen wurde ich gebeten, inhaltlich noch mehr zur Dreigliederung zu sagen. Ich würde im Folgenden gerne die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt stellen, weil ich glaube, dass das einer der Punkte ist, an denen wir ansetzen können und müssen, weil dieses Thema heute wirklich auf den Tisch liegt. Ich sprach vorhin schon von der ungleichen Verteilung von Arm und Reich. Nur zur Erinnerung: Was hat es mit dem Eigentum von Grund und Boden auf sich? Das ist heute ein wahres Drama, gerade auch in den Städten: Heute ist mehr als die Hälfte einer Miete in München der Bodenspekulation geschuldet. Etwas weniger als die Hälfte geht in die reale Immobilie, in das Haus, das da gebaut wurde und unterhalten werden muss usw. Der größere „Batzen“ geht jedoch in den Bodenzins, weil Boden heute eigentumsfähig ist und von vielen Menschen gekauft und als spekulatives Anlageobjekt gehortet wird.

Schauen wir uns das weltweit an am Beispiel von *LandCredit*, einem der großen, international agierenden Konzerne, die ganze Länder aufkaufen, die Boden privatisieren und wieder verkaufen, um überall Abhängigkeiten zu schaffen, wo es früher keine gab. Das hat schreckliche Folgen für die betroffenen Menschen, für die Art der Bearbeitung des Bodens usw. Und alle Welt schaut zu, als sei das gott- oder naturgegeben – was es natürlich nicht ist.

Die ganze Idee, Boden in der gleichen Weise wie z.B. eine Geige oder einen Kugelschreiber als Eigentum zu behandeln, ist völlig absurd. Geige

und Kugelschreiber wurden von einem Menschen hergestellt, der sagen kann: „Gut, ich verkaufe Dir das.“ Den Boden hat niemand hergestellt. Irgendwann hat jemand behauptet: „*Das Stück Land gehört mir.*“ Diese Art der Bodenverteilung geht zurück auf mittelalterliche Lehensverhältnisse bzw. auf die Landverteilung im Mittelalter, an der Kirche und Fürstenhäuser maßgeblich beteiligt waren.

Heute wird immer mehr Geld in den Boden als einer als sicher geltenden Anlageform gesteckt – mit den bekannten Folgen für die Gesellschaft.

Eigentum an Unternehmen

Auch die heutige Praxis, Unternehmen als Eigentum zu betrachten bzw. als Ware zu behandeln, wie ein Stück Brot oder einen Sack Äpfel, ist völlig absurd. Ein Unternehmen ist im Grunde der Gesamtzusammenhang von Menschen, von Beziehungen, von Fähigkeiten, wie auch von Bedürfnissen, die damit verbunden sind. Ein Unternehmen ist ja gar nicht zu denken ohne Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten u.a.m.: Sie alle bilden das Unternehmen als eine Art soziale Form, als eine soziale Organisation. In Bezug auf all das zu sagen: „*Das gehört mir!*“ und es so zu behandeln, als wäre es etwas, das man wie den Schmuck zuhause in der Schublade herausziehen und verkaufen kann, ist *wirklich absurd*, aber leider durchaus üblich.

Vor ungefähr zwei Jahren hielt ich einen Vortrag in der Nähe von WMF, genau in der Woche, als das Unternehmen verkauft wurde. Mehrere Betroffene befanden sich im Publikum. Sie waren überaus empört und erzählten im Gespräch, dass sie aus der Zeitung erfahren hatten, dass die wunderbare Württemberger Metallfabrik mit langer Tradition und hervorragenden Produkten an eine chinesische Unternehmensgruppe verkauft worden war. An den Verkaufsgesprächen waren nur wenige Menschen beteiligt gewesen. Selbst das Management am Standort behauptete, sie hätten es aus der Zeitung erfahren. Das zeigt die heutige Realität: Man stellt jeden Tag acht Stunden lang seine Fähigkeiten zur Verfügung, bringt sie in einen sozialen Zusammenhang ein. Und auch wenn man gerne sagt: „Ich arbeite bei WMF“ und empfindet: Das ist mein Unternehmen, das habe ich mit stark gemacht, ich bin daran beteiligt, dass wir gut sind, kann es passieren, dass man plötzlich in der Zeitung liest, dass das Unternehmen jetzt für jemand völlig anderen arbeitet, den man nicht kennt und auch noch nie gesehen hat, von dem man gar nicht weiß, was er vorhat: ob er das Unternehmen liquidieren, weiterführen oder verkaufen will. Das ist gespenstisch!

In der modernen finanzmarktgetriebenen Wirtschaft wird dieses Prozedere als völlig normal angesehen. Alle Startup-Unternehmen kommen irgendwann an den Punkt, Geld einnehmen zu müssen, um bestimmte Skalierungseffekte zu erreichen. Nur so können sie langfristig einen Markt generieren und erfolgreich sein. Doch in dem Moment, in dem sie Geld einnehmen, haben sie die Schlinge

um den Hals, weil das immer damit verbunden ist, dass unternehmensfremde Menschen Anteile des Unternehmens erwerben. Diese fremden Teilhaber schlagen oft zu, wenn die Sache gut läuft: Sie kaufen dann das Unternehmen auf und werfen die Gründer hinaus – entweder, um es sich einzuverleiben, wie bei Microsoft, Facebook, Google oder sonst einem großen Unternehmen üblich, oder auch um es stillzulegen, damit die Konkurrenz ausgeschaltet ist.

Es gibt eine interessante Studie aus den USA. Zu keiner Zeit gab es eine so massive Kapitalkonzentration wie heute. Diese Tatsache konterkariert die Idee, die Marktwirtschaft werde dazu führen, dass sich Monopole auflösen und Unternehmenseigentum immer fairer verteilt wird und alle zu gleichen Bedingungen im Wettbewerb stehen. Wenn wir den Digitalmarkt anschauen, sehen wir heute nur ein paar weltweite Giganten, die alles, was sich regt, aufkaufen oder kaputtmachen. Es gibt zwar Menschen, die ein Unternehmen gründen, weil sie es irgendwann verkaufen wollen, um anschließend 30 Jahre am Tegernsee Urlaub machen zu können. Aber die meisten, die ein Unternehmen gründen, tun das, weil sie eine Idee haben, der sie zu Erfolg verhelfen wollen. Sie sind mit ihrem Unternehmen also sehr verbunden. Heute findet sich oft eine Gruppe von Menschen zusammen, die richtig Freude an einem gemeinsamen Projekt hat. Wenn sie nach fünf Jahren plötzlich aus dem eigenen Unternehmen ausgeschlossen werden, ist das nicht lustig. Das sind also völlig absurde Verhältnisse.

Ein Gesetzesvorschlag und sein Hintergrund

Als ich die Leitung der Sozialwissenschaftlichen Sektion am Goetheanum in Dornach übernahm, habe ich eine Initiative für neue Rechtsformen bzw. neue Eigentumsformen von Unternehmen gestartet. Ich gründete mehrere Arbeitskreise. Vor zwei Jahren kam es in einem davon zu einer Konstellation, durch die die richtigen Fähigkeiten versammelt waren. Denn hier ging es ja um eine Arbeit, für die man auch vorbereitet sein musste. Von Anfang an bildeten Armin Steuernagel, Götz Rehn, Ingo Krampen, Benjamin Böhm, Till Wagner und ich eine Art Kernkreis, um den herum viele andere Menschen an einzelnen Zusammenkünften teilgenommen haben. Heute haben wir einen Gesetzesvorschlag vorliegen, mit dem versucht werden soll, einen anderen Umgang mit Unternehmenseigentum zu ermöglichen. Er stammt von den genannten Menschen.

Wir haben versucht, das Problem tiefer zu verstehen, auch in der geschichtlichen Entwicklung des Eigentumsbegriffs und des Unternehmenseigentums usw. Wir haben nach Lösungen gesucht, wie man die gängige Praxis ändern könnte, und haben dabei viele Lösungen gefunden.

Eine Krücke, die Menschen oft wählen, um der heutigen Realität entgegenzuwirken, besteht darin, Stiftungsunternehmen zu gründen, wie es bei Wala, Weleda, DM und Alnatura der Fall ist. Das Schwierige ist, dass eine Stiftung gerade nicht dafür

geschaffen ist, ein Unternehmen zu führen. Das wird auch steuerlich immer sofort als Umgehungstatbestand betrachtet. Man muss manchmal Jahre oder Jahrzehnte mit den Behörden verhandeln, um das überhaupt bewilligt zu bekommen. Häufig wird dann ein Doppelstiftungsmodell gewählt, bei dem eine Stiftung von einer Stiftung gehalten wird. Das ist überaus kompliziert. Das Problem dabei ist, dass das erwirtschaftete Geld im Unternehmen verbleiben muss für Investitionen – oder für Schenkungen.

Eine Stiftung muss fremdnützige Zwecke verfolgen, d.h. sie muss immer einen anderen Zweck verfolgen, als nur das Überleben des Unternehmens – was aber neben der Aufgabe, die das Unternehmen sich als gestellt hat, sein eigentlicher Zweck ist. Das sind sehr komplizierte Zusammenhänge, auf die ich nicht im Detail eingehen kann. Wir haben das mehrfach diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass es ziemlich aussichtslos ist, das Stiftungsrecht selbst verändern zu wollen, weil man dann immer die Steuerbehörden gegen sich hat, die sofort um ihre Steuereinnahmen fürchten, sollte das Schule machen. *Eine Stiftung ist ja gemeinnützig.* Doch darum ging es uns überhaupt nicht. Die Unternehmen, für die wir die geeignete Form suchten, verstehen sich als Wirtschaftsunternehmen, die Steuern zahlen wollen, weil sie das für richtig befinden. Denn sie wissen und verstehen ganz genau, dass der Erfolg, den sie als Unternehmen haben, in einer Welt ohne Menschen, ohne Infrastruktur, ohne Rechtsstaat gar nicht möglich wäre. Sie wissen, dass alles, was sie tun, auf dem basiert, was das Gemeinwesen hier entwickelt hat und zur Verfügung stellt. Deswegen müssen und wollen sie auch Steuern zahlen. Es geht also nicht um eine Umgehung von Steuern, sondern um eine neue Form von Unternehmen.

Wir haben als nächstes überlegt, das GmbH-Gesetz zu ändern, und haben aber auch andere Rechtsformen von Unternehmen angeschaut. Bei jeder Rechtsform könnten wir Klauseln einfügen, die dafür sorgen, dass das Unternehmen z.B. nicht mehr verkäuflich ist. Das würde aber sehr komplizierte und in sich widersprüchliche Gesetze schaffen. So haben wir entschieden: Wir entwerfen einfach eine neue Rechtsform. Wir machen diese nicht obligat, sondern stellen sie ins Angebot. Diejenigen, die sie wollen, können das wählen. Wer es nicht will, muss es nicht tun.

Zweitens haben wir als Ergebnis eines langen Erkenntnisprozesses beschlossen, *überhaupt keine Vorgaben zu machen* z.B. im Hinblick auf die Art der Unternehmenskonzeption. Ein Teilnehmer unserer Arbeitsgruppe fand es wichtig, dass alle Kollegen das gleiche Sagen haben. Das gibt es heute tendenziell schon, z.B. bei Genossenschaften, deren Prinzip es ist, dass jeder Genosse das gleiche Recht hat. Das ist an bestimmten Stellen ein bisschen schwerfällig in der Durchführung, aber es geht. Nur: Wir waren übereingekommen, dass wir nicht darüber bestimmen wollen, wie ein Unternehmen geführt werden soll. Es kann die Gleichheit aller im Vordergrund stehen. Es kann aber auch sein, dass einer die Fähigkeit zu führen hat und die anderen

das wunderbar finden. Dann führt der Betreffende eben das Unternehmen. Bei einem Unternehmen, bei dem die Mitarbeiter kommen und gehen, ist es nicht sinnvoll, diese in die Führungsverantwortung zu wählen. Oder es gibt eine Handvoll Leute in einer größeren Gruppe, die so mit dem Unternehmen verbunden sind und auch entsprechende Fähigkeiten aufweisen, dass es Sinn macht, wenn sie die Führung übernehmen. Das wollten wir alles völlig frei lassen. Die neue Rechtsform sollte diesbezüglich keinerlei Vorgaben machen.

Das gleiche Prinzip sollte auch für alle anderen Themen rund um ein Unternehmen gelten: z.B. im Hinblick auf den Unternehmenszweck usw. Wenn man mit Politikern diskutiert, gibt es immer sofort eine Debatte. Man muss entweder noch dieses oder jenes aushandeln, und dann soll die Nachhaltigkeit noch berücksichtigt werden usw. Das wollten wir alles dem Unternehmen überlassen, das sollte alles in seine Freiheit gestellt sein.

Was wir mit dieser Rechtsform versuchen, ist sicherzustellen, dass Unternehmen nicht mehr als Ware behandelt werden. Dazu gehört, dass z.B. die Frage der Unternehmensnachfolge, anders geregelt werden muss als bisher.

Bisher gibt es hauptsächlich zwei Möglichkeiten: Geld oder Gut. Man kann ein Unternehmen entweder vererben, das wäre der Gutsstrom. Oder man verkauft es, was dem Geldstrom entspräche. Wir haben im Moment in Deutschland 500.000 Unternehmen, die übergeben werden sollen und deren bisherige Führung keinen Nachfolger findet. Das wissen die Wenigsten: 90 % der in Deutschland erfolgreichen Unternehmen sind kleine und mittlere Unternehmen. Ganz viele davon sind Familienunternehmen. Gerade die Familienunternehmen, das zeigen viele Untersuchungen, sind nachhaltiger und entwickeln sich auf Dauer gesehen stabiler als andere.

Das basierte darauf, dass das Unternehmen traditionell in der Familie weitergegeben werden konnte. Das ist aber immer seltener der Fall, nicht nur, weil Firmeninhaber heute keine acht Kinder mehr bekommen, aus denen sie einen Nachfolger aussuchen können. Das liegt auch daran, dass die Kinder nicht mehr unbedingt dem Plan des Vaters entsprechen wollen und vielleicht auch gar nicht die Fähigkeiten dafür haben, sondern vielleicht etwas ganz anderes machen wollen.

Blut ist an dieser Stelle ein problematisches Kriterium, das auch immer unwichtiger wird. Heute geht es vielmehr um Wahlverwandtschaft: Man muss als Unternehmensführung die Möglichkeit haben, sich in der Welt die Menschen zu suchen, die sich mit den Werten, Impulsen und den Fähigkeiten, die dieses Unternehmen braucht, auch verbinden können. Selbst wenn man jemand Passenden gefunden hat, kann derjenige das Unternehmen meist nicht bezahlen. Er muss es ja kaufen, weil man es nur in der Familie vererben kann. Also muss man es auf den Markt anbieten. Das Problem dabei ist,

dass derjenige, der ein Unternehmen um ein paar Millionen kauft, diesen Betrag auch wieder aus dem Unternehmen herausbekommen will. Für all die Unternehmen, die in den Verkauf gehen, bedeutet das, dass sie in den nächsten Jahren viel, viel mehr Rendite machen, viel, viel mehr Erlösen müssen, weil der Käufer die Kaufsumme herausbekommen will. Jeder Verkauf belastet das Unternehmen mehr.

Unternehmen in Verantwortungseigentum

Damit fallen die Kriterien Blut und Geld als ungeeignet weg. Die Nachfolge muss frei davon möglich sein. Ich sprach bewusst an dieser Stelle von Wahlverwandtschaft, weil ich glaube, man muss die passenden Menschen suchen und frei wählen bzw. bestimmen können. Wir wollen das aus der neuen Unternehmensform heraus ermöglichen.

Ein weiteres wichtiges Kriterium ist, dass die Stimmrechte des Unternehmens nicht verkäuflich sein dürfen. Das bringt auch eine große Freiheit mit sich. Der Unternehmer kann sogar Aktien ausgeben, aber das sind dann stimmrechtslose Aktien, durch die das Unternehmen einfach nur Geld zur Verfügung gestellt bekommt. Man wird mit Erwerb der Aktie aber nicht Miteigentümer, der Mitspracherecht bekommt über das Unternehmen. So umschiffen man die große Problematik, dass jemand, dem es nur um seine Aktie geht, über das Unternehmen mitentscheiden kann.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Gewinne verbleiben im Unternehmen, denn wir betrachten es als sich selbst gehörend. Der Begriff, den wir für diese neue Rechtsform gewählt haben, ist „*Unternehmen in Verantwortungseigentum*“. Das Unternehmen ist keine Ware, es ist nicht veräußerbar usw. Die Gewinne bleiben im Unternehmen. Sie werden investiert oder geschenkt als Schenkungsgewinne.

Wir führten auch ein Gespräch mit Minister Altmaier: Das Problem bei ihm und vielen anderen ist, dass sie in alten Kategorien denken. Altmaier verweist immer darauf, dass es ja um Wirtschaftsunternehmen geht, um Ökonomie. Und dort geht es um Wettbewerb, Privateigentum, Konkurrenz, Profit usw. Er hatte immer die Sorge, dass wir irgendetwas anderes wollen. Deshalb riet er uns, doch etwas Gemeinnütziges zu machen auf der Basis des Gemeinnützigkeitsrechtes. Wir versuchten ihm zu erklären, dass es uns zwar um Wirtschaftsunternehmen geht, dass wir aber eine Form wollen, in der das Unternehmen selbst nicht mehr Ware ist. Die Produkte schon, das Unternehmen selbst nicht.

Jetzt komme ich zu einem großen Thema, das die Menschheit seit langer Zeit in Atem hält: die messerscharfe Analyse der Ausbeutung im Kapitalismus durch Marx, Engels und andere. Sie besagt, dass die Arbeit der Menschen dem Eigentümer des Unternehmens gehört, für das sie arbeiten. Sie arbeiten weder für sich, noch für das Unternehmen, sondern für den Eigentümer, der mit diesem machen kann, was er will. Diesen Skandal wollte der Sozialismus dadurch beheben, dass er von *Expropriation der*

Expropriateure sprach, also die Enteignung der Eigentümer wollte. Damit wird aber der Staat der Eigentümer aller Unternehmen. Man kommt vom Regen in die Traufe, denn jetzt ist überhaupt niemand mehr da, der mit dem Unternehmen verbunden ist. Das führt zu einem abstrakten, ent-ichenden Vorgang: zu arbeiten nach Plan, Staatsvorgaben usw. Niemand fühlt sich verantwortlich. Hier sollte es nicht um privat oder staatlich gehen, sondern um etwas Drittes: um die Verbindung der Qualität der Freiheit, der freien Initiative, der freien Gestaltung mit der Qualität der Gemeinwohlorientierung und der Verantwortung für das Ganze.

Das Interessante ist, dass es viele, viele Unternehmen gibt, die nach anderen Formen des Umgangs mit Unternehmenseigentum suchen. Ich habe vorhin ein paar anthroposophische Beispiele genannt. Auch Bosch, Zeiss oder Otto sind hier zu nennen und viele andere besonders im Bereich der neuen Ökonomie und der Digitalökonomie, wie z.B. die Suchmaschine Ecosia. Es gibt Quickstarter wie die größte Plattform für *social impact investment* oder Soul Bottles. Eine ganze Reihe von jungen Unternehmen, betrieben von jungen Leuten, suchen so etwas für sich. So haben wir zu einer Eigentumskonferenz (www.eigentumskonferenz.de) eingeladen, die Ende Oktober 2018 in Berlin stattfand. Alle, die zu dieser Konferenz kamen – wir hatten 350 Teilnehmer, die zum Großteil Unternehmer waren – berichteten in den Arbeitsgruppen von den Schwierigkeiten, die sie mit den Behörden haben. Sie alle betonten, dass sie diese alte Form von Eigentum nicht mehr wollen.

Beispiel Ecosia

Ich nehme Ecosia als Beispiel. Ecosia ist ein Unternehmen, das sich nicht über den Kapitalmarkt finanziert. Sie sind als erstes zu einem Venture-Capital-Fonds gegangen. (Wir hatten übrigens einen hervorragenden Vertreter eines amerikanischen Venture-Capital-Fonds da, der erklärte, was es mit dem X auf sich hat. X wird immer als Faktor genannt. Man könnte sagen: X heißt 100 % Zinsen. Wenn also das Unternehmen fünf Millionen beantragt, sagen sie: Ihr bekommt das Geld, müsst es aber mit 10 X zurückbezahlen. Das heißt, sie müssen 50 Millionen zurückzahlen. Deren Rechnung ist: Wir machen 20 solche Investments. Zwei davon gelingen, alle anderen gehen bachab. Deshalb müssen die zwei das Geld für alle wieder einbringen.)

Darauf wollte Ecosia sich nicht einlassen. Sie beschritten einen anderen Weg und machten Crowdfunding. Das heißt, sie haben die Millionen, die sie brauchten, um zu starten, generiert über das Internet von Menschen, die die Idee gut fanden. Sie haben von Anfang an mit diesem neuen Eigentumsbegriff geworben. Sie sagten: Unser Unternehmen ist weder verkäuflich noch vererbbar. Es ist keine Ware, sondern es ist ein Unternehmen, das frei ist und das wir alle gemeinsam entwickeln wollen. Das war ihr Hauptargument. Und viele unterstützten Ecosia genau deshalb, weil es kein Unternehmen war, das

nach drei Jahren von jemand anderem aufgekauft werden konnte.

Mit dem neuen Gesetzesentwurf wollen wir für all diese Initiativen eine Rechtsform schaffen. Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, dass diese Idee große Begeisterung hervorrief bei den Menschen auf der Konferenz. So eine Unternehmensform gibt es bis jetzt ja noch nicht. Alle waren sich einig darin, dass wir genau so etwas jetzt brauchen. Am Abend beschlossen wir einen Verband für Verantwortungseigentum zu gründen, der das Thema weiter betreut und mit ganz vielen Terminen ins Gespräch bringen wird.

Wenn ich jetzt nochmals den größeren Zusammenhang herstellen darf: Wir kommen als Menschen aus einem Bewusstsein der Verbundenheit mit allem. Das ist, was die Bibel im Bild des Paradieses ausdrückt: Verbundenheit aller mit allem. Und wir haben uns der Welt immer mehr erkennend gegenübergestellt: Ich und Welt. Heute ist die Frage, wie wir aus diesem Gegenüberstehen wieder miteinander und der Welt in Verbindung kommen können.

„Freiheit von“ und „Freiheit für“

Privateigentum war nötig, um sich der Welt als freies Individuum erkennend gegenüberstellen zu können. Dazu gehört eben sagen zu können: „Das ist meins, darüber entscheide ich völlig allein, hier hat niemand anderes etwas zu sagen.“ Das war eine Stufe auf dem Weg in die Freiheit, die allein die zukünftige Gestaltung des Sozialen hervorbringen kann. Aber diese Freiheit muss sich heute wandeln von einer „Freiheit von“ in eine „Freiheit für“: Wir müssen wissen, was wir mit dem tun wollen, was wir bisher unser Eigentum nannten. Wenn ich es zur Verfügung stellen will, damit daraus Sinnvolles für die Welt und für die Menschheit geschehen kann, verbinde ich Freiheit und Gemeinwohlorientierung bzw. Geschwisterlichkeit, Brüderlichkeit. Das ist in meinen Augen das zentrale Anliegen des Wirtschaftslebens.

Wir haben nur einen ganz kleinen Gesetzesentwurf erstellt, peilen nicht die große Weltrevolution an. Ergänzend zu dem, was ich gerade über Kapitalismus, Sozialismus und eine Art dritten Weg gesagt habe, kann man feststellen: In den USA ist die Wirtschaft beinahe vollständig kapitalmarktgetrieben. In China gibt es zwar auch dieses Element, aber ich nehme jetzt China als anderen Pol: die starke staatliche Verwaltung und Lenkung der Unternehmen. Uns geht es aber um etwas Mittleres, das weder den Privatpol noch den staatlichen Pol verabsolutiert, sondern gesellschaftliche Gestaltung erlaubt aus den Fähigkeiten der Menschen heraus, für die Bedürfnisse der Menschheit.

Wir haben diesen Gesetzentwurf jetzt für Deutschland formuliert. In Frankreich müsste es ein bisschen anders aussehen, aber nur in der Form, nicht im Kerngehalt. Es ist ein Gesetzentwurf, den wir vorschlagen, so einzuführen. Das Ganze heißt

„Gesellschaft in Verantwortungseigentum“ und ist eine sehr schlanke Rechtsform, eine Form, die sich Unternehmen frei wählen können.

Im Moment sind wir noch dabei, alles Material zusammenzustellen. Aber wir werden es bald auf die Website der Sektion (<https://sozial.goetheanum.org>) stellen, damit alle in den Gesetzentwurf Einblick nehmen können. Das braucht aber noch ein bisschen. Einen ersten Eindruck bekommen Sie unter www.eigentumskonferenz.de, wo schon einiges steht.

Schlusswort

Ich habe das Thema „Eigentum“ bewusst in den Mittelpunkt meines Vortrags gestellt als Beispiel dafür, wie wir in der Welt etwas bewirken können. Ich weiß allerdings nicht, ob wir damit Erfolg haben werden. In Bezug auf alle brennenden Fragen heute müssen wir uns in erster Linie die Zeit nehmen, an den verschiedenen Stellen wirklich hinzuschauen. Nehmen wir z.B. das Thema Geld. Wir müssen uns gründlich mit folgenden Fragen befassen: Wie kommt das Geld in die Welt? Welche Geldfunktionen gibt es? Was kann und muss ich tun, um an dieser Stelle gesunde Verhältnisse herzustellen? Wie ist das mit der Währungspolitik, mit dem ganzen Problem des Euro? Wie können wir faire Geldverhältnisse schaffen?

Es gibt viele Bewegungen, die sich z.B. gegen TTIP, CETA, JEFTA usw. wehren. Aber eigentlich müssten wir jeden dieser Impulse zum Anlass nehmen, uns zu fragen: Wie kommt es, dass wir uns gegen TTIP wehren? Über welches inneres Ahnen oder Wissen davon, wie eigentlich Welthandel fair und gerecht zu gestalten bzw. wie Demokratie weiterzuentwickeln wäre, verfügen wir? Als Dreigliederer und Anthroposoph stellt sich für mich die Frage: Bin ich bereit, fähig und willens, mich einmal dieser Anstrengung zu unterziehen, zu überlegen, wie etwas *positive Art* entstehen kann? Wie man den Welthandel zu fairen Verhältnissen führen kann (und nicht nur gegen die unfairen Verhältnisse protestieren)? Dieses Thema berührt eine der größten Problematiken heute. Trump & Co. nennen Welthandel „*Race to the bottom*“, was impliziert, dass die Arbeitnehmer in den USA sich in Bezug auf ihr Einkommen mit den Arbeitnehmern in Vietnam oder Kambodscha messen müssen. Und die Spitzen des Managements messen sich mit den Einkommen, die in New York oder sonst wo erzielt werden.

Das ist der Grund, warum die Schere immer weiter auseinander geht. Das ist jetzt sehr grob und vereinfacht gesprochen. Trotzdem halte ich es für möglich, diesbezüglich Gestaltungsideen einzubringen, die sinnvoll sind und die der Menschheit einen nächsten Schritt in Freiheit und Verantwortung ermöglichen. In diesem Sinne möchte ich Sie dazu einladen, in den nächsten Jahren gemeinsam mit uns auf diese verschiedenen Gebiete zu schauen. Auch wenn ich hier die Eigentumsfrage an Unternehmen bewusst in den Mittelpunkt gestellt habe, so stellen sich die

gleichen Fragen auch auf anderen Gebieten im Sozialen.

Solange wir als Dreigliederer und Anthroposophen das Makrosoziale jedoch immer anderen überlassen und uns auf die Gestaltung „in unseren eigenen Kreisen“ beschränken, so lange scheitern wir an der Aufgabe, die sich uns heute menschheitlich stellt und so lange wird die Verzweiflung unter den Menschen immer größer und damit die Suche nach dem Falschen.

Das war jetzt der Versuch einer Bildgestaltung: Woher sind wir gekommen, wo stehen wir, wo könnte es hingehen? Es war mein Bild, ein bestimmter Blick. Es sind aber auch andere Blicke möglich.

Mein Schlusswort beschränke ich auf zwei Gedanken: Erstens: Wenn man nicht bloß gegen etwas eintritt, wenn man nicht auf dies oder jenes schimpft, sondern versucht, einen bestimmten Antagonismus für etwas Neues zu überwinden, ist die Welt viel offener. Es entsteht viel Widerstand, wenn man gegen XYZ kämpft. Aber wenn man für den nächsten Schritt eintritt, kann man eigentlich alle mitnehmen.

Zweitens: Ich glaube, dass es keine Zeit gab in der Geschichte, in der es so gut möglich war wie heute, durch jeden einzelnen Menschen mit neuen Ideen im Sozialen zu gestalten. ■

Gerald Häfner,

geboren am 3. November 1956 in München, engagiert sich seit mehr als 30 Jahren für direkte Demokratie und eine Stärkung der Bürgerrechte und ist in diesem Bereich unter anderem Initiator von Mehr Demokratie und Democracy International, sowie der Petra-Kelly-Stiftung und der Stiftung zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Er ist Mitbegründer der Initiative Netzwerk Dreigliederung und war für die Partei „die Grünen“ lange Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, letzteres bis 2014. Heute leitet er die sozialwissenschaftliche Sektion an der Freien Hochschule für Geisteswissenschaft am Goetheanum in Dornach/Schweiz.

Arbeit und Einkommen

Arbeit und Einkommen an Waldorfschulen vereinbaren – eine Strukturfrage*

Wolfgang Rau

Innerhalb der Diskussionen zur Dreigliederung des sozialen Organismus nehmen Fragen zum Verhältnis von Arbeit und Einkommen in *selbstverwalteten Einrichtungen* eine prominente Stelle ein. Wie wird über die Höhe von Einkommen entschieden? Auf welcher *Urteilsgrundlage* geschieht dies und wer entscheidet? Hinzu kommt die Frage, wie die *Arbeitsaufgaben* unter den Mitarbeitern aufgeteilt werden.

Waldorfschulen als selbstverwaltete Einrichtungen haben permanent mit diesen Fragen zu tun und können als Fallbeispiele dienen, wie auf diese Fragen Antworten gefunden werden. Dies fällt ihnen sicher nicht leicht, was zum Beispiel an den unterschiedlichen Arbeitsbelastungen der Lehrenden bei gleichzeitigem Einheitsgehalt für alle deutlich wird.

Zudem werden die Fragen zu Arbeit und Einkommen an vielen Waldorfschulen durch den strukturellen *Mangel an finanziellen Mitteln* für Bildungseinrichtungen¹ zu einer permanenten Existenzfrage verschärft, was sich insbesondere an dem permanenten Mangel an geeigneten Lehrkräften zeigt, der unter anderem durch das vergleichsweise niedrige Einkommensniveau bei gleichzeitig hoher Arbeitsbelastung hervorgerufen wird. Demnach ist die Untersuchung der Verwaltung von Arbeit und Einkommen an Waldorfschulen notwendig mit der Frage verknüpft, *was sie unternehmen können, um ihre oftmals prekäre Finanzlage zu verbessern*.

Zur Beantwortung dieser Fragen wird zunächst auf einige Grundlagen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung von Waldorfschulen hingewiesen. Danach

* Es handelt sich um einen für die Veröffentlichung in den „Sozialimpulsen“ umgearbeiteten und ergänzten Beitrag für den „Lehrerrundbrief“ der Waldorfschulen.

1 Hierfür ist neben der gesellschaftlichen Unterbewertung des Bildungsektors (Bildung bedient nicht die primären Konsumbedürfnisse) die kontinuierliche Bindung relevanter Kapitalmassen an die Finanzmärkte verantwortlich, die dadurch der Bildung (und anderen Sektoren) nicht zur Verfügung stehen. Vgl. zudem die Ausführungen im dritten Teil.

folgt eine Erläuterung der in Waldorfschulen oft zitierten Forderung nach einer „Trennung von Arbeit und Einkommen“, sowohl in ihrer volkswirtschaftlichen als auch in ihrer betrieblichen Bedeutung für eine zeitgemäße Arbeits- und Einkommensordnung. Ein Beispiel, wie das praktisch umgesetzt werden kann, lässt sich anhand der Arbeitsvereinbarungen der Waldorfschule Kassel illustrieren. Schließlich soll ein Blick darauf geworfen werden, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Waldorfschulen im Sinne des „Sozialen Hauptgesetzes“ deren finanzielle Lage verbessern könnte.

Waldorfschulen als selbstverwaltete Einrichtungen im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus

Waldorfschulen verdanken bekanntlich ihre Entstehung – neben dem Impuls für eine menschliche Pädagogik – der öffentlichkeitswirksamen Bewegung für eine Dreigliederung des sozialen Organismus, die ihren Höhepunkt mit der Gründung der ersten Waldorfschule 1919 erreichte.

Die Waldorfschule bildet als Körperschaft den „Leib“, in dem diese menschengemäße Pädagogik als Waldorfpädagogik auf die Erde kommen kann. Wie ausgeprägt und kraftvoll diese Pädagogik auf die Erde kommt, hängt nicht allein von Lehrenden und Eltern, sondern auch von der *Struktur* der Schulkörperschaft ab. Denn je nachdem, wie wirksam diese Struktur die Initiativ- und Verantwortungskräfte der Lehrer wachruft, werden diese notwendigen Kräfte auch die Entwicklung der Kinder in der Schule befördern. Deshalb gestalten in jeder Waldorfschule die Mitarbeitenden selbst die Verwaltungsstruktur, damit sie der Pädagogik dienen kann.²

Die Waldorfschule – als ein Kind der sozialen Dreigliederungsbewegung – folgt als Institution zudem den Gesetzmäßigkeiten dieser Dreigliederung des sozialen Organismus. Sie ist eine Körperschaft des freien Geisteslebens. Frei meint zunächst: Sie *befreit* ihr Schulleben einerseits von den politisch motivierten Lehrprogrammen des *Staates* und andererseits von schädlichen Einflüssen der *Marktwirtschaft*.³ Gegen diese beiden sachfremden Einflüsse setzen Waldorfschulen ihre Selbstverwaltungsstrukturen, in der sich eine menschliche Pädagogik frei von politischen oder marktwirtschaftlichen Interessen entwickeln kann.⁴ Dies gilt gerade auch für die wirtschaftliche Selbstverwaltung jeder Waldorfschule.

2 R.Steiner: „Jeder Unterrichtende hat für das Unterrichten nur so viel Zeit aufzuwenden, dass er auch noch ein Verwaltender auf seinem Gebiete sein kann. Er wird dadurch die Verwaltung so besorgen, wie er die Erziehung und den Unterricht selbst besorgt.“ (Aus GA 23, Vorrede, 12. Absatz)

3 Marktwirtschaft ist gekennzeichnet durch materielles Nützlichkeitsdenken, das den Aufwand für eine Leistung an dem absehbaren Ertrag (Gewinnmaximierung) und die Zahlungsbereitschaft für ein Konsumgut nach persönlichen Kriterien (Nutzenmaximierung) ausrichtet. Diese Kräfte wirken auf Schulen dann schädlich, wenn sie ihre Pädagogik davon abhängig machen müssen und ihre Bildungsziele z.B. den Forderungen des Arbeitsmarktes, dem marktwirtschaftlichen Wettbewerbsdruck oder den Renditeerwartungen des eingesetzten Kapitals unterwerfen.

4 An dieser Grundausrichtung der Selbstverwaltung ändert nicht, dass rechtliche Bedingungen des Staates und wirtschaftliche Bedingungen der Gesellschaft berücksichtigt werden müssen. Dies zeigt vielmehr, wie Waldorfschulen als Körperschaften des Geisteslebens mit den anderen beiden Gliedern des sozialen Organismus zusammenhängen.

Sie muss gewährleisten, dass die Finanzierung der Schulen keinen direkten Einfluss auf die Pädagogik der Unterrichte hat.

Grundlagen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung von Waldorfschulen

Die Struktur der wirtschaftlichen Selbstverwaltung von Waldorfschulen basiert zunächst auf folgenden Grundlagen:

- Waldorfschulen haben keinen Eigentümer und sind keine Vermögenswerte. Sie können nicht verkauft oder gekauft werden. Entsprechend müssen Waldorfschulen keinen Gewinn machen, denn es gibt niemanden, für den dieser Gewinn erzielt werden müsste. Insofern gibt es für eine Waldorfschule keinen Grund – für sich – Überschüsse zu erzielen. Ihr Haushaltsziel ist die *Kostendeckung*.
- Die Einnahmen fließen der Schule von denjenigen zu, die einen Bedarf nach ihr haben: Die Eltern, die Förderer und der Staat, da die Schule eine *öffentliche Aufgabe* übernimmt.
- Die Ausgaben der Schule werden durch die pädagogische Arbeit verursacht. Insofern sind letztlich die Lehrer und Lehrerinnen dafür verantwortlich. Entsprechend planen und verabschieden sie den Schulhaushalt mit. Das ganze Kollegium sollte darüber Bescheid wissen, wie der Arbeitsumfang und das Einkommensniveau der jeweiligen Arbeitsstellen zustandekommt.
- Wenn im Schulhaushalt doch Überschüsse oder Verluste entstehen, werden sie bislang als rein betriebswirtschaftliche Größen behandelt und in der Konsequenz allein der jeweiligen Schule selbst zugeordnet.⁵

Die Forderung nach der „Trennung von Arbeit und Einkommen“ und das „Soziale Hauptgesetz“ im Kontext der real existierenden Marktwirtschaft

Bekanntlich wird in Waldorfschulen bei Einkommensfragen auf die von Steiner geforderte „Trennung von Arbeit und Einkommen“ hingewiesen, wie sie im Zusammenhang mit dem „Sozialen Hauptgesetz“ formuliert wurde.⁶ Manche verweisen auch auf Aussagen von Steiner, wonach man Arbeit nicht bezahlen könne, man nicht für den eigenen

Erwerb arbeiten dürfe und die Entlohnung von Arbeit ein Ende haben müsse. Wie waren diese Sätze gemeint? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Selbstverwaltung?

Zunächst besagt die genannte Trennung, dass innerhalb der *gesellschaftlichen Arbeitsteilung* jede von einem Produzenten erarbeitete Ware⁷ immer den anderen als Konsumenten zufließt und nie bei seinem Erzeuger bleibt. Umgekehrt erhält das Einkommen des Produzenten seinen Wert erst dadurch, dass er damit Waren kaufen kann, die andere hergestellt haben. Gegenseitige Versorgung oder „struktureller Altruismus“ ist entsprechend das Leitprinzip des Wirtschaftslebens.⁸

Dem widerspricht allerdings die heute übliche Form der Selbstaneignung, die durch die maximalen Gewinnforderungen der Unternehmenseigentümer (Shareholder value-Konzept) und – als spiegelbildliche Reaktion – durch die maximalen Lohnforderungen der Gewerkschaften und Angestellten entsteht. Steiner kennzeichnete dies als die Haltung eines „Selbstversorgers“, der nur für seinen Erwerb arbeite. Damit wird der Arbeitsteilung entgegengearbeitet, weil durch diese Selbstbezogenheit der Blick für die sozialen Notwendigkeiten, insbesondere eine sachgerechte Preisbildung zwischen hergestellten und erworbenen Waren, eingeschränkt wird oder ganz verlorenght.⁹ Die extreme Ungleichheit der gesellschaftlichen Verteilung der Einkommen und Vermögen ist eine weitere Folge davon. Sie führt dazu, dass einerseits die Unter- und Mittelschichten der Gesellschaft wenig Geld für freie Bildungsträger ausgeben können und andererseits der Staat den Bildungsbereich chronisch unterfinanziert, weil er einen Großteil seiner Mittel für soziale Umverteilungsmaßnahmen benötigt, um die Ungleichheit zu mildern. Die prekären Finanzlagen vieler Waldorfschulen erklären sich zu einem Großteil aus diesen Vorgängen.

Ein weiterer Faktor, der dem Sozialen Hauptgesetz und einer sinnvollen Aufteilung von Arbeit und Einkommen widerspricht, ist der unregulierte Markt, insofern dort das bloße Verhältnis von Anbietern und Nachfragern über Arbeit und Einkommen und damit das Wohl und Wehe jedes Einzelnen bestimmt. Dieses Verhältnis von Angebot und Nachfrage entsteht für den einzelnen Beteiligten immer zufällig und unterliegt Schwankungen, die von keiner Institution direkt beeinflussbar sind.¹⁰ Für die Waldorfschulen werden diese Vorgänge an zwei Stellen besonders erlebbar: Dem Arbeitsmarkt für Lehrkräfte und dem Markt für Schulplätze.

5 Inwiefern diese betriebswirtschaftliche Zuordnung fragwürdig ist, wird im letzten Abschnitt thematisiert.

6 Vgl. GA 34, darin der Aufsatz: Geisteswissenschaft und soziale Frage, Dornach 1987, S.213 ff: „Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der einzelne die Erträge seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden... Dieses Hauptgesetz gilt für das soziale Leben mit einer solchen Ausschließlichkeit und Notwendigkeit, wie nur irgendein Naturgesetz in Bezug auf irgendein gewisses Gebiet von Naturwirkungen gilt. ... in der Wirklichkeit lebt das Gesetz nur so, wie es leben soll, wenn es einer Gesamtheit von Menschen gelingt, solche Einrichtungen zu schaffen, dass niemals jemand die Früchte seiner eigenen Arbeit für sich selber in Anspruch nehmen kann, sondern doch diese möglichst ohne Rest der Gesamtheit zugutekommen. Er selbst muss dafür wiederum durch die Arbeit seiner Mitmenschen erhalten werden. Worauf es also ankommt, das ist, dass für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge seien.“

7 Hier wird Ware ganz allgemein als das Ergebnis jeder Leistungserbringung verstanden, das gegen Geld getauscht wird. Dazu gehören demnach auch alle immateriellen Dienstleistungen, wie z.B. Schulunterrichte.

8 Vgl. GA 340, Dornach 1979, 3.Vortrag S.40 ff. Hier bezeichnet Steiner die Arbeitsteilung als grundlegende Form der Volkswirtschaftswissenschaft. Er fügt hinzu, dass er genau dies – den strukturellen Altruismus der Arbeitsteilung – in jenem Aufsatz zum Sozialen Hauptgesetz zum Ausdruck bringen wollte, aber nicht verstanden wurde und deshalb die damalige Aufsatzreihe nicht zu Ende führte. Diese Ausführungen werden daher als Ausgangspunkt für die Interpretation des Sozialen Hauptgesetzes genommen.

9 GA 340, Dornach 1979, 3. Vortrag S.48 f.

10 Viele Ökonomen sprechen deshalb lapidar von wirtschaftlichem Risiko, dem prinzipiell alle Marktteilnehmer ausgeliefert sind – außer verbeamtete Wirtschaftsprofessoren.

Am Arbeitsmarkt für Lehrkräfte beeinflussen das zufällige Angebot an Stellen und die zufällige Nachfrage von möglichen Lehrerinnen und Lehrern, ob die Einkommen steigen oder stagnieren. Dieser Vorgang hat mindestens zwei problematische Folgen:

- Personen und ihre Arbeitskraft bekommen den Charakter der käuflichen Ware, auch an Waldorfschulen, die das nicht wollen.
- Aufgrund der zu geringen Nachfrage nach Lehrstellen und der gleichzeitigen Unterfinanzierung des Bildungsbereichs stehen hier Waldorfschulen extrem unter Druck.

Der Markt für Schulplätze, also das Verhältnis von angebotenen Schulplätzen zu nachfragenden Eltern und Schülern, wirkt ebenso zufällig auf einzelne Waldorfschulen wie der Arbeitsmarkt. Das erzeugt Schwankungen bei den Schülerzahlen, die – verknüpft mit den Bedingungen des Arbeitsmarkts – letztlich dazu führen, dass *das Unterrichtsangebot und die Einkommen der Lehrerinnen und Lehrer nach der jeweiligen Marktsituation* und der damit verbundenen *Kassenlage der Schule* eingerichtet und verändert werden.¹¹ Die ursprünglich intendierte Befreiung der Waldorfschulen wird so permanent durch die Zufälle des Marktes in Frage gestellt. Statt einer sachgerechten Verknüpfung der Lehrbefähigten mit den Bildungsnotwendigkeiten einer Gesellschaft, wie es die Gegenseitigkeit in der Arbeitsteilung fordert, entscheiden Marktprozesse, ob bzw. wo gerade zufällig genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen oder nicht.¹²

Nun können Waldorfschulen zwar diese *gesamtgemeinschaftlichen Widersprüche* nicht allein auflösen. Wenn sie sich allerdings an dem gesetzmäßigen Zusammenhang zwischen Arbeit und Einkommen des „Sozialen Hauptgesetzes“ orientieren, können sie zumindest in ihrem Bereich die genannten Zwänge des Marktes mildern und ihren Lehrerinnen und Lehrern dazu verhelfen, sich bewusst und motiviert in den betrieblichen und den gesellschaftlichen Arbeitszusammenhang hineinzustellen. Dadurch leisten sie auch einen Beitrag, der hilft, diesem sozialen Gesetz¹³ in der Gesellschaft immer mehr Geltung zu verschaffen.¹⁴

Dafür muss zunächst ein in Waldorfkollegien verbreitetes Missverständnis ausgeräumt werden: Die Behauptung, man müsse dafür sorgen, dass jede Arbeit möglichst *gar nichts mehr* mit Einkommen zu tun habe. Dies ist unmöglich.¹⁵ Denn jede Trennung

setzt einen gemeinsamen Zusammenhang voraus. In diesem Falle ist der Zusammenhang das (Welt-)Wirtschaftsleben als Gemeinschaft aller Arbeitenden, die sich gegenseitig mit Waren versorgen. Einkommen entsteht gesamtgesellschaftlich nun einmal aus Arbeit und aus nichts anderem. Zudem kommen auf der anderen Seite bei jedem arbeitenden Menschen – als eigentlichem Zweck der Arbeitsteilung – Arbeit und Einkommen auch wieder zusammen, sonst könnte er in der Arbeitsteilung nicht existieren. Nur kommen die beiden Pole aus verschiedenen Richtungen zusammen, die Arbeit vom Arbeitenden selbst, das Einkommen von den anderen Produzenten. Arbeit und Einkommen sind also nicht absolut, sondern nur ihrer Entstehung nach getrennt. Zugleich sind sie immer aufeinander bezogen, denn eine Arbeit hat nur Sinn, wenn der von ihr erzeugte Warenwert zum Einkommen anderer Menschen wird – und umgekehrt.

Die sachgerechte Verknüpfung von Arbeit und Einkommen als notwendige Zurückdrängung des Marktprinzips

Wie kann nun in einer Waldorfschule der Zusammenhang zwischen den – ihrem Ursprung nach getrennten – Polen Arbeit („Geben“) und Einkommen („Bekommen“) gestaltet werden? Und wie verhindert man dabei eine Bewertung der Arbeit durch Marktprozesse? Um dies zu klären, müssen folgende Gesichtspunkte unterschieden werden:

1. Der arbeitende Mensch und seine Arbeitsmotive, die eine tätige Einheit bilden;
2. seine Leistung / Ware, die sich von ihm ablösen kann;
3. seine Arbeitsstelle (Rolle/Funktion/Aufgaben), die sich von ihm ablösen kann;
4. das Einkommen, das er gezahlt bekommt;
5. die Gemeinschaft der Arbeitenden (Belegschaft, Kollegium);
6. die Einnahmen der Schule (staatliche Zuschüsse, Elternbeiträge).

Wie wirken nun diese Aspekte sinnvoll zusammen? Ausgangspunkt ist die Gemeinschaft der unterrichtenden Lehrer und Lehrerinnen, die folgende Vereinbarungen treffen:

- *Finanzielle Bewertung der Arbeitsstellen:* Jeder Arbeitsstelle wird ein bestimmtes Einkommen als Anteil an den gemeinsam erzielten Einnahmen zugeordnet¹⁶, die sich durch den Verkauf der „immateriellen Produkte“ ergeben.¹⁷ Diese Zuordnung ist

11 Der damit erzeugte Zwang zur Ausgrenzung finanzschwacher Eltern ist eine weitere Folge dieser Marktvorgänge.

12 Die staatlichen Eingriffe in diese Marktvorgänge kaschieren oder mildern deren Wirkung, insbesondere für verbeamtete Lehrer, ohne daran strukturell etwas zu ändern, zumindest für Schulen in freier Trägerschaft.

13 GA 185a, 8.Vortrag, Dornach 1963 S. 214. Dort nennt Steiner diesen Zusammenhang „soziales Axiom“ und vergleicht ihn mit dem pythagoräischen Lehrsatz.

14 Wie das Soziale Hauptgesetz über die einzelne Schule hinaus durch zwischenbetriebliche Zusammenarbeit Geltung bekommen kann, wird im letzten Abschnitt angedeutet.

15 Dies gilt auch für das viel beschworene bedingungslose Grundeinkommen. Es kaschiert nur den Zusammenhang von Arbeit und Einkommen, indem es die Forderung nach bedingungslosen Versorgungszusagen weckt, die damit notwendig verbundenen Arbeits-

verpflichtungen aber hinter einer anonymen Steuerfinanzierung versteckt.

16 Vgl. GA 23, III. Kapitel, 12. Absatz. Dort bezieht Steiner das „freie Vertragsverhältnis“ der Arbeitenden innerhalb eines Unternehmens explizit „auf die Festsetzung des Anteiles, den eine jede der beiden Personen hat, welche die Ware gemeinsam zustande bringen“.

17 Unterrichte und andere Leistungen der Schule sind dabei keine Waren im üblichen, materiellen Sinne. Jedoch nehmen sie innerhalb des Wirtschaftslebens, dem die Schulen eben auch angehören, die Warenform an, insofern dafür Geld gezahlt werden muss, von wem auch immer. Vgl. GA 23, III. Kapitel, Absatz 48: „Was ein Lehrer an seinen Schülern leistet, ist für den Wirtschaftskreislauf Ware.“

vergleichbar mit Tarifen für bestimmte Arbeitsstellen oder auch Beamtenstellen.¹⁸

■ **Aufteilung der Arbeitsstellen:** Anschließend sprechen sich die Arbeitenden gegenseitig zu, wer die jeweiligen Arbeitsstellen besetzt bzw. die Funktionen dort ausübt.¹⁹

Da alle Beteiligten *gleichberechtigte Mitglieder* der selbstverwalteten Institution (Schule) sind, kann keiner, insbesondere kein Eigentümer, durch ein Vortrecht auf diese Aufteilung von Arbeit und Einkommen besonderen Einfluss ausüben. Dies ermöglicht, dass von den Beteiligten *in erster Linie* auf die jeweiligen Aufgaben, Fähigkeiten und Potenziale geschaut wird.²⁰ An die Stelle der sonst üblichen Verteilungskämpfe zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern tritt die gleichberechtigt vereinbarte Aufteilung des gemeinsam erwirtschafteten. Und statt einer zufälligen Bepreisung an einem Markt sorgen verbindliche Vereinbarungen der Lehrerinnen und Lehrer für eine finanzielle Bewertung und Aufteilung der Arbeitsstellen allein nach sachlichen Kriterien.

Das gegenseitige Einordnen von Arbeit und Einkommen ist zugleich die Überwindung der Käuflichkeit der Arbeit. Denn es gibt keinen Eigentümer, der abhängig Beschäftigte für sich arbeiten lässt und ihnen dafür Lohn zahlt. Und es wird kein Mensch, keine Arbeitstätigkeit und kein Arbeitsmotiv finanziell bewertet. Vielmehr vereinbart und bewertet eine Gemeinschaft zusammenarbeitender Lehrer miteinander allein das, was *bewertet werden kann: Die jeweilige Position, in der jemand arbeitet und ihr finanzieller Anteil an der Gesamtleistung der Institution (Schule)*²¹, unabhängig davon, welcher Mensch die Funktion der Arbeitsstelle ausführt.²²

Insofern die Eltern über ihre Beiträge darüber mitentscheiden, welches Einnahmenvolumen überhaupt

18 Vgl. GA 185a, 8.Vortrag, Dornach 1963, S. 214.

19 Diese Vorgänge sind systematisch bzw. aus Sicht des ganzen Kollegiums gemeint, aus Sicht des einzelnen Kollegen beginnt für ihn der Vorgang mit dem Einstellungsvertrag.

20 Persönliche Interessen spielen dabei natürlich auch eine Rolle. Sie können und sollen aber nur in dem Maße Gewicht bekommen, wie die anderen Mitarbeiter diese Interessen für die Schule anerkennen und berücksichtigen können und wollen.

21 Vgl. Fußnote 12 und GA 186, 7. Vortrag, 13. Absatz: „...nur dasjenige kann sozial gegliedert werden, was nicht am Menschen hängt: seine Position, der Ort, an den er hingestellt ist; nicht etwas, was in ihm selbst ist.“ An anderer Stelle weist Steiner das System der Beamtenbesoldung als Ideal der Zusammenfügung von Arbeit und Einkommen aus, allerdings mit dem wichtigen Zusatz, dass dieses Einkommenssystem nicht durch die Gewalt eines Staates, sondern in Freiheit, d.h. durch selbstverwaltete Einrichtungen, hergestellt werden müsse, um den Ansprüchen freier Individuen gerecht zu werden. Vgl. GA 185a, 8.Vortrag, Dornach 1963, S. 214.

An einer weiteren Stelle kennzeichnet Steiner sein Einkommenssystem wie ein überbetriebliches Tarifvertragssystem. Allerdings sollte auch dies durch selbstverwaltete Unternehmen erfolgen, die den Gegensatz von Eigentümern und abhängig Beschäftigten von vornherein ausschließen (vgl. Hans Kühn, Dreigliederungszeit, Dornach 1978, S.304f.: „Es ist daran gedacht, die Arbeitsarten der Handarbeiter ebenso in verschiedene Positionen einzuteilen wie heute die Leistungen der Angestellten, so dass der fähige oder fleißige Arbeiter von einer Position in die andere aufzusteigen vermag. Innerhalb einer Position sollen alle jedoch gleichmäßig bezahlt werden.“)

22 Unterschiede zwischen den Arbeitsstellen und den damit verknüpften Einkommen können einerseits in dem jeweiligen Arbeitsumfang (z.B. halbe oder ganze Stelle) oder anderen sachgerechten Kriterien (z.B. Aufgabenfeld, Qualifikation, Verantwortung, Reichweite/Wirksamkeit etc. einer Stelle) liegen. Viele Schulen kommen an dieser Stelle zu der Einschätzung, dass die Kriterien der verschiedenen Fachbereiche sich sehr ähneln und bewerten daher gleich große Deputate der Lehrer alle gleich.

aufzuteilen ist, sind sie in diesen Vorgang einbezogen und gestalten über den Schulvorstand und die Mitgliederversammlung mit, wie mit ihrem Geld eine sachgerechte Arbeits- und Einkommensaufteilung ermöglicht wird. Durch einen gestaffelten Elternbeitrag nach verfügbarem Einkommen sorgen die Eltern zudem dafür, dass auch Kinder, deren Eltern nur über geringe finanzielle Mittel verfügen, die Waldorfschule besuchen können. Dadurch wird der Markt für Schulplätze ein Stück weit durchbrochen, weil sich zumindest hier kein Marktpreis bilden kann, der sonst über die Aufnahme eines Schülers entscheiden würde.

Verbindlich vereinbarte Einkommensanteile ermöglichen frei gesetzte Arbeitsmotive

Wenn durch die Vereinbarung der Arbeitsstellen und Einkommensstarife weder die Menschen selbst noch ihre persönliche Arbeit bewertet oder verglichen werden bzw. wird, ergibt sich für die Entwicklung der Arbeitsmotivation eine wichtige Konsequenz: Da die Arbeits- und Einkommensanteile *als feste Größen verbindlich* gesetzt werden, ist gewährleistet, dass die Arbeitstätigkeit sich *danach* frei von wirtschaftlichen Anreizen oder Sanktionen, Angebot und Nachfrage etc. entfalten kann. Hier wird die Befreiung des Geisteslebens von den wirtschaftlichen Kräften für jeden Lehrer konkret, freies Geistesleben kann sich entwickeln. Denn es gibt keine finanziellen Anreize, innerhalb einer Arbeitsstelle mehr oder weniger zu tun, wenn die Arbeitsstellen von vornherein mit festen Einkommensgrößen verknüpft sind. Jeder kann sich ganz auf seine pädagogische Aufgabe konzentrieren und lässt sich nicht von persönlichen Vorteilen leiten, die z.B. durch Gewinnbeteiligungen in Aussicht gestellt werden könnten. Indem Einkommen in der Waldorfschule zu verlässlichen „Fixpunkten“ werden, haben Interessen an einem ökonomischen Vorteil, die es natürlich auch bei Pädagogen immer noch gibt, keine maßgeblichen Folgen mehr.²³ An die Stelle des „Arbeitens für den eigenen Erwerb“ können nun die Arbeitsmotive auf die Schülerinnen und Schüler und die kollegiale Zusammenarbeit gelenkt werden.²⁴ Jeder arbeitet für die sozialen Notwendigkeiten, die sich in einer Schule ergeben.²⁵

Dies ist der zweite Aspekt der „Trennung von Arbeit und Einkommen“: Das Einkommen hat *keinen unmittelbaren* Einfluss auf die Arbeitsmotive bzw. Arbeitstätigkeit und umgekehrt. Zwischen der konkre-

23 Dem einzelnen Lehrer bliebe nur die Möglichkeit, eine andere Arbeitsstelle zu suchen, falls seine wirtschaftlichen Interessen über das Einkommensniveau der jeweiligen Waldorfschule hinausgehen. Insofern ist eine völlige Befreiung der Arbeitsmotivation von finanziellen Anreizen bzw. vom Arbeiten für den eigenen Erwerb nicht möglich, aber auch nicht notwendig (siehe Fußnote 24). Vgl. Hans Kühn, a.a.O., S. 304f.

24 Das Motiv, für den eigenen Erwerb zu arbeiten, kann zwar von jedem auch weiter verfolgt werden und ist auch sicher nicht vollständig verschwunden, es verliert aber für die Schule seine zerstörerische Wirkung, weil es sich in dieser Struktur nicht durchsetzen kann. Zudem ermöglicht diese Struktur, dass durch das alltägliche Erleben der sozialen Notwendigkeiten bei der Arbeit andere Arbeitsmotive an die Stelle des Erwerbsmotivs gesetzt werden können.

25 Vgl. GA 23, Vorrede, 20. Absatz: „... was (ein Mensch im Wirtschaftsleben) leisten soll, will er aus seiner Einsicht in die Lebensverhältnisse des Ganzen beurteilen“. GA 340, S.48: „... für den anderen arbeiten heißt, aus der sozialen Notwendigkeit heraus arbeiten.“

ten Arbeit und dem ausgezahlten Einkommen steht der von allen Kollegen gleichberechtigt vereinbarte Einkommensvertrag.²⁶ Indirekt sind Arbeitstätigkeit und Einkommen natürlich verknüpft, insofern diese Tätigkeit den Anforderungen der jeweiligen Arbeitsstelle gerecht werden muss.²⁷

Das Gegenmodell zu gleichberechtigt vereinbarten Einkommensanteilen ist die *ertragsabhängige Ausschüttung von Gewinnen oder Löhnen*. Der Eigentümer eignet sich den wirtschaftlichen Marktertrag unmittelbar an, unabhängig davon, wie der Gewinn zustande gekommen ist und ohne Einbeziehung des sozialen Zusammenhangs. Für Angestellte ist der *Stück- oder Akkordlohn* eine Variante dieser unmittelbaren Aneignung des „eigenen“ Ertrags. Eine dritte Form der Selbstaneignung sind maximale Lohnforderungen von Arbeitnehmern, die durch Gewinnsteigerungen der Eigentümer oder Produktivitätsfortschritte gerechtfertigt erscheinen, aber letzten Endes andere Arbeitnehmer als Kunden bezahlen müssen, ohne einbezogen zu sein. Alle drei Aneignungsformen suggerieren, dass Eigentümer bzw. Angestellte *allein* für den jeweiligen Mehrertrag verantwortlich seien, behandeln also Gewinn und Einkommen so, als ob sie allein aus der eigenen Arbeit resultierten, Arbeit und Einkommen demnach unmittelbar zusammenhängen. Dies ist in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung aber *unmöglich*. Folglich feuern solche Aneignungsvorgänge nicht nur den Egoismus an, das Arbeiten für den maximalen Erwerb, sondern erzeugen auch falsche Vorstellungen über den tatsächlichen Arbeitszusammenhang in der Gesellschaft. Genau dagegen wendet sich Steiner mit dem Hinweis, dass in der Arbeitsteilung Arbeit und Einkommen zwei voneinander getrennte Dinge seien. Durch gleichberechtigt vereinbarte Arbeits- und Einkommensanteile wird diese Forderung zunächst auf betrieblicher Ebene erfüllt.

Selbstverwaltete Arbeits- und Einkommensvereinbarungen als ein Schritt in Richtung Dreigliederung des sozialen Organismus

In der angegebenen Form von Einkommensvereinbarungen kommen die drei Grundkräfte des Sozialen, das Rechts-, Geistes- und Wirtschaftsleben (= Dreigliederung des sozialen Organismus) in der richtigen Weise zur Geltung, da sie sachgemäß gegliedert sind: Die *rechtliche* Vereinbarung der Einkommen wirkt *übergeordnet*. Sie gibt vor, welche Geldbeträge von vornherein mit den jeweiligen Arbeitsstellen verknüpft werden. Die *wirtschaftliche* Bewertung durch die Marktprozesse wird *ausgegliedert* und ist insofern *untergeordnet*. Nicht der Markt zwischen Schulen und Schülern und nicht der Arbeitsmarkt zwischen Lehrkräften und Schulen sollen die Höhe und Auftei-

26 Hier wird deutlich, inwiefern die Trennung von Arbeit und Einkommen mit der Beamtenbesoldung vergleichbar ist. Allerdings unterdrückt die staatlich-hierarchische Bürokratie mit ihren engen Vorgaben die freie Motivbildung der Mitarbeiter und macht die befreiende Wirkung dieser Regelung wieder zunichte. Vgl. u.a. GA 185a, 8. Vortrag, Dornach 1963, S. 214.

27 Wer eine vereinbarte Arbeitsstelle nicht sachgerecht ausfüllen kann, wird eine andere bekommen müssen. Insofern unterscheiden sich diese Einkommensvereinbarungen grundlegend von garantierten Beamtenbesoldungen und ihren Pensionen. Vgl. GA 185a, S.139

lung der Einkommen bestimmen, sondern die soziale Struktur zusammenarbeitender Lehrkräfte und Eltern bestimmt die notwendigen Aufwendungen, die durch die Eltern oder den Staat für die arbeitenden Lehrerinnen und Lehrer aufgebracht werden müssen.²⁸ Die *geistigen* Arbeitsmotive und individuelle Tüchtigkeit stehen bei der Vereinbarung nicht zur Disposition. Dadurch kann sich das Geistesleben durch jeden Mitarbeiter *frei* in der Schule entfalten und in den Arbeitszusammenhang *einordnen*.

Insofern Waldorfschulen diese Struktur bei ihrer Aufteilung von Arbeit und Einkommen berücksichtigen, folgen sie bereits dem Sozialen Hauptgesetz sowie den Grundregeln der Sozialen Dreigliederung in ihrem Bereich und werden der sogenannten „Trennung von Arbeit und Einkommen“ auf der *einzelbetrieblichen* Ebene gerecht, auch wenn sie sich das bislang vielleicht noch nicht bewusst gemacht haben.²⁹ Je mehr Schulen sich daran halten, umso mehr Geltung erlangen das Soziale Hauptgesetz und die Soziale Dreigliederung.

Im Detail ergeben sich allerdings bei der Umsetzung einer solchen Arbeits- und Einkommensordnung eine ganze Reihe von Fragen. Anhand des „Richtlinienpapiers zur Einschätzung von Deputaten“ der Waldorfschule Kassel soll nun beispielhaft skizziert werden, wie mit solchen Fragen umgegangen werden kann. Es sollte dabei von vornherein deutlich sein, dass diese Struktur nur *eine* Möglichkeit unter anderen darstellt, Arbeit und Einkommen gemeinschaftlich zu verwalten. Es ist allerdings eine Möglichkeit, die sich bislang in der Praxis durchaus bewährt hat.

Die Aufteilung der Aufgaben und Einkommensanteile an der FWS Kassel als Beispiel für die *einzelbetriebliche* Trennung von Arbeit und Einkommen

Die FWS Kassel ist eine doppelzügige Schule mit ca. 820 Schülern und einem Kollegium von ca. 70 Lehrern, von denen zahlreiche Kollegen einen Teildeputatsvertrag haben. Der gesamte Arbeitsumfang entspricht etwa 50 Deputaten.

Die Gehaltsordnung orientiert sich beim Grundgehalt an dem vereinbarten Arbeitsumfang (Voll- oder Teildeputat) und bei Gehaltszuschlägen an familiären Bedürfnissen. Die Gehaltsordnung wird durch den Schulvorstand aus Eltern und Lehrern bestimmt, zuvor mit der Schulleitung besprochen und bei Bedarf auch innerhalb des Kollegiums zum Thema gemacht.

Der Vorgang der Arbeitsaufteilung wird durch das „Richtlinienpapier zur Einschätzung der Deputa-

28 Vgl. GA 185a, S. 214: „Alles Arbeiten in der Gesellschaft muss so sein, dass der Arbeitsertrag der Sozietät zufällt und die Existenzmittel nicht als Arbeitsertrag, sondern durch die soziale Struktur geschaffen werden.“

29 Damit ist allerdings das Soziale Hauptgesetz als gesamtgesellschaftlicher Zusammenhang noch nicht erfüllt. Denn heute wird die gesellschaftliche Aufteilung von Arbeitsplätzen und Einkommensgrößen zwischen Institutionen im Wesentlichen dem „Markt“ überlassen und nicht überbetrieblich vereinbart, z.B. zwischen Schulen.

te“ strukturiert. Darin sind Regeln und Verfahren beschrieben, wie die jährlich sich verändernden Arbeitsanforderungen der Schule unter den Kolleginnen und Kollegen, die meist gleichbleibende Deputate haben, aufgeteilt werden. Es handelt sich demnach um verbindliche Aufteilungsregeln, die bereits vor der konkreten Aufteilung im Kollegium vereinbart wurden und für alle Kollegen transparent sind. Sie erleichtern den komplizierten Aufteilungsvorgang für die zuständige Delegation erheblich und schließen nachträglich geltend gemachte Ansprüche, die sich einzelne Kollegen selbst zusprechen wollen, aus. Zudem ermöglichen diese Regeln, die komplizierten Aufteilungsvorgänge untereinander bewusst nachzuvollziehen und in ihrem jeweiligen Bereich mitzugestalten.

Die Schule hatte vor Einführung des Richtlinienpapiers im Jahr 2002 bei der Arbeitsaufteilung häufig das Problem, die Unterrichtsverteilung den Deputaten anzupassen. Teildeputate wurden in der Regel einfach nach der jeweils zu unterrichtenden Stundenzahl bemessen. Dies konnte zu jährlichen Schwankungen bei Arbeitsumfang und Gehalt und entsprechenden Unsicherheiten bei den betreffenden Kollegen führen. Daneben wurde die Übernahme umfangreicher Verwaltungstätigkeit häufig nur mangelhaft angerechnet und von Lehrern mit Teildeputat nicht wahrgenommen. Daraus ergaben sich sehr unterschiedliche Arbeitsbelastungen innerhalb des Kollegiums. Lehrer verglichen sich zunehmend miteinander und waren weniger bereit, bei gleichem Gehalt höhere Stundenzahlen als andere zu unterrichten und zusätzliche Verwaltungstätigkeiten zu übernehmen. In der Folge blieben Arbeiten liegen, die Stundenzahl pro Deputat sank und die Finanzlage wurde allmählich prekär. Der Zusammenhalt im Kollegium erodierte immer mehr. Diese Entwicklung war dem Umstand geschuldet, dass es keine klar differenzierten Aufteilungsregeln gab und letztlich jeder Kollege selbstversorgerisch beeinflussen konnte, in welchem Umfang er sein Deputat ausfüllte. Die Vorstellung, jeder bekommt ein vereinbartes Deputat und arbeitet dann, was und wie er eben kann, stellte sich zunehmend als undurchführbar heraus. Eine Änderung der Struktur der Arbeitsaufteilung wurde unausweichlich. Das Kollegium beschloss, eine solche Struktur auszuarbeiten, das Ergebnis war das „Richtlinienpapier zur Einschätzung der Deputate“.

Wesentliches Merkmal des Richtlinienpapiers ist die Zuordnung von Deputatseinheiten (DE) auf definierte Zeitkontingente als Maßstab für den Vergleich unterschiedlicher Tätigkeiten. Dabei wird eine DE einem Zeitkontingent von 70 Stunden innerhalb eines Schuljahres zugeordnet. Ein volles Deputat soll durch 25 DE im Schuljahr erfüllt werden. Das Deputat wird im Arbeitsvertrag festgelegt und verpflichtet das Kollegium, sich gegenseitig in diesem Umfang Arbeit zuzusprechen. Dabei werden fast alle regelmäßig anfallenden Arbeiten (Unterrichtsstunden, Vorbereitungszeit, Korrekturen, Zeugnisse, Verwaltungstätigkeiten, Vertretungen, Klassenbetreuungen, Konferenzen, spezifische Begleitlasten etc.) durch ein transparentes, kalkulatorisches Verfahren in DE

umgerechnet. Im Richtlinienpapier werden bei der Zuteilung von DEs zum Unterricht allerdings kaum fachspezifische Besonderheiten, dafür aber unterschiedliche Lerngruppengrößen und besondere Korrektur- und Prüfungsanforderungen bei der Bewertung berücksichtigt. Zudem gibt es zusätzliche DE für die Einarbeitung neuer Kollegen und für ältere Kollegen als Altersentlastung.

Bei der Bemessung der Aufgaben in DE als Zeitkontingent ist jedoch nicht entscheidend, ob die tatsächlich aufgewandte Zeit wirklich dieses Zeitkontingent umfasst. Die Bemessung ist vielmehr ein Zeitkontingent, welches von den zuständigen Delegierten für diese Aufgabe als angemessen empfunden wird. Die tatsächlich aufgewandte Zeit sollte allerdings bei entsprechender Befähigung für die Aufgabe nicht allzu sehr von der zugeordneten abweichen. Sollte es doch zu größeren Abweichungen kommen, kann eine Nachkalkulation bei der zuständigen Delegation beantragt werden.

Die Zielmarke von 25 DE für ein volles Deputat kann jedoch oft nicht ganz genau erfüllt werden. Deshalb wurde ein detailliertes Verfahren entwickelt, wie mit Abweichungen umzugehen ist. Überschüssige DE können ausgezahlt, angespart oder verschenkt werden. Von allen diesen Varianten wird Gebrauch gemacht.

Natürlich kann das Richtlinienpapier als kleinkarierte Erbsenzählerei empfunden werden. Schwerwiegender noch ist der Eindruck, dass die DE wie Geldeinheiten erscheinen, letztlich zu einer Bezahlung der Arbeit führe und Unterricht wie eine Ware behandle. Die Schwierigkeit liegt nun darin, dass dieser Eindruck nicht ausgeräumt werden kann, wenn Beteiligte sich mit ihrer Arbeit so identifizieren, dass sie ihre Arbeitsstelle nicht von ihrer Person unterscheiden können. Denn es wird hier, ganz im Sinne des Sozialen Hauptgesetzes, nur die jeweilige Arbeitsstelle bewertet und nicht der Mensch, nicht seine Leistung und nicht die tatsächliche Arbeitszeit, die er benötigt. Manche Kollegen fühlten sich durch die Richtlinien gegängelt. Sie wollten weiterhin die Freiheit haben, an bestimmten Stellen allein zu entscheiden, in welchem Umfang sie für die Schule neben dem Unterricht tätig werden – wohlgernekt unabhängig von dem vereinbarten Deputat und Einkommen!

Weitere Schwierigkeiten ergeben sich, wenn einem Kollegen die zugemessene Zeit nicht ausreicht und er letztlich den vereinbarten Deputatumfang nicht erfüllen kann. Im Einzelfalle muss dann durch die zuständige Delegation eine Lösung gefunden werden (z.B. eine Deputatsreduzierung). Sollten sich solche Fälle aber häufen, würde das Kollegium das Richtlinienpapier entsprechend anpassen müssen. Letzteres kam bislang nur in Einzelfällen vor.

Letztlich entsprechen die DE verrechenbaren *Zeitrésourcen*, die sich die Kollegen für ihre jeweilige Arbeit gegenseitig zubilligen. Auf diese Weise konnten seit ihrer Einführung die vorher vorhandenen, extremen Ungleichgewichte und Schwankungen bei der Auf-

teilung der Arbeitsaufgaben zwischen den Kollegen deutlich verringert bzw. ausgeglichen werden.³⁰

In Gesamtkonferenzen für alle Kollegen wird zudem immer wieder darüber gesprochen, ob die Anwendung des Richtlinienpapiers den Erfordernissen der Arbeitsaufgaben und den Anliegen der Kollegen insgesamt gerecht wird. Gegebenenfalls werden dann auch einzelne Verfahrensregeln oder Bewertungen modifiziert, wenn sie sachlich begründet sind und es das Kollegium für richtig hält.

Natürlich kommt bei einzelnen Kolleginnen oder Kollegen auch immer wieder Unzufriedenheit über konkrete Bewertungen und Einteilungen auf, die auf der Grundlage des Richtlinienpapiers erfolgen. Jedoch führten die transparenten Kriterien und Verfahrensregeln sowie die Möglichkeit, gegebenenfalls im Kollegium eine Änderung zu bewirken, zu einer sehr weit gehenden Akzeptanz im Kollegium. Hinzu kommt, dass vielen Kollegen und Kolleginnen mit der Zeit klar wurde, wie die Schule als Ganzes sich durch dieses Verfahren wirtschaftlich besser stellen konnte³¹ und der kollegiale Zusammenhalt durch die insgesamt als ausgeglichen empfundene Arbeitsaufteilung gestützt wurde.

Niedrige Einkommensniveaus und prekäre Finanzlagen – Grund genug für mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit der Waldorfschulen

Arbeits- und Einkommensvereinbarungen innerhalb der Waldorfschulen werden bislang einzelbetrieblich gedacht. Insofern sind sie davon abhängig, wie die wirtschaftlichen Erträge der Schule jeweils ausfallen, d.h., sie können an der marktwirtschaftlich und politisch bedingten, finanziellen Unterversorgung vieler Waldorfschulen³² nichts ändern, sondern allenfalls helfen, die Ausgaben zu verringern. In der Folge sind viele Einkommensordnungen von der aktuellen Kassenlage der Schulen geprägt. Je nachdem, ob im Jahreshaushalt ein größerer Überschuss oder Verlust ansteht, wird mit Sondervergütungen (Bonis) oder stagnierenden Gehältern bzw. betriebsbedingten Kündigungen darauf reagiert.

Es sollte deutlich sein, dass diese rein betriebswirtschaftliche Vorgehensweise die ursprünglichen Ziele – Überwindung der Käuflichkeit der Arbeit und Befreiung der Arbeitsmotive von den Schwankungen des Marktes – wieder infrage stellt. Das Einkommensniveau wird abhängig von Angebot und Nachfrage an Schulplätzen. Schlagen diese Marktvorgänge unmittelbar auf die Einkommen durch, wird auch die Arbeitstätigkeit durch den Markt bewertet. Die Arbeitsmotive werden durch den Zwang, höhere Erträge erwirtschaften zu müssen, von ihrer

30 Insofern die Arbeitsbelastungen der jeweiligen Fachbereiche doch unterschiedlich sind, bleibt bislang diese Ungleichverteilung bestehen.

31 Durch die gleichmäßigere Aufteilung der Arbeit unter den Kollegen konnten die Personalausgaben insgesamt deutlich reduziert werden.

32 Vgl. im Abschnitt: „Die Forderung nach der ‚Trennung von Arbeit und Einkommen‘ und das ‚Soziale Hauptgesetz‘ im Kontext der real existierenden Marktwirtschaft“

eigentlichen Aufgabe, der Pädagogik, abgelenkt.³³ Es verleitet z.B. dazu, Schüler unabhängig von den pädagogischen Möglichkeiten aufzunehmen oder aufgrund eines ggf. erhöhten Aufwands abzulehnen. Damit werden nicht nur die Schüler unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Verwertbarkeit betrachtet, sondern auch die Lehrer. Diese Marktbewertungen können jedoch der Arbeit der Lehrenden nicht gerecht werden. Wenn beispielsweise vermögende Eltern ihr Kind auf die Waldorfschule schicken, ist nicht ersichtlich, warum *allein deshalb* eine pädagogische Arbeitsstelle plötzlich besser bezahlt und bewertet werden sollte.³⁴ Genau das ist allerdings in manchen Waldorfschulen der Fall und erzeugt ein finanzielles Gefälle unter den Schulen selbst. Es gibt gut situierte und finanziell prekär ausgestattete Waldorfschulen, deren Einzugsbereich an vermögenden Eltern, aber auch an anderen finanziell wirksamen Bedingungen sehr unterschiedlich ist.³⁵ Würden sie ihre Einkommensniveaus miteinander vergleichen, würden Einkommensunterschiede offenkundig werden, die mit den Lehrkräften und ihren Aufgaben nichts zu tun haben.³⁶

Wenn nun Waldorfschulen, die z.B. wegen geringer Schüleranmeldungen in wirtschaftlicher Not sind, damit allein stehen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als sich mit Sparmaßnahmen auf Kosten des Kollegiums und der Kinder bzw. Jugendlichen zu sanieren. Im schlimmsten Fall kann es auch zur Insolvenz bzw. Schließung der Schule kommen. Das ist inzwischen bei der über viele Jahre etablierten Waldorfschule in Rendsburg geschehen, verbunden mit zahlreichen, ungewollt schwierigen Schicksalen, die dadurch entstanden. Anderen Schulen mag dieser Schritt vielleicht noch bevorstehen. Aber muss das so sein?

Solche Vorgänge beweisen nur, dass die einzelbetriebliche Verwaltung von Schulen allein nicht hinreichend ist. Auch wenn die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von einer Schule teilweise selbst verschuldet sind, dürfen Schüler, Eltern und Kollegium sich in einer solchen Situation selbst überlassen bleiben? Neben dem ideellen fordert auch der soziale Zusammenhang des Wirtschaftslebens, der durch das Soziale Hauptgesetz beschrieben wird, dass durch die übergeordnete Branche, d.h. hier die Branche der Waldorfschulen, solche Schulen gestützt, saniert oder entwickelt werden. Dafür wäre allerdings ein Zusammenschluss der Waldorfschulen zu einer gemeinsamen Wirtschaftskorporation nötig.³⁷ Insofern

33 Es wäre aber ein Missverständnis, wenn man daraus schließen wollte, dass Lehrer bei ihrer Pädagogik überhaupt nicht auf Effektivität und Effizienz achten müssten.

34 Würde man diesen Pfad konsequent verfolgen, müssten Lehrer, die viele Schüler in ihre Klasse aufnehmen, ein höheres Gehalt bekommen und umgekehrt. Zum Vergleich: Während seiner Zeit an der Arbeiterbildungsschule kamen zu R. Steiner immer mehr Zuhörer. Er lehnte aber den Vorschlag ab, sein Honorar entsprechend der gewachsenen Anzahl an Hörern zu erhöhen. Sein Gegenvorschlag war: Wenn es die Mittel erlaubten, sollte das Honorar für alle Lehrer gleich erhöht werden. Vgl. „Erinnerungen an R. Steiner und seiner Wirksamkeit in der Arbeiterbildungsschule in Berlin“, J. Mücke u. A.A. Rudolph, S. 87

35 Weitere Unterschiede bei den Einnahmen ergeben sich z.B. aus den jeweiligen Landeszuschüssen, Sponsoren im Hintergrund oder Konkurrenzsituationen mit anderen Alternativschulen.

36 Natürlich sollten dabei unterschiedliche Preisniveaus zwischen städtischen und ländlichen Regionen berücksichtigt werden.

37 GA 330, Dornach 1983, S.287. Dort findet sich der lapidare Hinweis, dass Unterrichtende und Erziehende eine „Wirtschaftsge-

dieser Schritt aussteht, muss man nüchtern konstatieren, dass sich die Waldorfschulen gegenseitig den Marktkräften und der Willkür der Politik überlassen, während mit den Folgen wirtschaftlicher Verwaltungsfehler einzelner Schulen in erster Linie die betroffenen Schülerinnen, Schüler und Eltern leben müssen.

Will man jedoch verhindern, dass Waldorfschulen in Existenznot geraten oder berechnete Einkommensniveaus in einer Schule durch regionale Marktschwankungen oder strukturelle Benachteiligungen (z.B. geringere staatliche Zuschüsse) permanent in Frage gestellt werden, bietet sich ein Ausweg an: Die dauerhafte, zwischenbetriebliche Zusammenarbeit der Waldorfschulen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit könnte damit beginnen, dass sich z.B. die Geschäftsführer der Waldorfschulen gegenseitig ihre betrieblichen Kennzahlen (Ausgaben, Einnahmen, Einkommen, Deputate etc.) offenlegen und darüber austauschen. Sie würden sehen, inwiefern die jeweiligen regionalen Bedingungen (z.B. Einkommensniveaus der Eltern, staatliche Zuschüsse etc.) oder auch schulinterne Schwächen oder Stärken die wirtschaftlichen Situationen der jeweiligen Waldorfschulen bestimmen. Und sie könnten durch kooperatives Benchmarking bemerken, mit wie vielen Informationen und Erfahrungen sie sich gegenseitig helfen könnten, zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit jeder Schule.

Darüber hinaus könnten sie sich darüber austauschen, wie die jeweiligen Einkommen an den verschiedenen Waldorfschulen mit Einkommensgrößen anderer Branchen sinnvoll verglichen werden können, insbesondere den Gehältern an staatlichen Schulen.³⁸ Denn jedes Einkommen und jede Arbeitsstelle stehen durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung immer in einem Wertverhältnis zu allen anderen Arbeitsplätzen außerhalb der Schule.³⁹ Erst dadurch kann das jeweilige Einkommensniveau einer Schule wirtschaftlich beurteilt werden. Dass dies notwendig ist, wird jeder Waldorfschule spätestens dann deutlich, wenn sie nicht mehr genügend geeignete Lehrkräfte findet, die zu den vereinbarten Einkommen dort arbeiten wollen. Zudem gibt es in manchen Bundesländern gesetzliche Regelungen, die eine zu große Abweichung der Gehälter für Lehrkräfte an Schulen in freier Trägerschaft vom vergleichbaren Gehalt der staatlichen Gehaltsordnung für Lehrer untersagt.⁴⁰ Der nächste Schritt wäre dann, die bisher einzelbetrieblichen Einkommens- und Arbeitsquoten der Schulen untereinander abzustimmen und ggf. auch anzugleichen – durchaus mit Berücksichtigung der besonderen regionalen Bedingungen, aber auch

nossenschaft“ im Wirtschaftsorganismus bilden.

38 Wie wichtig R. Steiner dieser Aspekt war, belegt folgendes Zitat zu den gleichberechtigten Einkommensvereinbarungen: GA 23, III. Kapitel, 52. Absatz: „...es ist die Ablösung des Entlohnungsverhältnisses durch das vertragsgemäße Teilungsverhältnis in Bezug auf das von Arbeitsleiter und Arbeiter gemeinsam Geleistete in Verbindung mit der gesamten Einrichtung des sozialen Organismus ins Auge gefasst“ (Hervorhebung durch R. Steiner).

39 Dieser Zusammenhang bringt es mit sich, dass auch Waldorflerher ihr Einkommen mit verschiedenen anderen Arbeitsstellen vergleichen und dies u.U. auch geltend machen.

40 Vgl. z.B. Hessisches Schulgesetz in der Fassung vom 30.06.2017; § 174 (2): „Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte an einer Ersatzschule ist nur genügend gesichert, wenn ... die Gehälter und Entgelte bei entsprechenden Anforderungen hinter den Gehältern der Lehrkräfte an gleichartigen öffentlichen Schulen nicht wesentlich zurückbleiben ...“

mit dem Ziel, allmählich die Einkommensniveaus an den vergleichbaren Branchentarifen für Lehrer auszurichten.

Perspektivisch könnten sich Schulen über gemeinsame Sicherungsfonds gegenseitig gegen eine Insolvenz absichern und über Ausgleichsfonds finanzielle Unterstützung für wirtschaftlich schwächer aufgestellte Schulen (z.B. in der Gründungsphase) zur Verfügung stellen.⁴¹ Im Ergebnis würden Arbeit und Einkommen an den Waldorfschulen immer weniger ein Spielball der Märkte und immer mehr ein soziales Netz, das alle Lehrer miteinander verbindet und der Waldorfpädagogik weiteren Freiraum verschafft. Insofern würden von einer gegenseitigen Unterstützung letztlich alle Waldorfschulen profitieren. Die Waldorfschulbewegung könnte nachhaltig wachsen, wodurch sich die wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten insgesamt wiederum erweitern.

Vor diesem Hintergrund sollte deutlich werden, dass Vereinbarungen über Arbeit und Einkommen an Waldorfschulen im Sinne des Sozialen Hauptgesetzes ihre Wirksamkeit erhöhen, je mehr Waldorfschulen wirtschaftlich zusammenarbeiten. Knapp hundert Jahre nach ihrer Gründung könnten sie im Jahr der ersten Insolvenz einer Waldorfschule auch aus Eigeninteresse damit beginnen. ■

Wolfgang Rau,

*1968, hat in Freiburg Philosophie, Wirtschaftsge-schichte und Ökonomie auf Magister studiert. Teilnehmer der Anthroposophischen Hochschulwochen, Studium auf Waldorfoberstufenlehrer in Mannheim, seitdem an der Waldorfschule Kassel Oberstufenlehrer mit Schwerpunkt Politik und Wirtschaft, ehemaliges Mitglied der Schulführung.

41 Solche Unterstützungs- und Sicherungsfonds sind einerseits durch zahlreiche, unterschiedliche Bedingungen begründet, welche die jeweils bedürftige Schule nicht zu verantworten hat. Andererseits sind sie auch dann gerechtfertigt, wenn die betroffene Schule durch Verwaltungsfehler die finanzielle Not selbst mit hervorgerufen hat. Denn sonst würden vor allem die betroffenen Schülerinnen und Schüler darunter zu leiden haben. In diesem Falle ist allerdings mit der Unterstützung auch eine Aufsicht über die weitere Schulverwaltung durch Unterstützungsfonds geboten. Diese Fälle sollten jedoch kaum eintreten, insofern durch die generelle Zusammenarbeit zwischen den Schulen mögliche Fehler früher erkannt und entsprechend früher gelöst werden können.

Betrachtungen und Berichte

„Die Ethik der Freiheit“: eine Ideologiekritik

Helmut Woll

Die ‚Ethik der Freiheit‘ verbindet die österreichische Denkschule der Nationalökonomie (Carl Menger, Ludwig von Mises, Friedrich August von Hayek) und den Anarchismus des amerikanischen Ökonomen Murray Newton Rothbard. Der deutsche Ökonom Hans-Herrmann Hoppe hat auf dieser theoretischen Basis das Buch ‚Eine kurze Geschichte der Menschheit. Fortschritt und Niedergang‘ (2014) publiziert. Dieser Ansatz bildet auch ein gedankliches Fundament für die Politische Monatszeitschrift ‚eigentümlich frei‘.

Rothbard (1926–1995) war Student des großen radikalliberalen Ökonomen Ludwig von Mises in New York. Auf seiner Theorie aufbauend, begründete Rothbard den ‚Anarcho-Kapitalismus‘. Dieser Ansatz verbindet eine radikale Marktwirtschaft ohne Staat und eine Liberalisierung und Privatisierung von Bildung, Sicherheit, Freigabe von harten Drogen etc. Rothbard versteht seine Theorie als eine systematische Theorie der Freiheit. Diese fußt auf der ‚menschlichen Natur‘ und auf dem ‚Wesen des Menschen‘. Im Mittelpunkt steht der umstrittene Begriff des ‚Naturgesetzes‘ und der Vernunft sowie eine rationale Begründung von Naturrechten.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist – wie so oft – eine Robinsonade. Robinson lernt auf der Insel, wie sich die Dinge in der Welt naturgesetzlich verhalten. „Der menschliche Geist nutzt die von ihm erkannten Ideen und richtet seine Energie darauf, Materie so umzuwandeln und neu zu formen, dass seine Wünsche erfüllt werden und sein Leben erhalten und gefördert wird. Hinter jedem ‚produzierten‘ Gut, hinter jeder Umwandlung natürlicher Ressourcen durch Menschenhand steht eine Idee, die die harte Arbeit als Äußerung des Geistes lenkt.“ (Rothbard 2013/S.47)

Robinson hat Willensfreiheit, er kann den Gang seines Lebens und seine Handlungen frei wählen. „Robinsons Freiheit, sich Ideen zu eigen zu machen, seine Ziele zu wählen, ist unverletzbar und unveräußerlich, da der Mensch andererseits nicht allmächtig ist und auch nicht allwissend, findet er

stets, dass seine Macht, all‘ die Dinge zu tun, die er gerne tun würde, begrenzt ist. Kurzum, seine Macht ist durch Naturgesetze notwendig begrenzt, nicht aber seine Willensfreiheit. Anders gesagt ist es offensichtlich absurd, die Freiheit eines Wesens zu definieren als dessen Macht, eine Handlung auszuführen, die seiner Natur unmöglich ist.“ (Rothbard 2013/S.49)

Die Nationalökonomie hat gezeigt, dass nicht nur die Produktion, sondern auch der Tausch die wirtschaftliche Lage verbessert. So tauscht sich Robinson auf der Insel mit Freitag aus. Daraus hat Ricardo das Theorem der komparativen Kosten entwickelt. Es nützt den Starken und den Schwachen. „Im Gegenteil ist es gerade der freie Markt, auf dem die ‚Schwachen‘ in den Genuss der Produktivitätsvorteile kommen, weil es den Starken nützt, mit ihnen zu tauschen.“ (Rothbard 2013/S.52) Die Funktionen des Geldes verbessern diese Situation zusätzlich. „Ein allgemeines akzeptiertes Tauschmittel ist für jedes ausgedehnte Tauschgeflecht und mithin für jede zivilisierte Wirtschaft unerlässlich. Solch ein allgemein akzeptiertes Tauschmittel wird als ein Geld definiert.“ (Rothbard 2013/S.53) Effizienz und Freihandel sind für ihn damit oberste Prinzipien.

Der Kapitalist spielt in diesen Tauschprozessen eine sehr wichtige Rolle. Er konsumiert seinen Reichtum nicht vollständig, sondern er kann sparen und das Ersparte in Maschinen investieren, die wiederum Produktion und Konsum steigern. Der Arbeiter braucht keinen Konsumverzicht zu leisten. „In seiner Eigenschaft als Vorauplaner bzw. Unternehmer bewahrt der Kapitalist den Arbeiter zudem vor dem Risiko, dass das Produkt nicht mit Gewinn verkauft wird oder dass er sogar Verluste erleidet.“ (Rothbard 2013/S.55)

Eigentum, Arbeit, geldvermittelter Tausch sind Rothbard die universellen Bausteine einer freien Gesellschaft. Sie werden hier naturrechtlich begründet und dürfen aus ethischen Gründen nicht verletzt werden. Das ist, kurz gesprochen, die Ethische Freiheit nach Rothbard. „Das System reiner Freiheit – die liberale Gesellschaft – kann als eine Gesellschaft beschrieben werden, in der keine Eigentumsrechte ‚verteilt‘ werden, in der, kurz gesagt, keines Menschen Eigentum an seiner Person oder materiellen Dingen belästigt oder verletzt wird und in der niemand in dieses Eigentum eingreift. Doch das bedeutet, dass man sich absoluter Freiheit im sozialen Sinne erfreuen kann.“ (Rothbard 2013/S.57) Eigentum wird nicht verteilt, sondern es ist erarbeitet. Das gilt auch für die Landwirtschaft. Eigentümer ist derjenige, der es bewirtschaftet.

Die Freiheit des Menschen ist notwendigerweise begrenzt durch die Naturgesetze, durch die Tatsachen des Lebens. „Jedes Menschen Macht ist daher stets notwendig begrenzt durch die Tatsachen des menschlichen Daseins, durch die Natur des Menschen und der Welt; doch es ist einer der Vorzüge des menschlichen Daseins, dass jede Person absolut frei sein kann, selbst in einer Welt komplexen Verkehrs und Austauschs. Zudem stimmt es weiterhin,

dass eines jeden Menschen Macht zu handeln, etwas zu tun und zu konsumieren in einer solchen Welt komplexen Verkehrs ungeheuer viel größer ist als in einer primitiven oder einer Robinson-Gesellschaft.“ (Rothbard 2013/S.58)

Die Freiheit bezieht sich nicht nur auf die freie Verfügung über Grund und Boden oder die Produktionsmittel, sondern auch auf die Person selbst. Jeder soll über sein Leben selbst verfügen können. „Folglich kann sich keine Gesellschaft, in der es keinen vollen Selbstbesitz für jedermann gibt, einer allgemeinen Ethik erfreuen. Nach diesem Grund allein ist hundertprozentiger Selbstbesitz für jeden Menschen die einzige gültige politische Ethik für die Menschheit.“ (Rothbard 2013/S.61)

Willkürliche Eingriffe in die Freiheit des Einzelnen werden als Aggression bezeichnet, die nicht hinzunehmen ist. „Der Mensch, der das Eigentum eines anderen ergreift, lebt nun in grundsätzlichem Widerspruch zu seiner eigenen Menschennatur. Denn wir sahen, dass der Mensch nur durch eigene Produktion und Tausch von Produkten leben und gedeihen kann. Der Aggressor hingegen ist kein Produzent, sondern ein Räuber: Er lebt parasitenhaft von der Arbeit und dem Produkt anderer. Anstatt in Übereinstimmung mit der Natur des Menschen zu leben, ist der Aggressor folglich ein Parasit, der sich nur ernährt, indem er einseitig die Arbeit und Energie anderer ausbeutet.“ (Rothbard 2013/S.65)

Aus dieser Freiheitsethik heraus ergibt sich eine radikale Staatskritik, da der Staat in die Freiheit der Einzelnen durch Steuern und Vorschriften massiv eingreift. Der Staat erhält seine Steuern durch Zwang. „Wenn Besteuerung somit einen Zwangscharakter trägt und daher von Diebstahl nicht zu unterscheiden ist, so folgt daraus, dass der Staat, der von der Besteuerung lebt, eine riesige kriminelle Vereinigung ist, weit größer und erfolgreicher als irgendeine ‚private‘ Mafia in der Geschichte.“ (Rothbard 2013/S.172) Der Staat befindet sich in einem Dilemma. Er soll den Diebstahl rechtlich bestrafen, ist aber selber ein Räuber.

In der Ablehnung des Staates kennt der Autor keine Kompromisse. Die übliche Begründung für die Aufgaben des Staates bei öffentlichen Gütern überzeugt ihn nicht. Straßen, Deiche, Polizei, Schulen etc. können auch privat betrieben werden. Es gibt auch immer wieder Menschen, die keinen staatlichen Schutz wollen und deswegen durch den Staat zwangsbe-glückt werden. „In der modernen Welt – in der eine herrschende Kirche häufig nicht mehr eingerichtet werden kann – ist es für den Staat besonders wichtig, die Herrschaft über das Erziehungswesen zu erlangen und dadurch das Denken seiner Untertanen zu formen. Neben der indirekten Beeinflussung der Universitäten durch alle möglichen Subventionen und der direkten Beeinflussung staatlicher Universitäten, lenkt der Staat das Erziehungswesen auf den niedrigeren Ebenen durch die allgemeinen Einrichtungen der öffentlichen Schule, durch Auflagen für private Schulen und durch Schulpflichtgesetze.“ (Rothbard 2013/S.176)

Der Autor wendet sich gegen eine wertfreie Position, wie sie etwa von Ludwig von Mises oder Friedrich August von Hayek vertreten wurde. Rothbard vertritt dagegen eine normative Position, er fordert aus freiheitlichen Gründen die Legalisierung von harten Drogen, die Privatisierung der Kriminalitätsbekämpfung, die Abschaffung des Staates und die Beseitigung des Geldmonopols durch den Staat. Der Autor will keinen Laissez-faire, sondern einen libertären Kapitalismus. „Dazu muss man über die Ökonomie und den Utilitarismus hinausgehen, um eine objektive Ethik zu begründen, die den vorrangigen Wert der Freiheit bekräftigt und alle Formen staatlicher Eingriffe sowie solche Ziele wie die Befriedigung von Machtgier und Neid moralisch verurteilt. Um die Sache der Freiheit voll und ganz zu begründen, darf man nicht der methodologische Sklave jedes Zieles sein, das die Mehrheit der Öffentlichkeit gerade gutheißt.“ (Rothbard 2013/S.216)

Der Autor hat bereits in den 1970er Jahren eine kleine Geschichte der hundertjährigen libertären Bewegung geschrieben (dt. Rothbard 2013). Hier wird vor allem die außenpolitische Position deutlich. Man hat sich in den Theoriedebatten mit Linken und alten Rechten immer vehement für eine isolationistische Position Amerikas eingesetzt. Die Ethik der Freiheit verlange, dass man sich nur um sein eigenes Land kümmern solle. Die Freiheit wird ganzheitlich interpretiert: keine Staatsintervention im Innern und darum auch keine Einmischungen im Ausland. Man war sowohl gegen den New Deal als auch gegen den Vietnamkrieg. Man war gegen den Imperialismus des amerikanischen Großkapitals und für einen radikalen Pazifismus. Der Kalte Krieg wurde strikt abgelehnt, da er die gegenseitige Aufrüstung erzeuge. So saß man zwischen vielen Stühlen und fühlte sich von der Presse diffamiert. „Verleumdung, sozialer Rufmord, private Spionage – das waren noch nicht alle Drangsale, denen sich die Isolationisten ausgesetzt sahen. Sobald der Krieg begann, schwang die Roosevelt-Regierung ihren säkularen Arm, um alle verbliebenen Reste isolationistischer Meinungsabweichung zu zertrümmern.“ (Rothbard 2017/S.76)

Zur Kritik

Der vorliegende libertäre Ansatz ist sehr grundsätzlich formuliert. Der naturrechtliche Ansatz erweist sich zunächst als fruchtbar. Der Einzelne hat selbst erarbeitete Eigentumsrechte an Grund, Boden, Waren und an seiner eigenen Person. Er trägt die Verantwortung für das persönliche Leben. In dieser Robinsonade fehlt aber eine werttheoretische Begründung. Nach welchen Maßstäben sollen die Waren ausgetauscht werden. Wie kann man Willkür vermeiden?

Das freie Individuum erträgt keine Instanz über sich. So wird die Auseinandersetzung mit dem Wesen des Staates folglich nur negativ interpretiert. Der Staat wird ausschließlich als Parasit angesehen. Ein staatsunabhängiges Bildungswesen kann durchaus

gute Ergebnisse erzielen, aber dafür bräuchte man ein pädagogisches Konzept, das fehlt leider.

Die libertäre Erziehung hat in der Praxis das Gegenteil von freien Persönlichkeiten bewirkt. „Ich habe keinen Zweifel, dass Autorität, Meistertum, eine höhere Entfaltung des Individuums befördert bei all denen, die sich zu verpflichten imstande sind, als jede Form der zu frühen leichtgemachten Emanzipation. Die herrenlose (und widerstandslose) Erziehung ist für niemanden gut gewesen, sie hat nur eine Vermehrung der Gleichgültigkeit hervorgebracht, eine jugendliche Müdigkeit.“ (Botho Strauß, Bocksgesang) Die Liberalisierung von harten Drogen ist der dümmste Vorschlag. Dabei reibt sich nur die Drogenmafia die Hände. Nichtsdestotrotz ist der libertäre Ansatz ein theoretischer Weckruf gegen die zunehmende Bürokratisierung des Lebens. ■

Literatur

„eigentümlich frei“: Politische Monatszeitschrift, Herausgeber: André F. Lichtschlag, Grevenbroich

Hoppe, Hans-Hermann: Eine kurze Geschichte der Menschheit. Fortschritt und Niedergang, 2014

von Mises, Ludwig: Vom Wert der besseren Ideen. Sechs Vorlesungen über Wirtschaft und Politik, Stuttgart 1983

Rothbard, Murray N.: Die Ethik der Freiheit, 4. Aufl., Sankt Augustin 2013 (engl.1982)

Rothbard, Murray N.: Der Verrat an den amerikanischen Rechten. Aus der Geschichte der libertären Bewegung, Grevenbroich 2017 (engl. 1971)

Helmut Woll,

* 14. Mai 1950 in Illingen. Studium der Wirtschaftspädagogik, Ökonomie und Soziologie in Saarbrücken und Bremen, wo er 1978 promovierte. Woll lehrte seither an einer Reihe von Universitäten, war 3 Jahre Mitglied des Gründungsausschusses der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Witten/Herdecke, Leiter eines Forschungsprojekts Ökonomieausbildung und Vorstandsmitglied des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Freiburg. 1987 Habilitation an der Universität Oldenburg, wo er seitdem als Privatdozent tätig ist. Forschungsschwerpunkte: Konzentrationstheorie, Menschenbild in der Ökonomie und Wirtschaftspädagogik.

Die Herauslösung des Geldes aus der Wirtschaft

Dargestellt am Vorgang der
Trennung von Arbeit und Einkommen

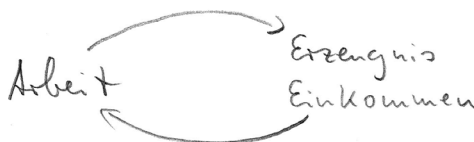
Kurt Wilhelm
OMNIBUS Berlin

Immer öfter wird in den gesellschaftlichen Diskussionen über die Trennung von Arbeit und Einkommen gesprochen. Der Sozialwissenschaftler Rudolf Steiner hat bereits 1905/1906 in einem Aufsatz¹ diese Trennung thematisiert und ihre Notwendigkeit betont.

In diesem Aufsatz schildert Rudolf Steiner zunächst ein Forschungsergebnis, das er das „Soziale Hauptgesetz“ nennt. Dieses lautet sinngemäß so: Das Wohlergehen einer Gesamtheit zusammenarbeitender Menschen ist umso größer, je mehr die Arbeitsergebnisse des Einzelnen nicht ihm selber, sondern den Anderen zugute kommen und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht durch seine eigenen Leistungen, sondern durch die Leistungen der Anderen befriedigt werden.

Unmittelbar im Anschluss an diese Formulierung führt Rudolf Steiner aus, dass es sich bei diesem Gesetz nicht etwa bloß um ein moralisches Gebot handele, an das sich die Menschen halten sollten, sondern vielmehr darum, dass es einer Gesamtheit von Menschen gelingt, entsprechende gesellschaftliche Einrichtungen zu schaffen. Worauf es also ankomme, „das ist, dass für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge seien“.

Im heutigen gesellschaftlichen Leben sind Arbeit und Einkommen nicht getrennt, sondern durch eine Art Tauschbeziehung miteinander verbunden. Eine Tauschbeziehung lässt sich mit einfachen Worten so beschreiben: „Ich gebe Dir das eine. Dafür bekomme ich das andere“. Dieses Prinzip war insbesondere in der Zeit der mittelalterlichen Tauschwirtschaft das gültige. Es vollzieht sich in der Wirtschaft auf diese Weise: Die Menschen bringen durch ihre Arbeit Erzeugnisse hervor. Diese verkaufen sie und bekommen dafür Geld. Dieses Geld ist das Einkommen, mit dem die Menschen die Dinge kaufen können, die sie selber brauchen. Das Geld ist hier also ein praktisches Tauschmittel.



Dieses Prinzip bedeutet, dass man, um ein Einkommen zu erzielen, arbeiten muss. Jeder Mensch braucht aber ein Einkommen! Er braucht es, um damit seine Bedürfnisse befriedigen zu können. Er braucht es für den eigenen Lebensunterhalt, ja letztlich für die Aufrechterhaltung der eigenen Existenz,

¹ Aufsatz „Geisteswissenschaft und soziale Frage“, in GA 34 (1987)

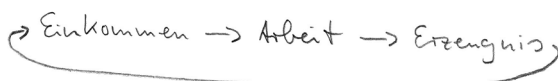
für das Überleben. Die Menschen arbeiten also auf diese Weise für sich selbst, sie sind Selbstversorger.

Mittlerweile ist die Tauschwirtschaft in der Praxis längst abgelöst durch die moderne arbeitsteilige Wirtschaft, die Anfang des 19. Jahrhundert entstand. Das war damals eine ungeheure Aufbruchstimmung. Die Menschen wollten nicht länger nur Selbstversorger sein. Sie strömten zu den Produktionsstätten und wollten mit anderen an einer spannenden Herausforderung arbeiten, z.B. in der Produktion der Dampfeisenbahn. Jeder brachte seine Fähigkeiten ein und gemeinsam konnten diese neu erfundenen Dinge hervorgebracht werden.

Das war ein ganz frischer, unverbrauchter Impuls, der damals in den Menschen, im neu entstandenen „Proletariat“ lebte. Zeitzeugen berichten davon.

Doch dadurch, dass jetzt arbeitsteilig gearbeitet wurde und die Erzeugnisse durch die gemeinsame Arbeit entstanden, hatte der Einzelne kein eigenes Arbeitsergebnis mehr, das er verkaufen konnte. Das Problem wurde dadurch gelöst, dass ihm gesagt wurde: „Jetzt hast Du kein eigenes Produkt mehr, das Du tauschen kannst, jetzt musst Du eben Deine Arbeitskraft verkaufen“. Dadurch blieben Arbeit und Einkommen weiterhin verbunden, Obwohl es gar nicht mehr zu dem wirtschaftlichen Vorgang passte. Das wurde von den Menschen als unwürdig empfunden. Ganze Revolutionen waren die Folge.

Eigentlich, so könnte man meinen, ist es doch ganz einfach, Arbeit und Einkommen zu trennen. Das Einkommen darf nicht mehr das *Ergebnis* der Arbeit sein. Man muss einfach nur das Einkommen *vor* aller Arbeit ausbezahlen. Die Arbeit wird auf diese Weise durch das Einkommen ermöglicht und führt zu den gewünschten Erzeugnissen.



In der Tat können einzelne Unternehmen das umsetzen und praktizieren. Das einzelne Unternehmen zahlt das Einkommen nicht mehr nach der Arbeit aus, sondern vorher. Die einzelnen Mitarbeiter werden auf diese Weise nicht mehr für ihre Arbeit belohnt, sondern umgekehrt: Ihre Arbeit wird durch das Einkommen ermöglicht. Doch: Das Unternehmen als Ganzes ist, um die Einkommen bezahlen zu können, weiterhin von den erzielten Einnahmen abhängig. Die erzielten Einnahmen sind das Einkommen der Unternehmen. Die Unternehmen müssen für ihre Einnahmen, für ihr Einkommen arbeiten.

So müssen die Unternehmen *für sich selber* arbeiten. Und nicht einzig und ausschließlich *für die Sache*, die sie hervorbringen. Dies geht auf Kosten der Qualität der erzeugten Waren und Dienstleistungen. Das im Sozialen Hauptgesetz Steiners angesprochene Wohlergehen sinkt.

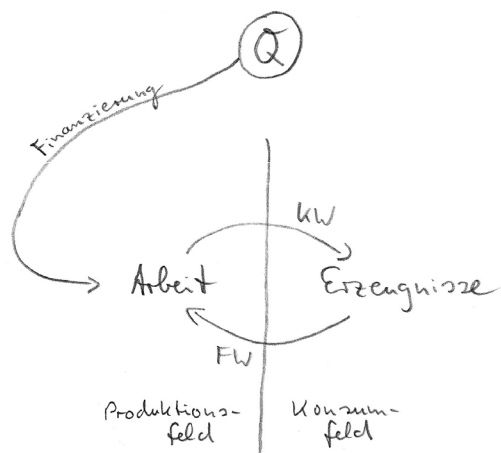
Außerdem macht der Gedanke, dass die Unternehmen für ihre Einnahmen arbeiten, gar keinen

Sinn. Man kann ihn nicht verstehen – weil er in der Praxis gar nicht zu verwirklichen ist. Denn es gibt viele Unternehmen, die gar keine Einnahmen durch Preise erzielen können. Zum Beispiel die öffentlichen Schulen. Oder Unternehmen für die Reinigung der Meere. Die Krankenhäuser, und und und.

Und weil dieser Gedanke in der Praxis nicht verwirklicht ist, unsere Wirtschaft aber trotzdem so gehandhabt wird, ist in unserem Bewusstsein eine Perversion entstanden. Sie drückt sich in der Aussage aus: „Nur das sind richtige Unternehmen, die richtige Einnahmen erzielen“. Alle anderen sind eben keine richtigen Unternehmen, sondern das sind eher Staatsbetriebe oder NGOs oder so etwas. Und in noch gesteigerter Form drückt sich besagte Perversion aus in der Aussage: „Unternehmen sind dazu da, Geld zu verdienen.“ Sie sind nicht etwa dafür da, vorhandene Bedarfe zu befriedigen, sie sind nicht etwa dafür da, für die Sache zu arbeiten, die Sache so gut wie möglich hinzubekommen – wie jedes Kind denken würde –, sondern sie sind dafür da, Geld zu verdienen.

Rudolf Steiner sagte einmal: „Die Welt durch ein Reales, das nicht Idee ist, erklären zu wollen, ist ein solcher Widerspruch, dass man gar nicht begreift, wie es überhaupt möglich ist, dass er Anhänger gewinnen konnte.“² Genau so verhält es sich mit der oben beschriebenen Perversion: Man kann nicht begreifen, dass sie von uns Menschen gedacht und als wahr empfunden wird. Bis zu diesem Tiefpunkt sind wir in unserer historischen Entwicklung gekommen! Wir stehen damit heute am Abgrund.

Wir sind also aufgerufen – als Gesamtheit zusammenarbeitender Menschen – etwas Neues zu bilden, etwas Neues hervorzubringen, etwas Neues zu schöpfen. Und wir wissen ja schon aus dem bisher Dargestellten, was wir nicht wollen; und wir wissen, was wir wollen. So können wir durchaus schon anfangen mit dem Schöpfen. Wir können sagen: „Alle Menschen und ihre Unternehmungen sollen eine Finanzierung bekommen, die es ihnen ermöglicht, für die Sache zu arbeiten.“ Oder anders formuliert: „Immer dann, wenn Menschen ihre Fähigkeiten einsetzen wollen für eine Sache, für die ein Bedarf besteht, soll dafür Geld zur Verfügung stehen“.



² Einleitungen zu Goethes naturwissenschaftlichen Schriften, GA 1 (1987), Seite 179

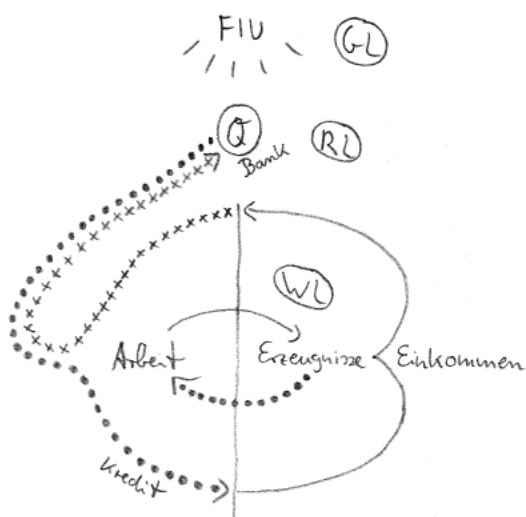
Wir müssen jetzt also schon ein bisschen genauer beschreiben: Aus der Arbeit gehen die Erzeugnisse hervor. Diese werden als *Konsumwerte* (im Bild S. 23 KW) verbraucht im Konsumfeld, wo die Menschen in ihren Haushalten leben und aus welchem sie wiederum ihre Fähigkeiten – als *Fähigkeitswerte* (im Bild FW) – einfließen lassen in die gemeinsame arbeitsteilige Arbeit im Produktionsfeld. Schon Rudolf Steiner unterschied die beiden Wirtschaftswerte *Arbeit, vom Geist geleitet* und *Natur, von der Arbeit ergriffen*³.

Und das Geld für diesen Vorgang kommt nicht aus diesem Vorgang selber, sondern kommt aus einer anderen Quelle (siehe Q in dem Bild).

Wir sind jetzt schon mittendrin im Schöpfen, im Hervorbringen eines Neuen. Und in diesem hervorbringenden Vorgehen sind wir durchaus frei, etwas zu schöpfen, das selber auch schöpfen kann. Wir können eine Einrichtung schöpfen, die in Zukunft schöpfen kann. Und da es sich bei dem in Zukunft zu Schöpfenden um Geld handelt, ist die Quelle eine Bank.

Weiter geht's mit dem Schöpfungsvorgang. Wir sagen: „Immer dann, wenn Menschen im Produktionszusammenhang tätig werden wollen, können sie sich mit einer Schöpfungsstelle verbinden und ihren Wunsch und ihre Bereitschaft erklären, ihre Fähigkeiten für die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe einzusetzen“. Natürlich muss so eine unternehmerische Aufgabe gründlich bedacht und beraten werden. Aber früher oder später kommt der Punkt, der über das Bedenken und Beraten hinausgeht. Und in diesem Moment, in dem das Unternehmen sich verpflichtet: „Wir machen es“, in diesem Moment – entsteht das Geld.

Es entsteht als junges Geld, frisch geschöpft – schon Rudolf Steiner sprach von jungem Geld, verschiede-



nen Geldqualitäten und altem Geld⁴ – und gelangt als Kredit zu dem Unternehmen. Kredit heißt ja nichts anderes als: „Das ist jetzt ganz junges Geld, das ihr

bekommt; und wenn es alt und verbraucht ist, dann soll es wieder zurückkommen“.

Jetzt – in den Unternehmen – kann das Geld Einkommen werden. Jeder Mensch hat das Recht auf dieses Einkommen. Denn die Gesamtheit der zusammenarbeitenden Menschen hat es als ein Grundrecht verwirklicht (wenn wir es in unserem Schöpfungsvorgang wirklich schon als ein Recht demokratisch hervorgebracht haben).

Mit diesem Einkommen hat jeder Mensch das Recht auf einen Anteil an all den Wirtschaftswerten, die als Waren und Dienstleistungen vom Produktionsfeld für das Konsumfeld zur Verfügung gestellt werden.

Auf diese Weise wird der einzelne Mensch von der Gesellschaft im Ganzen freigestellt, in der gemeinsamen Arbeit aller seinen ganz individuellen Beitrag einbringen zu können.

Wenn dann mit dem Einkommen die Erzeugnisse des Produktionsfeldes erworben wurden und das Geld wieder zu den Unternehmen zurückfließt, ist dieses auf seinem Weg schon ziemlich alt geworden. Es hat bereits die Fähigkeiten in die Arbeit der Unternehmen einfließen lassen und als individuelles Einkommen Waren und Dienstleistungen ihrem Bedarf zugeführt. Jetzt ist es auf keinen der beiden Wirtschaftswerte mehr bezogen und fließt als blanke buchhalterische Größe zurück zur Schöpfungsstelle. Auf diesem Weg kann es zwischen den Unternehmen so ausgeglichen werden, dass alle Unternehmen – die ja alle antraten, um einen vorhandenen Bedarf zu befriedigen – ihren Kredit wieder ablösen können. Also auch die, die keine Einnahmen über Preise haben können (z.B. Naturpflege) oder sollen (z.B. Schulen). Um dieser Notwendigkeit gerecht zu werden, haben die Unternehmen gewissermaßen geschwisterlich, nämlich als assoziative Zusammenhänge ihre Preise im Gesamten so gestaltet, dass die entstehenden finanziellen Überschüsse durch die entstehenden Überschüsse ausgeglichen werden können.

Und wir sehen: Endlich sind Arbeit und Einkommen getrennt. Zuvor, als die Arbeit und das Einkommen in einem gemeinsamen (Wirtschafts)-Geschehen angesiedelt waren, war dies nicht möglich, Arbeit und Einkommen waren faktisch immer miteinander verbunden, Einkommen konnte immer nur durch die eigene Arbeit entstehen – entweder beim einzelnen Mitarbeiter oder bei den einzelnen Unternehmen.

Jetzt hingegen sind Arbeit und Einkommen in verschiedenen Sphären des gesellschaftlichen Ganzen angesiedelt. Das Einkommen im Rechtsleben, in dem der Geldkreislauf der Ausdruck verschiedener Rechtsvorgänge ist (im Bild RL) und die Arbeit im Wirtschaftsleben, in dem die Wirtschaftswerte sich bewegen (im Bild WL).

Dadurch ist es möglich, das Einkommen *vom Ganzen* her zu geben. Als ein Grundrecht, das jedem Einzelnen zur Verfügung steht.

3 Siehe Nationalökonomischer Kurs, GA 340, 2. und 4. Vortrag
4 Nationalökonomischer Kurs, GA 340, 12. Vortrag

Und die Arbeit ist jetzt etwas, das aus der *individuellen Initiative* jedes Menschen hervorgehen und in das Ganze hineinwirken kann, zum Wohlergehen der Gesamtheit zusammenarbeitender Menschen.

So können Arbeit und Einkommen – getrennt – auf neue Weise miteinander verbunden werden.

Für die sinnvolle Gestaltung all dieser Vorgänge wird eine dritte Sphäre benötigt, die in der abschließenden Zeichnung symbolisch als FIU gekennzeichnet ist. FIU ist die Abkürzung für „Free International University“ und diese war ein Pilotprojekt von Joseph Beuys, dem unermüdlichen Arbeiter an der „Sozialen Plastik“, der sich sehr wohl dessen bewusst war, was er dem Schüler Rudolf Steiners Wilhelm Schmudt verdankte, den er in einer Widmung einmal „unseren großen Lehrer“ nannte und dem auch der Autor dieses Aufsatzes die Anregungen verdankt, die ihm zu den dargestellten Begriffsbildungen verholfen haben. ■

Bemerkung

Bei diesem Text handelt es sich um die verschriftlichte Fassung eines Vortrags, den der Autor am 12. Januar 2019 in der GLS-Bank in Bochum gehalten hat. Das Treffen erfolgte auf Einladung von Falk Zientz, Mitarbeiter der GLS-Bank, und die etwa 20 Teilnehmer beschäftigten sich mit dem Thema „Geldschöpfung“.

Kurt Wilhelmi,

geb. 1960, studierte Psychologie und schrieb die Diplomarbeit über die Demokratiefrage. Danach begründete er das Berliner Büro von Mehr Demokratie e.V. und später das Berliner Büro des OMNIBUS für Direkte Demokratie. Er half bei mehreren Volksbegehren in verschiedenen Bundesländern, z.B. bei der Einführung eines neuen Wahlrechts in Hamburg und initiierte die Volksinitiativen „Schule in Freiheit“ in Berlin und Brandenburg. 1999 war er Mitbegründer des Arbeitskreis „Geld“ des OMNIBUS, dessen Treffen vierteljährlich auf Schloss Freudenberg in Wiesbaden stattfinden.

Kontakt: kurt.wilhelmi@omnibus.org
Internet: www.omnibus.org

100 Jahre Dreigliederung

Rechtsleben, Recht und Gerechtigkeit¹

Reinold Eichholz

Im täglichen Umgang, aber auch auf Tagungen oder in Konferenzen, kennen wir die Situation, dass Spannungen aufkommen, weil schlicht jeder etwas anderes für wichtig hält und wortreich verteidigt. Dann ertappen wir uns nicht selten bei dem Seufzer: „Wie einfach wäre es doch *ohne die anderen...*“. Natürlich wissen wir, dass es in Wirklichkeit nicht geht ohne die anderen. Doch diese Einsicht unterstreicht nur, wie anspruchsvoll es ist, jeden gelten zu lassen und einander im praktischen materiellen Leben *gerecht* zu werden.

Was wir im unmittelbar Zwischenmenschlichen erleben, ist im großen gesellschaftlichen Zusammenhang nicht anders. Nur sind die zu bestehenden Auseinandersetzungen (meist) noch dramatischer. Um das Leben hier in sozialverträglichen Bahnen zu lenken, blicken wir erwartungsvoll auf das *Recht*, das mit Regeln und Gesetzen und notfalls als ‚starker Rechtsstaat‘ Ordnung schaffen soll.

Bei einem kritischen Blick, wie dies im Einzelnen geschieht, sind schon vor 100 Jahren politisch-gesellschaftlich schwerwiegende Probleme zutage getreten. Vor allem die Dominanz wirtschaftlicher Interessen hat Rudolf Steiner veranlasst, mit der Schrift *Die Kernpunkte der sozialen Frage*² einen alternativen gesellschaftlichen Entwurf vorzulegen. Essenziell ist darin die funktionale Unterscheidung von *Geistesleben, Rechtsleben* und *Wirtschaftsleben* mit ihren Idealen *Freiheit, Gleichheit* und *Brüderlichkeit*. Diese *konstitutionelle Dreigliederung des sozialen Organismus* mit dem Anspruch der *Selbstverwaltung jedes dieser Bereiche für sich* ist bis heute der wichtigste gesellschafts- und verfassungspolitische Beitrag auf dem Boden der Anthroposophie.

Das Rechtsleben meint in diesem Zusammenhang das öffentliche *Staatsleben*.³ *Recht im umfassenden Sinn*, greift jedoch über das öffentliche Recht hinaus – etwa im Familien-, Vertrags- oder Vereinsrecht. Und noch größer zu denken ist Recht als *Gerechtigkeit*, die nicht nur als Leitidee über dem *gesamten* sozialen Organismus steht – „in allen drei Gliedern (muss) Recht und Gerechtigkeit darinnen sein“⁴ –, sondern Geltung hat als Zentralidee des Rechts überhaupt⁵, bis hin also zu der Frage, wie wir persönlich unser Verhältnis von Mensch zu Mensch gestalten, um einander gerecht zu werden. Es geht in der Substanz darum, dass wir uns letztlich in jeder Be-

¹ In gekürzter Fassung veröffentlicht in *Anthroposophie weltweit* 11/16, S. 16

² Steiner, Rudolf, *Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft* (1919), RUDOLF STEINER ONLINE ARCHIV <http://anthroposophie.byu.edu> – 4. Auflage 2010 (Abruf 6.1.2019)

³ Steiner, Rudolf, GA 193, 23

⁴ Steiner, Rudolf, GA 329, 185

⁵ Radbruch, Gustav, *Rechtsphilosophie*, 8. Aufl., Stuttgart 1973, S. 119 f.

gegnung bewusst dem Anspruch der Gerechtigkeit stellen und uns abverlangen, den anderen in seiner Würde zu achten und gerade in seiner Andersheit anzuerkennen.⁶ Weniger äußere Regeln können uns dabei leiten, als vielmehr, was uns unser *Sinn für Gerechtigkeit* in der konkreten Begegnung eingibt, indem uns eine *Grundstimmung der Gerechtigkeit* ‚hellfühlend‘ durchaus zuverlässig spüren lässt, wann die Verhältnisse richtig oder ungerecht sind.⁷

Freilich kommen wir damit weit ab von dem, was man gewöhnlich unter *Recht* versteht, wo wir meist auf Gesetze und Paragraphen des *positiven Rechts* fixiert sind. Hier aber haben wir es mit dem *überpositiven, moralischen Recht* zu tun, das die Grundorientierung für unser Verhalten im Alltag ist, aber *zugleich* als Legitimation auch über allem gesetzten Recht steht.⁸ Was wir unter *Recht* verstehen, erschöpft sich deshalb nicht in dem, was *Rechtsleben im Sinne der Dreigliederung* ausmacht mit dem Auftrag, Menschenrechte zu achten und zu schützen, Umweltschutz zu sichern und die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Auch ideell gilt nicht nur das Prinzip der *Gleichheit*. Im überpositiven Recht zu entdecken ist vielmehr ein Kosmos unterschiedlicher Rechtsideen, die im Verhältnis von Mensch zu Mensch als Gebote der Gerechtigkeit wirken: Gleichheit *und* Achtung der Individualität, Entfaltungsfreiheit *und* Verantwortung, Selbstbestimmtheit, Verlässlichkeit, Einfühlungsvermögen, Opferbereitschaft – wie die zwölf Weltanschauungen im Denken, gelten entsprechende Prinzipien auch im Recht.⁹

Für das praktische Leben lassen sich daraus wichtige Leitgedanken entwickeln, die nicht zuletzt in unseren Institutionen zu beherzigen sind, wenn wir die Probleme vermeiden wollen, die uns die Gemeinsamkeit mit ‚den anderen‘ verleiden und unsere Initiativen lähmen. Die Aufgabe, einander gerecht zu werden, kann nur bei ehrlicher *Bereitschaft zum Dialog* gelingen. Es bedarf verlässlicher Kommunikation auf Augenhöhe und der wechselseitigen Anerkennung als Subjekt, dessen Initiativen und dessen Weltsicht uns wirklich wichtig sind. Immer braucht es ein Ohr für den Anderen: *audiatur et altera pars*. Alles Vorgewusste gilt es hintan zu stellen, um sich im Dialog anzunähern und zu erfahren, dass wir eben ohne den Anderen nichts ausrichten.¹⁰ Die Besinnung auf den Satz Martin Bubers „Der Mensch wird am Du zum Ich“ kann zeigen, wie tief begründet dies ist.

Hier lassen sich wichtige Parallelen zur Dreigliederung des menschlichen Organismus finden. Auch er ist gegliedert in drei ‚Bereiche‘, die Nerven-Sinnes-Organisation, das rhythmische System und die Stoffwechsel-Gliedmaßen-Organisation als Spiegel von

Denken, Fühlen und Wollen. Ihr gemeinsames Ziel der Ich-Entwicklung verfolgen sie im gesunden Menschen, indem sie trotz ihrer spezifischen Funktionen im ständigen Austausch stehen.

Demgegenüber ist der entscheidende Griff der *Kernpunkte der sozialen Frage*, dass optimale Entwicklungsbedingungen für das gesellschaftliche Ganze auf der politisch-gesellschaftlichen *Makroebene* gerade nicht durch *strukturelle Verbundenheit* entstehen. Stattdessen sollen Wirtschaftsleben, Staatsleben und Geistesleben trotz ihrer jeweiligen Verpflichtung auf das Wohl des Ganzen als sich *selbst verwaltende* Bereiche funktional voneinander getrennt sein. Wohl gibt es *inhaltliche* Querverbindungen, etwa bei der Einbeziehung von Sachverständigen im Gerichtsverfahren, bei Forschungsabteilungen in Industrieunternehmen oder bei der Festlegung von Sicherheitsstandards; aber ausschlaggebend bleiben hier stets die für den jeweiligen Bereich strukturell geltenden Prinzipien – die Gerichtsentcheidung bleibt auch *gegen* ein Gutachten allein beim Richter, die Verwertung von Expertenwissen in Unternehmen ist dem Unternehmenszweck untergeordnet, und öffentliches Interesse bleibt der Maßstab für allgemeinverbindliche Sicherheitsauflagen.

‚Unterhalb‘ der staatlich-gesellschaftlichen *Makroebene*, auf der *Meso-Ebene* sozialer Institutionen, macht diese funktionale Trennung aber keinen Sinn. Hier bleibt es bei dem allgemeinen Prinzip des Dialogischen. Die Dreigliederung tritt hier als *ideelle Ausrichtung*, als *Beziehungssphäre* und *Ressourcenfrage* in Erscheinung – als Ausdruck von Denken, Fühlen und Wollen auch hier. Die drei Bereiche verhalten sich auf der *Meso-Ebene* jedoch anders zueinander als auf der Ebene staatlicher Funktionen. Denn es geht nicht wie auf staatlicher Ebene um Gliederung in *drei sich selbst verwaltende Aufgabenfelder*; vielmehr ist die Selbstverwaltung als Institution ein Auftrag, der allen Organen *gemeinschaftlich* gestellt ist.

Deshalb bedarf es hier – unbeschadet unterschiedlicher Zuständigkeiten – des *bereichsübergreifenden* Dialogs. Kein Bereich ist ohne den anderen entscheidungsbefugt, sobald Belange des anderen berührt sind. So dürfen sich etwa Schulgremien, die für Pädagogik, Recht/Verwaltung und Finanzen zuständig sind, nicht isolieren, sondern müssen in Dialog treten, wenn in ihrem Bereich ein Aspekt ‚der anderen‘ auftritt. Kein Finanzkreis darf Sponsorleistungen einwerben, denen die Pädagogische Konferenz aus ideellen Gründen widerspricht. Kein Verwaltungsorgan darf in Fragen pädagogischer Relevanz ohne das Votum der Pädagogischen Konferenz entscheiden. Noch so schöne pädagogische Projekte können finanzwirksam nur mit Zustimmung der Finanzverantwortlichen werden: Eine *Rechtskultur des Dialogs* muss zum Prinzip des ganzen Schullebens werden.

Darin deutet sich nach ‚100 Jahren Dreigliederung‘ die Aufgabe an, *alle* Bereiche des Zwischenmenschlichen nach ihrer Art mit Recht und Gerech-

6 Forst, Rainer, Toleranz im Konflikt, Frankfurt am Main 2003, S. 588 ff.

7 Bischoff, Franz, Die Erziehung zur Gerechtigkeit, in: Anthroposophie, Vierteljahrsschrift zur anthroposophischen Arbeit in Deutschland, Nr. 245, 2008, S. 211 f.

8 Kriele, Martin, Recht und praktische Vernunft, 1979, S. 15

9 Eichholz, Reinald, Der Mensch im Recht – das Recht im Menschen, Futurum Verlag, Basel 2011, S. 97 f.

10 Galtung, Johan, Die andere Globalisierung. Perspektiven für eine zivilisierte Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert, Münster 1998, S. 47 ff.

tigkeit zu durchdringen und Dreigliederung im Binnenverhältnis genauer zu fassen – auf dem Boden der Anthroposophie ein Vorhaben, das seinerseits den Dialog notwendig macht, und sei es durch Widerspruch. ■

Reinald Eichholz

Dr. Reinald Eichholz studierte Rechts- und Staatswissenschaften und war als Richter und in der Ministerialverwaltung NRW tätig. In diesem Bundesland wurde er 1989 zum ersten Kinderbeauftragten in Deutschland berufen. Er war Mitbegründer der „National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention“. Seit Jahrzehnten arbeitet er daran, den Arbeitsansatz der sozialen Dreigliederung für die Lösung von Gegenwartsfragen fruchtbar zu machen. 1989/90 war er Mitverfasser des Aufrufs „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gestalten. Ein Aufruf zu mehr Freiheit, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit“ (s. www.sozialimpulse.de/fileadmin/pdf/Aufruf_Europa_1990.pdf).

Kontakt: reinald.eichholz@posteo.de

Zeichen der Zeit

INF-Kündigung – Ende einer europäischen Illusion

Oder auch: Geleitwort zum Ende
eines obsoleten Vertrages

Kai Ehlers

Der INF-Vertrag, also der Vertrag zur Abschaffung von landgestützten Mittelstreckenraketen mit der Reichweite zwischen 500 und 5.500 Kilometer (engl.: Intermediate Range Nuclear Forces), wurde gekündigt. Beide Vertragspartner, zuerst die USA, danach Russland, haben erklärt, den Vertrag verlassen zu wollen. In einem halben Jahr soll die Kündigung wirksam werden. Europa, im engeren Sinne die herrschenden politischen Kreise der Europäischen Union, erwachen aus einer Illusion, in der sie sich unter dem Schirm des globalen atomaren Patts in Sicherheit glaubten. Jetzt wird eine Aufrüstungsspirale befürchtet.

Betrachten wir die Sache nüchtern. Der INF-Vertrag wurde 1987 zwischen den USA und der Sowjetunion geschlossen, unterzeichnet von US-Präsident Ronald Reagan und Michael Gorbatschow, damals noch Generalsekretär der KpdSU, später Staatspräsident der Sowjetunion.

Der Vertrag war ein Kind der damaligen Entspannung. Die Entspannung resultierte aus dem Niedergang der Sowjetunion, damals als Öffnung wahrgenommen, bei gleichzeitigem, mit dem Niedergang der Sowjetunion verbundenen Aufstieg der USA. Man erinnere sich an Schriften wie die Francis Fukujamas¹, der – beflügelt vom „Sieg“ der amerikanischen Kultur über den Kommunismus – vom „Ende der Geschichte“ träumte. Oder man vergegenwärtige sich die etwas seriösere Bestandsaufnahme der Situation durch den langjährigen strategischen Berater diverser US-Präsidenten, Zbigniew Brzezinski unter dem Tenor „Die einzige Weltmacht“.²

Vor dem Hintergrund einer Reihe vorangegangener Verträge zur globalen Begrenzung atomarer Bedrohung wie SALT I von 1972, dem ABM-Vertrag 1972, SALT II 1972,³ die der Herstellung des globalen

¹ Siehe dazu: Kai Ehlers, Betrachtungen zur neuen Unordnung in unserer Welt: <https://kai-ehlers.de/2003/01/ortsbestimmung-betrachtungen-zur-neuen-unordnung-unserer-welt/>

² Siehe dazu Nachruf zu Brzezinski: <https://kai-ehlers.de/2017/05/sbigniew-brzezinskis-erbe-der-andere-nachruf/>

³ Kurze Übersicht zu den hier zitierten Verträgen: <https://www.fr.de/politik/wichtigsten-vertraege-begrenzung-atomwaffen-11727968.htm>

Kräftegleichgewichtes dienen sollten, war der 1987 geschlossene INF-Vertrag zwischen den in gegenseitiger Abschreckung stabilisierten großen Atommächten USA und Russland ein politisches Geschenk an Europa, dem dadurch die Angst genommen wurde, im „kleinen Konflikt“ zwischen den beiden Großmächten zum lokalen Austragungsort des global nicht geführten Atomkriegs, zumindest zum Stationierungsfeld nuklear bestückter Mittelstreckenraketen zu werden.

Darauf folgende Verträge unter dem Titel START I 1991 und START II 1993⁴, die eine weitere Verringerung der Bestände landgestützter Interkontinentalraketen beinhalteten, ergänzten den globalen Schirm, unter dem der INF-Vertrag lokal galt.

Tatsachen anschauen

Zu erinnern ist jedoch daran, dass der Rüstungswettlauf nie aufgehört hat. Er hat nur die Form gewechselt. Schon der durch die SALT- und START-Verträge scheinbar erreichte Gleichstand in der gegenseitigen Abschreckung wurde durch die Tatsache, dass seegestützte und luftgestützte Systeme von diesen Verträgen ausgenommen waren, im Kern relativiert. Im Kern hieß das, dass der Rüstungswettlauf auf die in den Verträgen nicht mit eingeschlossenen Nebensysteme verlagert wurde. Das nützte vor allem den USA. Es reicht hier, auf die Flotte der US-Flugzeugträger hinzuweisen, die auf allen Weltmeeren, vor allem rund um Eurasien, unterwegs ist. In dieser Sphäre wurden seitens der USA massive Bemühungen unternommen, durch Entwicklung von taktisch einsetzbaren Raketensystemen die „Zweitschlags-Kapazität“ Russlands zu unterlaufen, um damit atomare Angriffe möglich zu machen, zumindest mit deren Möglichkeit politische Erpressung zu betreiben.

Die diversen Verträge, SALT, START, ABM und – was die Europäer betrifft – nicht zuletzt der INF-Vertrag – schürten so die Illusion der Sicherheit, während tatsächlich kontinuierlich über die Jahre daran geforscht und gearbeitet wurde, Erstschlags-Kapazitäten unterhalb der vereinbarten Grenzwerte aufzubauen, die einen Gegenschlag unmöglich machen würden.

Letzte Stationen dieser Art der Aufrüstung sind für die USA mit der Sicherheitsstrategie unter Barack Obama, verstärkt in mehreren Schüben seit dem Antritt von Donald Trump, zu beschreiben.⁵ Russland sah sich angesichts der Osterweiterung der NATO, der EU und der Reihe „bunter Revolutionen“ im ehemaligen sowjetischen Raum genötigt, darauf seinerseits mit entsprechenden „Sicherheitskonzepten“ und einer entsprechenden Aufrüstung zu antworten.⁶

4 a.a.O.

5 Siehe dazu: Kleiner Service zur aktuellen „Sicherheitsstrategie“ der USA, <https://kai-ehlers.de/2017/12/kleiner-service-zur-aktuellen-nationalen-sicherheitsstrategie-der-usa-vom-dez-2017/>

6 Skizze dieser Entwicklung unter: <https://kai-ehlers.de/2017/12/russland-eu-nato-ist-frieden-moeglich/>

Die Bedeutung der in den siebziger und achtziger Jahren installierten strategischen Trägersysteme, ganz zu schweigen von der Bedeutung der landgestützten Mittelstreckenraketen, wurde weiterhin durch die Entwicklung neuer Waffengattungen relativiert: Modernisierungen der Atomsprengköpfe, Bewaffnung der see- und luftgestützten „Plattformen“ mit nuklearen Sprengköpfen, Entwicklung konventionell bewaffneter Marschflugkörper, die auch nuklear bestückt werden können, Drohnen. Diese Reihe führt bis zu den Cyber- und Hyperschall-Waffen, die neuerdings entwickelt werden. Viel Aufregung verursachten jene, die Wladimir Putin Ende des Jahres 2018 vorstellte.

Ergänzend zu diesem ganzen Arsenal der beiden großen Atomkräfte kamen in den zurückliegenden Jahren landgestützte Mittelstreckenraketen jener Atomstaaten hinzu, die 1987 bei Abschluss des INF-Vertrages nicht Vertragspartner waren, die zu der Zeit teils noch nicht einmal über entsprechende Systeme verfügten: wie China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea. Ihre Systeme liegen bis heute außerhalb des INF-Vertrages.

Die inzwischen entstandene Diversität kriegsbereiter Waffensysteme soll hier nicht weiter aufgezählt werden. Wer sich für Einzelheiten interessiert, dem sei eine aktuelle Analyse aus der Werkstatt der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ empfohlen.⁷ Entscheidend ist, dass die Vielzahl der Neuentwicklungen strategischer und taktischer, land-, see-, luft- und weltraumgestützter Waffengattungen und Trägersysteme sowie die Vielzahl der über solche Systeme verfügenden Länder inzwischen eine Grauzone zwischen nuklearen und konventionellen, zwischen strategischen und taktisch einsetzbaren Waffen entstehen lässt, die sich einer effektiven gegenseitigen Kontrolle zunehmend entzieht.

Als Veranschaulichung für die gemischten Systeme dieser Grauzone, die die Vereinbarungen des INF-Vertrages heute übersteigen, seien nur drei Beispiele genannt: die Stationierung von NATO-Abschussrampen in Rumänien und Polen, die nach Ansicht der USA und NATO nicht unter den INF-Vertrag fielen, die aber problemlos Moskau erreichen könnten. Zu erwähnen auch die Beschießung syrischer und afghanischer Stellungen durch Marschflugkörper von US-Flugzeugträgern aus dem Mittelmeerraum, andererseits die Beschießung syrischer IS-Stellungen durch russische Mittelstreckenraketen vom Kaspischen Meer aus mit Reichweiten über 1.500 Kilometern.⁸ Eine Aktualisierung bestehender Rüstungskontrollverträge ist absolut überfällig.

Was folgt?

Damit sind wir bei der Frage, ob der INF-Vertrag reformierbar ist und was aus seiner Kündigung folgen könnte. Zur Beantwortung dieser Frage muss

7 Siehe zum Thema der „Grauzonen“ die sehr aufschlussreiche Analyse der Stiftung Wissenschaft und Politik:

<https://www.swp-berlin.org/publikation/der-inf-vertrag-vor-dem-aus/>
8 a.a.O.

noch einmal zurückgeblättert werden: So wie der INF-Vertrag vor dreißig Jahren als „Geschenk“ an Europa ging, so wird Europa dieses Geschenk heute entzogen. Was wir gegenwärtig erleben, ist die Zerstörung der dreißig Jahre währenden europäischen Illusion, sich unterhalb des Wettrüstens in einem Schutzraum vor der atomaren Bedrohung wegdrücken zu können. Das geschieht heute im Gegensatz zu 1987 in einer Zeit, die charakterisiert wird durch den Niedergang der USA und das Heraufkommen neuer Mächte, aus der ehemals von Europa und zwischenzeitlich zunehmend von den USA kolonisierten Teilen der Welt.

Zwar sind einige von ihnen – China, Indien, Pakistan, Südkorea, Nordkorea und Israel – mit ihren landgestützten Systemen inzwischen in den Kreis der Atomkräfte aufgerückt. Hauptkonkurrenten sind jedoch mit Abstand nach wie vor die USA und Russland, in deren Händen sich nach Angaben des Friedensforschungsinstitutes SIPRI immer noch 90% des nuklearen Potentials befinden.⁹ Damit ist Russland, trotz seines Niederganges nach der Auflösung der Sowjetunion, heute Hauptgegner im Kampf der USA um die Erhaltung ihres Imperiums.

Anders gesagt, Russland rangiert aus dieser Position heraus nolens volens als Schutzmacht, besser gesagt vielleicht als Frontmacht für die Völker und Staaten, die sich der Aufrechterhaltung der US-Hegemonie widersetzen.

In dieser Situation ist die Kündigung des INF-Vertrages im Wesen nichts anderes als ein Teil der Fraktionierungspolitik, d.h. der Anwendung des alten imperialen Prinzips von „Teile und Herrsche“, mittels dessen die USA heute ihre Hegemonie aufrecht zu erhalten trachten. Die Auflösung des vom INF-Vertrag versprochenen Schutzraumes Europa ist vor diesem Hintergrund faktisch nichts anderes als der Versuch, Europa, konkret die Europäische Union und Russland, weiter als in den letzten Jahren schon geschehen, gegeneinander in Stellung zu bringen und damit beide zu schwächen. Damit hätten die USA sich gleich zwei Konkurrenten vom Hals geschafft.

Wie weiter?

Was bleibt zu tun, wenn der vermeintliche Schutzraum wegfällt? Sich für die Erhaltung des Vertrages einsetzen? Ihn ausweiten auf alle Länder, die landgestützte Potenziale unterhalten? Seine ersatzlose Streichung hinnehmen? Keine dieser Varianten hält einer Realitätsprobe stand:

Den Vertrag zu erhalten, so wie er als Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion seinerzeit geschlossen wurde, käme der Erneuerung der geplatzen Illusion gleich. Das würde auch gelten, wenn jetzt gegenseitige Kontrollen zwischen den USA und Russland über die Einhaltung des Vertrages

vereinbart würden und selbst wenn die NATO eine Kontrolle der in Rumänien und Polen stationierten Abschussrampen zugestände. Europa, die EU, wäre in dem Falle nicht Vertragspartner, d.h. Europa bliebe, wie schon 1987, als Objekt außen vor.

Den Vertrag auf alle Länder ausweiten zu wollen, die inzwischen über landgestützte Mittelstreckenraketen verfügen oder zur Zeit danach streben, scheitert an den Staaten, deren Potential wesentlich auf landgestützten Systemen beruht. China beispielsweise wäre erst dann bereit, sich einem solchen Vertrag anzuschließen, wenn zuvor die interkontinentalen Langstreckenpotenzen, allen voran diejenigen der USA, aber auch Russlands, abgebaut würden. Das ist eine klare Logik, denn ein einseitiger Abbau von landgestützten Mittelstreckenraketen unter Beibehaltung der interkontinentalen Suprematie der USA und Russlands käme einer nuklearen Entwaffnung und Unterordnung Chinas gleich. Das ist von Peking nicht zu erwarten. Aus Chinas Sicht müsste vor jeder Ausweitung nuklearer Kontrolle nach Art des INF mit der Reduzierung der interkontinentalen Potenzen begonnen werden.¹⁰ Ähnliches gilt notwendigerweise für die anderen kleineren Atomkräfte.

Bleibt die ersatzlose Streichung des Vertrages. Das wäre angesichts der realen Bedeutungslosigkeit und Überholtheit des Vertrages im strategischen Kräfteverhältnis ‚eigentlich‘ kein Problem – wenn seine Abschaffung nicht zum Vorwand für eine neue Runde, sagen wir, eines kleinen zusätzlichen Rüstungswettlaufs genommen werden könnte, dessen einziger erkennbarer Zweck dann die Vertiefung der Konfrontation zwischen EU und Russland wäre – mit dem Ziel, Russland, so wie seinerzeit die Sowjetunion, totzurüsten und Europa in der Konfrontation mit Russland zu erschöpfen.

Zu fordern wären:

- eine Umwandlung des bilateral zwischen den damaligen Großmächten Sowjetunion und USA geschlossenen INF-Vertrages in einen Rüstungskontrollvertrag zwischen Russland und der Europäischen Union, statt zwischen Russland und den USA. Er hätte die Aufstellung von langgestützten Mittelstreckenraketen zwischen Russland und der Europäischen Union zu untersagen und unter ein klares Kontrollregime dieser beiden Staaten zu stellen.

- Initiativen der deutschen Bundesregierung in Brüssel und über Brüssel hinaus, die in die Vereinten Nationen zur Erneuerung der allgemeinen Rüstungsbeschränkungen eingebracht werden. Gelegenheit dazu gibt das START II-Abkommen zwischen den USA und Russland zur Begrenzung strategischer Interkontinentalraketen, das 2021 ausläuft. Es muss erneuert und um weitere Partner sowie um die Erfassung neuer Waffensysteme ergänzt werden.

⁹ SIPRI Yearbook 2018: https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-06/yb_18_summary_en_0.pdf

¹⁰ Chinas Position zum INF-Ausstieg: <https://www.dw.com/de/warum-china-keinen-neuen-inf-vertrag-will/a-47350873>

Es ist klar, dass eine solche Politik nur möglich ist, wenn eine engagierte Friedensbewegung der mit der Kündigung des INF-Vertrages verbundenen Feinderklärung gegenüber Russland aktiv entgegenwirkt. ■

Kai Ehlers,

geboren 1944, studierte Geschichte, Publizistik und Theaterwissenschaften. Über APO und neue Linke führte sein Weg Anfang der 80er Jahre in die kriselnde Sowjetunion. Der Schwerpunkt seiner Tätigkeit als Journalist, Publizist, Schriftsteller, Forscher und Organisator liegt seitdem auf den Veränderungen im nachsowjetischen Raum und deren lokalen wie globalen Folgen. Dabei richtet sich seine Aufmerksamkeit in wachsendem Maße auf die Erarbeitung von Alternativen zur globalen Finanz-, System- und Kulturkrise.

www.kai-ehlers.de

Betrugsfall Claas R.: Wer hier weiter relotiiert, kriegt 'ne Sechs!

Sylvia Führer

Relotiierten* – er, sie, es hat *relotiiert*. Es begann wie ein Kinderstreich: Claas Relotius fälschte über sieben Jahre viele seiner Reportagen für den *Spiegel* und weitere Medien. Was aber, wenn dieser Betrugsfall zur Erweiterung unseres Wortschatzes führen würde? Neben produzieren, redigieren, assoziieren und fabulieren wäre er um ein weiteres Verb bereichert. Relotiierten – welcher Ausdruck unserer Verbalkunst! Zudem könnte der Fall Relotius zu strengeren Kontrollen des Journalismus führen, Schule inbegriffen. In der Konsequenz – die „Lügenpresse“ abschaffen und gleich dazu den gesamten erzählenden Journalismus?

Um das Lernpotenzial dieses Falls auszuschöpfen, sollte sich jeder in erster Linie an der eigenen Nase fassen. Fungiert unser Geruchsorgan weiterhin so zuverlässig, dass es riecht, wo der Hase im Pfeffer liegt? Haben wir noch den Spürsinn, um zu erkennen, welche Nachrichten *ent-relotiiert* werden müssen? Oder wächst unsere Nase bereits unauffällig wie die des Pinocchio? Die „Lügenpresse“: Das ist jeder von uns, solange wir mitmachen.

Immer, wenn wir eine Geschichte glauben und weiterverbreiten, nur weil sie brillant klingt – ohne sie auch nur im Geringsten auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen – *relotiierten* wir die Welt ein Stückchen weiter. Ganz ehrlich.

Last but not least: Sollte das besagte Verb *relotiierten* tatsächlich in unseren Wortschatz eingehen, würde Claas Relotius gut daran tun, dies mit Humor zu nehmen. Vielleicht steht ihm nach seiner Genesung eine Karriere als Autor fantastischer Literatur bevor? Oder er arbeitet eines Tages als Coach für junge Menschen, die sich übersteigertem inneren Erfolgsdruck widersetzen möchten. Vielleicht hilft er auch wirklichen Flüchtlingen – ob sie nun Königskinder sind oder nicht! Wird darüber hinaus die Fähigkeit, um Verzeihung zu bitten, gefördert, hätte der Skandal dann nicht im Nachhinein viele positive Nebeneffekte? ■

**Relotiierten* = eine Reportage bis zur Unkenntlichkeit mit erfundenen Fakten und Details aufplustern, die sie zwar brillanter machen, jedoch von der Wirklichkeit entfremden.

Sylvia Führer, Freiburg i.Br., www.Sylvia-Fuehrer.de

„Grundsteuer: Zeitgemäß!“

Bündnis lehnt vermeintlichen Kompromiss der Finanzminister ab: Grundsteuer kann und muss ohne Gebäudekomponente auskommen

Der am 1. Februar 2019 verkündete „Kompromiss“, der angeblich alle 16 Bundesländer befriedigen soll, ist höchst widersprüchlich und immer noch viel zu komplex. Eine nachvollziehbare und auch steuerrechtlich tragfähige Gesetzesbegründung lieferten die Finanzminister nicht.

Bei Wohngrundstücken soll ein vereinfachtes Ertragswertverfahren zur Anwendung kommen. Grundsätzlich sollen in die Bewertung neben dem Bodenrichtwert nun durchschnittliche Nettokaltmieten und das Baujahr der Gebäude einfließen. Das (ursprüngliche) Baujahr eines Gebäudes kann aber kaum einen Hinweis auf dessen Wert geben. Eine Regelung für Anbauten, Totalrenovierungen und andere wertrelevante Veränderungen am Gebäude fehlt ebenso wie eine inhaltliche Begründung dafür (die Rede ist von bloßen „Vereinfachungsgründen“), warum alle Gebäude mit Baujahr vor 1948 gleichbehandelt werden sollen.

Werden Neubauten – wie offensichtlich geplant – höher besteuert als Altbauten, bestraft dies die Investitionstätigkeit. Nettokaltmieten als Bemessungsgrundlage führen dazu, dass Mieter, die heute schon vergleichsweise viel Miete zahlen, künftig auch noch mit einer vergleichsweise hohen Grundsteuer belastet würden. Dies befördert die Gentrifizierung und beschleunigt die Verdrängung von Geringverdienern aus den Innenstädten.

Nach wie vor sind vom Grundstückseigentümer im Rahmen einer Steuererklärung Gebäudeflächen zu ermitteln. Nach welchen Maßstäben dies der

Eigentümer durchführen soll, ist unklar. Ein besonderes Problem stellen Geschäftsgrundstücke dar, bei denen keine Mieten vorliegen. Hier soll ersatzweise das Sachwertverfahren angewendet werden, das – nicht zuletzt mit Blick auf die Gebäudeflächenermittlung – praktisch sehr aufwändig durchzuführen sein dürfte. Die Bewertung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke (Grundsteuer A) ist ebenfalls sehr aufwändig ausgestaltet.

Die bereits flächendeckend vorliegenden Bodenrichtwerte wären für eine einfache und gerechte Reform der Grundsteuer völlig ausreichend. In ihnen spiegeln sich Grundstückswert, bestehende Baurechte und Umfang der kommunalen Leistungen hinreichend wider. Die Grundsteuer ist ein Äquivalent für die kommunalen Leistungen, die dem Grundstückseigentümer zugutekommen. Dieser profitiert in jedem Fall von den kommunalen Leistungen, unabhängig von seiner baulichen Tätigkeit. Die Grundsteuer kann problemlos ohne Gebäudekomponente auskommen. Eine Gebäudekomponente in der Grundsteuer, in welcher Form auch immer, ist nicht nur überflüssig, sondern kontraproduktiv. ■

Quelle: Mitteilung des Bündnisses „Grundsteuer: Zeitgemäß!“ vom 2. Februar 2019, <http://www.grundsteuerreform.net/aktuelles>

Zivilgesellschaft erhalten bleiben, notfalls über die Änderung von Gesetzen – auch wenn uns der Wind künftig noch stärker ins Gesicht weht.

Unsere Unterstützerinnen und Unterstützer haben uns schon in der Vergangenheit eindrucksvoll gezeigt, dass sie in dieser Frage hinter Attac stehen – heute bitten wir noch einmal darum, uns zu helfen, die Kosten zu stemmen, die uns durch den Entzug der Gemeinnützigkeit entstehen. Der Ausgang dieses Prozesses ist nicht nur für Attac wichtig. Das Gemeinnützigkeitsrecht darf nicht zu einem Instrument verkommen, mit dem zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich selbstlos für eine gerechte Gesellschaft einsetzen, klein gehalten werden!

P.S. Das juristische Verfahren belastet Attac seit mittlerweile fünf Jahren! Damit wir uns weiter für eine kritische Zivilgesellschaft stark machen können, unterstütze uns unter [www.attac.de/jetzt-erst-recht-weitermachen!](http://www.attac.de/jetzt-erst-recht-weitermachen) Spendenkonto: Attac Trägerverein e.V. // IBAN: DE57 4306 0967 0800 1008 00 // BIC: GENODEM 1 GLS/ ■

Attac muss gemeinnützig bleiben! Jetzt erst recht!

Dirk Friedrichs

Vorstand Attac Trägerverein e.V

Der Bundesfinanzhof hat am 26. Februar ein verheerendes Signal für zivilgesellschaftliche Organisationen gesandt: Er hat die endgültige Entscheidung über die Attac-Gemeinnützigkeit an das Hessische Finanzgericht zurückverwiesen. In der Begründung, die nicht nur Attac, sondern die gesamte kritische und engagierte Zivilgesellschaft bedroht, heißt es: Die „Einflussnahme auf politische Willensbildung und Gestaltung der öffentlichen Meinung ... erfüllt keinen gemeinnützigen Zweck.“ Eine schockierende Einschätzung für alle, die aktiv für eine bessere Welt eintreten. Positive Veränderungen beginnen bekanntermaßen immer damit, ein öffentliches Bewusstsein für ein Problem zu schaffen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Mit großer Sorge blicken wir auf Länder wie Ungarn oder Brasilien, die die Arbeit emanzipatorischer NGOs zunehmend erschweren und unterdrücken. Jetzt erleben wir auch hierzulande, wie Regierungen und Parteien immer öfter versuchen, politisch missliebige Organisationen über das Gemeinnützigkeitsrecht mundtot zu machen. Das werden wir uns nicht gefallen lassen! Wir werden alles dafür tun, dass die politischen Spielräume für eine kritische

Vexierbild Venezuela – erneute Offenbarung des globalen Patts

Kai Ehlers

Ein irritierendes Bild entsteht gegenwärtig vor den Augen der Weltöffentlichkeit: Venezuela, vielen Menschen auf Grund seiner reichen Erdölvorkommen noch als Gesellschaft in Erinnerung, die Wohlfahrtsgeschenke an die Bevölkerung verteilen konnte, ist in krasses Elend abgesunken. Mord, Raub, Totschlag, Hunger und staatlicher Terror gegen die Opposition bestimmen den Alltag. Ein Bürgerkrieg schwelt schon lange und droht jetzt offen auszubrechen.

Das Land braucht Hilfe; die bekommt es zurzeit, von allen Seiten sogar, – allerdings in Formen, die höchst fragwürdig sind und einer grundsätzlichen Korrektur bedürfen.

Frontverläufe

Der Niedergang des Landes sei der Unfähigkeit sozialistischer Illusionen zuzuschreiben, die Hugo Chavez geschürt und die sein Nachfolger Nicolás Maduro übernommen habe, meinen die einen. Sie sehen die Zeit gekommen, den Resten sozialistischer Utopien den Todesstoß zu versetzen.

Der Niedergang sei ein Produkt des amerikanischen Imperialismus, der schwächere Staaten abwürge, erklären die anderen, unter ihnen, allen voran, Maduro selbst. Manche sprechen von einer Fortsetzung des Kalten Krieges, von „Konterrevolution“ und Fortsetzung des Kampfes gegen „den“ Sozialismus.

Aber ist das alles so? Ein kurzer Blick auf die Frontverläufe unter den Helfern mag dienlich sein, einer Antwort auf diese Frage näher zu kommen.

■ Da sind als erstes die Verläufe im Lande selbst. Kämpfen dort aber Sozialisten gegen Rechte? Nein, so eindeutig sind Zuweisungen nicht möglich. Eindeutig war der sozialistische Anspruch von Chavez. Aber was ist aus diesem Anspruch geworden, den Chavez-Nachfolger Nicolás Maduro jetzt mit Gewalt gegen die Mehrheit der Bevölkerung halten will? Ist das noch Sozialismus oder ist das nur noch eine sozialistisch verkleidete Oligarchie? Man kann gegen den Herausforderer Juan Guaidó, der sich zum Gegenpräsidenten erklärt hat, einwenden, er sei eine Marionette der USA, aber man kann nicht leugnen, dass seine Opposition aus der tatsächlichen Not der Bevölkerung erwächst und weiter wachsen wird, wenn keine tatsächliche Hilfe zustande kommt.

■ Da sind die USA, die schon länger an einem Regime Change in Venezuela arbeiteten und mit der aktuellen Zuspitzung der Konflikte im Lande jetzt die Gelegenheit gekommen sahen, Guaidó aufzufor-

dern, sich als Gegenpräsident zu outen. So konnte Donald Trump ihn umgehend anerkennen. Den USA folgten Kanada und die nicht sozialistischen Staaten Mittel- und Südamerikas.

■ Da sind die Europäische Union und einzelne europäische Staaten wie Frankreich, Spanien und Deutschland, die Maduro ultimativ zu Neuwahlen aufforderten, andernfalls würden sie Guaidó ohne Legitimation durch Wahlen als neuen Präsidenten anerkennen.

■ Da sind schließlich die Freunde Venezuelas vom anderen Lager – Russland, China, Türkei, der Iran, dazu Kuba, Nicaragua und Bolivien, die sich für die Verteidigung der Souveränität Venezuelas stark machen.

Was verbindet, was trennt die Akteure?

Die USA und ihre Follower fordern Demokratie. Im Namen der Demokratisierung halten sie sich für berechtigt, die Souveränität des Landes zu übergehen, indem sie Guaidó vor möglichen Wahlen als Präsidenten anerkennen, indem sie eine Invasion laut erwägen und ökonomischen Druck ausüben. Das aber heißt nichts anderes, als mit der Souveränität auch die Demokratie beiseite zu schieben.

Die Europäer ergänzen dieses Spiel durch Ultimaten, mit denen sie vorzeitige Wahlen erzwingen wollen. Die deutsche Regierung in Person von Heiko Maas rechtfertigt sich dabei noch mit dem Argument, ein solches Vorgehen sei sonst nicht ihre Art, hier lägen aber „besondere Bedingungen“ vor.

Die russisch-chinesische Front will die Souveränität Venezuelas, will das Völkerrecht gewahrt wissen, nimmt dafür aber – ohne sich dafür zu rechtfertigen – die Unterdrückung der Opposition des Landes in Kauf. Im Schlepptau Russlands und Chinas folgen die Türkei und der Iran. Kuba, Nicaragua und Bolivien schließen sich dieser Front aus Gründen an, die aus alter sozialistischer Verbundenheit herrühren.

Bei alledem ist gleichzeitig klar, dass die einen wie die anderen, jedenfalls die großen Machtblöcke, mit ihren Positionen erklärtermaßen wirtschaftliche Interessen wahrnehmen wollen – die USA mit Blick auf mögliche Revisionen der von Chavez seinerzeit vorgenommenen Verstaatlichung der Öl-Industrie, die Russen und Chinesen mit Blick auf die Kredite, die sie Venezuela unter Chavez und Maduro gewährt haben und die mit Öllieferungen noch abzugelten wären. Die Interessen der Europäischen Union und nicht zuletzt Deutschlands liegen, weniger offen benannt, aber bekanntermaßen in einer Diversifizierung ihrer Ölgeschäfte, mit der sie ihre Abhängigkeit von Russland und dem mesopotamischen Raum verringern könnten.

Wo stimmen hier noch die Kriterien?

Schaut man die Frontverläufe an, so passt da kaum etwas zueinander. Beginnen wir mit dem Westen.

Hat der Westen eine einheitliche Strategie? Nein, hat er eindeutig nicht. „Make America great again“ heißt inzwischen offensichtlich: Rückzug der USA aus Syrien, selbst aus der NATO, erneute Konzentration auf ihren „Hinterhof“ in Südamerika, bei Aufrechterhaltung ihrer weltweiten Militärmacht als letztem Anker ihrer Dominanz. Eine Strategie – vergleichbar dem Plan des noch unter George W. Bush ausgearbeiteten „new american century“ ist das nicht mehr. Es geht nur noch um die Sicherung der eigenen Festung – was man natürlich auch Strategie nennen könnte, aber nicht unbedingt muss. Die Staaten der Europäischen Union sind kein aktiver Bestandteil dieser Strategie, eher schon Opfer, insofern sie des vermeintlichen Schutzes der USA verlustig gehen. Ob sie für die Zukunft Vorteile daraus ziehen können, wenn sie sich, wie jetzt wieder, der US-Dominanz unterordnen, wird sich zeigen.

Und was ist mit Russland, China, der Türkei und dem Iran? Wladimir Putin vertritt die Linie, die gegenwärtige Ordnung der Vereinten Nationen im eigenen Interesse vor dem Zerfall bewahren zu wollen. Gibt es darüber hinaus Gemeinsamkeiten zwischen diesen ungleichen Partnern? Nein, gibt es nicht, beziehungsweise nur soweit diese Ordnung auch den eigenen Interessen dieser Partner und der Aufrechterhaltung eines prekären Friedens dient. Ökonomisch befindet sich Russland auf der Überholspur hinter den USA, genereller hinter dem Westen, ohne überholen zu können. China, um im Bild zu bleiben, drückt auf derselben Spur von hinten auf Russland, um endlich überholen zu können. Die Türkei und Iran folgen noch weit abgeschlagen, ohne Aussicht darauf, bald aufzuschließen. Über die kleineren Akteure, die noch auf der Strecke sind, muss man an dieser Stelle nicht weiter sprechen.

Aber alle, die führenden Mächte ebenso wie ihre Follower, reden irgendwie von „Demokratie“, innenpolitisch, wie auch in den internationalen Beziehungen – gemeint ist jedoch jeweils etwas vollkommen anderes. Dies allein wäre an sich nichts besonders Neues. Nach dem ersten Weltkrieg wurde die neue Weltordnung als Ordnung der unabhängigen Nationalstaaten konstituiert. Spätestens seitdem ziehen sich die Widersprüche zwischen Wort und Tat, also von Demokratie und Souveränität zu reden, aber Wirtschaft und Machtpolitik zu praktizieren, durch alle Ebenen der internationalen Politik, wenn man nicht überhaupt noch weiter in die Vergangenheit zurückgehen will. Lüge ist Politik, heißt es, vornehmer gesagt, Diplomatie. Das ist Standard.

Es geht aber inzwischen um mehr. In dem aktuellen Vexierbild der um Venezuela herum stattfindenden Ereignisse wird bei genauem Hinsehen eines deutlich erkennbar: der absolute strategische Notstand der heutigen politischen Ordnung unter dem Vorzeichen der Auflösung des amerikanischen Zeitalters, wie es mit der Deklaration der Souveränität der Nationalstaaten nach dem ersten Weltkrieg unter Federführung der USA begründet wurde. Es fehlt den politischen Akteuren von heute jegliche Vorstellung davon, wie eine Welt, die sich in grenzüberschreitenden Monopolen entwickelt, jenseits

der überlebten, aber immer noch gültigen nationalstaatlichen Organisation des Lebens, aussehen könnte – wenn sie nicht von einem Weltpolizisten zusammengehalten wird.

Wohl gemerkt, es geht um den aus dem letzten Jahrhundert stammenden Typ des einheitlichen Nationalstaates, der unter dem Anspruch steht, sämtliche Lebensbereiche einer Gesellschaft unter dem ökonomisch dominierten Monopol staatlicher Gewalt zu zentralisieren. Das ist ein Anspruch, der schon lange nicht mehr den Realitäten einer monopolisierten Weltwirtschaft entspricht, der aber immer noch die rechtliche, auch völkerrechtliche, Form bildet, hinter welcher sich die tatsächlichen Verhältnisse verbergen.

Die rücksichtslose Überschreitung dieser Form geschieht in Venezuela gegenwärtig vor den Augen der Welt. Die Verteidiger Guaidòs, die Demokratie mit „humanitärer Invasion“ oder auch mit Ultimaten erzwingen wollen, bilden dabei nur die eine Seite. Die andere zeigt sich in der wohlwollenden Verteidigung der Souveränität durch China, Russland und in Maßen auch durch die Türkei, von denen Venezuela abhängig ist und durch deren Unterstützung es in noch weitere Abhängigkeit kommt.

Von souveränem Handlungsspielraum und Entwicklung von Demokratie im Inneren des Landes bleibt unter solchen Bedingungen nicht mehr viel.

Prekäres Patt

Es zeigt sich jetzt in Venezuela, was in den zurückliegenden Jahren bereits in der Ukraine und danach in Syrien hervorgetreten ist: In der Zange zwischen der vorgeblichen Verteidigung der „Demokratie“ auf der einen und der Verteidigung der „Souveränität“ auf der anderen wurde die tatsächliche Selbstbestimmung beider Länder, konkret der dort lebenden Menschen, zerquetscht. Das Gleiche wiederholt sich jetzt noch offener im Falle von Venezuela. Eine Lösung dieses Knotens ist beim Stand der internationalen Beziehungen nicht abzusehen, im besten Falle eine weitere Verfestigung des zur Zeit herrschenden prekären globalen Patts, in dem sich die Hauptmächte heute gegenüberstehen, ohne Entscheidungen erzwingen zu können.

Diese Entwicklung schreit nach neuen, in die Zukunft gerichteten Organisationsformen des Lebens zwischen Völkern und Staaten, die über die Fesseln der als Versammlung einheitlicher Nationalstaaten konstituierten Weltorganisation hinausführen. Der hilflose Appell des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, António Guterres, die Souveränität Venezuelas zu achten, lässt diese Notwendigkeit in schmerzlicher Deutlichkeit erkennen.

Gebraucht wird eine Organisationsidee, von „oben“ wie von „unten“ ins Leben gebracht, die der realen Entwicklung globalisierter Wirtschafts- und Lebensweisen in einer Form Rechnung trägt, welche Produktion, Verteilung und Konsum in assoziativen,

sich gegenseitig befördernden und kontrollierenden Strukturen an die Basis lokaler und regionaler Lebensräume zurückbindet, so wie sie das Lokale ins Globale einbringt. Dies würde Staaten reduzieren, besser gesagt: konzentrieren, auf ihre Aufgabe als Rechtsverbände des realen Lebens vor Ort und ihnen – wie auch der übergreifenden Gemeinschaft solcher Staaten – die Rolle des Entwicklungshelfers für eine neue Struktur des Zusammenlebens zuweisen.

Das wäre die Hilfe, die heute gebraucht wird. Damit könnte die Konkurrenz nationaler Staatsmonopole um Ressourcen und Einflusszonen, wie sie sich gegenwärtig wieder einmal, diesmal über Venezuela, zusammenzieht, der Geschichte überlassen werden. Stattdessen könnten die Eigenverantwortlichkeit und das Wohl der Menschen in kooperativen, grenzübergreifenden Zusammenhängen gefördert werden.

Es ist klar, dass eine solche Entwicklung nicht aus dem Hut zu zaubern ist, weder aus lokalen Hüten noch aus übergeordneten. Aber klar ist auch, dass es Zeit ist für eine solche Entwicklung. Das lässt sich aus dem um Venezuela entstehenden Vexierbild aufs Neue unmissverständlich erkennen. Dies gilt unabhängig davon, ob sich Maduro oder Guaidò – konkreter gesagt: die Menschen Venezuelas – dem Druck von außen jetzt noch einmal beugen müssen. ■

Kai Ehlers, www.kai-ehlers.de

schwangere Patientin im Hirnversagen behandelte. Ihr Kind konnte gesund per Kaiserschnitt auf die Welt kommen, die Mutter starb zwei Tage später. Die damals gültigen Kriterien des sog. „Hirntodes“ waren deutlich übererfüllt. Seit dieser Zeit hält Paolo Bavastro Vorträge und weist mit etwa 200 Veröffentlichungen, Büchern und Buchbeiträgen auf die Problematik der Transplantationsmedizin hin.

Das Buch beginnt mit dem Paradigmenwechsel in der Medizin, der Etablierung eines neuen Menschenbildes unter Verzicht auf tradierte Ethik und mit folgendem Zitat von Max Planck: „Irrlehren in der Wissenschaft brauchen 50 Jahre, bis sie abgelöst werden, weil nicht nur die betreffenden Professoren, sondern auch ihre Schüler vorher aussterben müssen.“ Beinahe hätte Max Planck vorausseilend auch in Sachen des sog. „Hirntod“ Recht. Ausgerechnet an dem Ort der USA, wo vor 50 Jahren explizit im Interesse der Transplantationsmedizin der „Hirntod“ als Tod des Menschen verabredet wurde, rückt man inzwischen von der Festschreibung dieses Irrtums ab. Unter Verzicht auf jegliche wissenschaftliche Begründung hält die Bundesärztekammer dennoch weiterhin an dem Hirntod-Konzept – an dem Tod vor dem Tod – als Geschäftsgrundlage der Transplantationsmedizin fest.

Bavastro belegt mit Hilfe statistischer Fakten, wie viele Menschen in Deutschland täglich an vermeidbaren Krankheiten sterben und nicht an Organmangel auf der Warteliste, wie immer behauptet wird: 383 Menschen pro Tag sterben an den Folgen des Tabakkonsums, 27 an den Folgen von Alkoholkonsum, etc. Der stets steigende Bedarf an Ersatzorganen wird nie befriedigt werden können.

Ausführlich berichtet wird über die Frage nach Schmerzempfinden des hirngeschädigten Patienten bei der Organentnahme, über vorgetäuschte Sicherheit einer Hirntod-Diagnose, über professionelle Gesprächsführung mit trauernden Angehörigen, über Persönlichkeitsveränderungen bei Organempfängern, Fallpauschalen für Organtransplantationen, Folgekosten bei Organempfängern und nicht zuletzt über Skandale, Unregelmäßigkeiten, strukturelle Probleme dieser weitestgehend abgeschotteten Spartenmedizin. Die Transplantationsmedizin betrifft im Übrigen nur 0,015 % der Bevölkerung. Abgesehen von den einträglichen Einnahmen der Marktteilnehmer dieser Medizin, gilt die Pharmaindustrie mit einem jährlichen Umsatz von über 2 Milliarden Euro in Deutschland mit immunsuppressiven Medikamenten als größter Gewinner. Diese Medikamente müssen Organempfänger zur Vermeidung der Abstoßung der Ersatzorgane ihr Leben lang konsumieren.

Problematisch ist, so Bavastro, die Arbeit der Prüfungskommissionen der BÄK. Das Grundproblem: Die Einrichtung die die Richtlinien schreibt, überprüft auch die Einhaltung, Mitglieder der Kommission sind u.a. Transplantationschirurgen. Die Unabhängigkeit ist nicht gegeben, Interessenkollisionen sind systemimmanent vorprogrammiert. Kritisiert wird zudem, dass einer Berufsorganisation die Meinungshoheit über den „Stand der Erkenntnis der medizinischen

Literatur

Paolo Bavastro: ORGANTRANSPLANTATION

Zukunftsweisend oder Irrweg des Zeitgeistes?

Richard Fuchs

Faszinierende Materialsammlung zum Thema Organ-Transplantation

Dr. med. Paolo Bavastro, ein ausgewiesener Kenner, hat sich erneut kritisch mit den Themen Hirntod und Organtransplantation auseinandergesetzt und ein weit über 600 Seiten starkes Buch vorgelegt, das kaum Fragen offen lässt. Sein Interesse als Facharzt für Innere Medizin und Kardiologie begann vor nahezu 30 Jahren, als er als Chefarzt gemeinsam mit anderen Ärzten über drei Monate lang eine

Wissenschaft“ wie auch die Richtlinienkompetenz übertragen wird. Als Lobbyist vertritt die BÄK nicht zuletzt die kommerziellen Interessen der Ärzteschaft.

Als Nachschlagewerk für alle, die sich beruflich oder privat, mit dem Thema Organ-Transplantationen auseinandersetzen wollen, seien sie Politiker, Ärzte, Juristen, Theologen, Philosophen, Vertreter der Erwachsenenbildung oder gesellschaftlich Interessierte und Verantwortliche, ist das Buch von Paolo Bavastro mit seiner Datenfülle unverzichtbar. Denn geplant ist z. Zt. einmal wieder eine Novelle des Transplantationsgesetzes mit weitgehenden Einschränkungen von Patientenrechten. ■

Paolo Bavastro
ORGAN-TRANSPLANTATION
Zukunftsweisend oder Irrweg des Zeitgeistes?
Verlag Königshausen & Neumann, Würzburg 2018
ISBN 978-3-8260-6569-9
636 Seiten, kartoniert, 68,- Euro

Gedenken

Christoph Strawe

Margarete Ostheimer

*14. 7. 1930 – † 24. 11. 2018

Margarete Ostheimer, 1967 Begründerin der bekannten gleichnamigen Firma in Zell, hat mit dem dort hergestellten wunderbaren Holzspielzeug viele Kinder glücklich gemacht. Nun ist sie 88jährig über die Schwelle gegangen. „Das Unternehmen in Zell etablierte sich. Heute sind es 60 Festangestellte und 100 Heimarbeiter, dazu zehn freie Werkstätten als verlängerte Werkbank. Und es läuft sehr gut“, hieß es in einem Nachruf in der Südwestpresse.¹ Ihre Eltern waren sich als Mitarbeiter bei der Firma Waldorf Spielzeug in Stuttgart begegnet. Im Andenken an sie errichtete Margarete Ostheimer 2001 die „Walter und Adeline Ostheimer Stiftung“. Im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus überschrieb sie die Firma dieser Stiftung und nahm sie damit aus der Verkäuflichkeit heraus. „Es gehörte zu ihrem unternehmerischen Selbstverständnis, Firmengewinne nicht anzuhäufen, sondern wieder in den Kreislauf des gesellschaftlichen Lebens zu-

rückzugeben und damit zukunftsweisende soziale Initiativen und Projekte zu unterstützen.

Die Walter und Adeline Ostheimer Stiftung als alleinige Eigentümerin der Margarete Ostheimer GmbH verwaltet den Besitz und bildet den Hintergrund für die Arbeit der Geschäftsführung, die die Firma als modernes Unternehmen in die Zukunft führt², lesen wir in der Selbstdarstellung der Stiftung. Diese fördert anthroposophische Initiativen und Einrichtungen, nicht zuletzt auch Initiativen auf dem Feld der sozialen Dreigliederung wie die unsere. Wir denken in Dankbarkeit an Margarete Ostheimer. ■

Georg Glöckler

Am 1. Februar verstarb Georg Glöckler, 86jährig, nach einer Krebserkrankung. 1933 in Stuttgart geboren, studierte er Mathematik und Physik auf Lehramt an der Technischen Universität in Stuttgart. 20 Jahre war er als Oberstufenlehrer tätig, die längste Zeit an der Freien Waldorfschule in Marburg/Lahn. Von 1978–1989 wirkte er als Dozent am Institut für Waldorfpädagogik in Witten-Annen/Ruhr. Von 1990–2003 leitete er die Mathematisch-Astronomische Sektion am Goetheanum. Wolfgang Held, sein langjähriger Mitarbeiter, würdigt ihn in einem Nachruf u.a. mit folgenden Worten: „Noch im vergangenen Jahr war er an zahlreichen Tagungen ‚im Einsatz‘, wie er seine Kurs- und Vortragstätigkeit gern benannte. So erstreckt sich seine anthroposophische Bildungsarbeit über mehr als ein halbes Jahrhundert. Neben anthroposophischen Grundfragen wie der allgemeinen Menschenkunde sind es vor allem die Sinneslehre, die projektive Geometrie und die Erkenntnis der Rhythmen, die ihm am Herzen lagen. Zu seinem weiten Arbeitsspektrum gehörte, dass er über Jahrzehnte in der Waldorf-Sportlehrausbildung aktiv war wie auch über 44 Jahre in der Ausbildung zum biologisch-dynamischen Landbau. 79-mal führte es ihn nach Südamerika zu pädagogischen und medizinischen Tagungen in den Ländern Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Mexiko, Chile und Peru ...“

Georg Glöckler nahm leidenschaftlichen Anteil am Zeitgeschehen, die soziale Dreigliederung hatte für ihn eine existenzielle Bedeutung. Mehrfach wirkte er an Tagungen unserer Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ mit, bei denen wir versuchten, ein vertieftes Verständnis für die Zusammenhänge von Mensch und Sternenwelt, Kosmos und sozialem Organismus zu erarbeiten. Unvergesslich sind Gespräche auf dem Parkplatz des Stuttgarter Lehrerseminars, wo man ihn in den Pausen seiner Kurse Stumpfen rauchend antreffen konnte. Wir bleiben ihm herzlich verbunden. ■

¹ www.swp.de/suedwesten/landkreise/lk-goepfingen/zum-tod-margarete-ostheimers_herausragendes-lebenswerk28456220.html

² www.ostheimer.de/unser-engagement/die-ostheimer-stiftung.html

Initiativen und Termine

Kreditinitiative „Unternehmen in Freiheit“ startet!

Kurt Wilhelmi

1,7 Millionen Menschen haben das bayerische Volksbegehren zur Artenvielfalt „Rettet die Bienen“ unterstützt. Schon in den ersten Tagen der nur zweiwöchigen Eintragungszeit bildeten sich lange Schlangen vor den Eintragungstischen und man konnte spüren: Es summt, es brummt.

Wenn der bayerische Landtag den Gesetzentwurf des Volksbegehrens jetzt nicht übernimmt, können die Bürgerinnen und Bürger im Herbst in einem Volksentscheid darüber abstimmen. Dieser grandiose Erfolg des Volksbegehrens zeigt, dass es den Menschen immer klarer wird, dass wir die Landwirtschaft und Naturpflege anders finanzieren müssen als bisher, um der Vielfalt der Natur gerecht zu werden.

Da passt es ganz wunderbar, dass jetzt die bundesweite Kreditinitiative „Unternehmen in Freiheit“ startet. Sie befasst sich mit der Frage, wie wir die GANZE Wirtschaft, die ganze Arbeit, so finanzieren können, dass die künstliche – unnatürliche – Trennung von Ökonomie und Ökologie überwunden wird zugunsten ihrer neuen Vereinigung als ein Kunstwerk, das wir alle gemeinsam hervorbringen.

Die Kreditinitiative schlägt eine neue Finanzierungsquelle vor, die in den Statuten der Europäischen Zentralbank rechtlich verankert werden soll. Für diesen Vorschlag möchten wir im Laufe der nächsten Zeit einen Unterstützerkreis von mindestens 50.000 Menschen aufbauen. Wenn dies gelungen ist, wollen wir eine Bundestags-Onlinepetition starten, deren Eintragsfrist 4 Wochen beträgt. Dadurch erhalten wir das Recht, unseren Vorschlag in einer öffentlichen Anhörung im Bundestag vorzustellen.

Wer in die Aktion einsteigen möchte, kann sich hier eintragen: www.kreditinitiative.de. Und so soll die neue Finanzierung der Arbeit aussehen:

Alle Unternehmen erhalten aus dem Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) frisch geschöpftes Geld als zinsfreien Kredit, wenn sie

1. *ihre wirtschaftliche Aufgabe gemeinwohlorientiert erfüllen und einen Bedarf von Mensch oder Natur befriedigen wollen,*

2. *die Einkommen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine öffentlich-rechtliche Grundlage stellen, die demokratisch gestaltet und weiterentwickelt werden kann,*
3. *Profit nicht als wirtschaftliche Aufgabe betrachten, d.h. dauerhaft auf Profit verzichten und die entstehenden Überschüsse und Unterschüsse so miteinander ausgleichen, dass alle Unternehmen ihren Kredit regelmäßig wieder ablösen.*

Dieser Vorschlag versucht, der Natur des Menschen gerecht zu werden. Der Mensch ist ein vielfältiges Wesen. Er will seine Fähigkeiten individuell entwickeln und so einsetzen, dass daraus Dinge entstehen, die in der Welt gebraucht werden, für die ein Bedarf besteht, d.h. er will einen Sinn in der Arbeit verwirklichen. Das kann er am Besten dann, wenn seine Mitmenschen ihm das durch ein Einkommen ermöglichen. Das Einkommen ist ein demokratisch hervorbringbares Grundrecht, das es jedem Menschen ermöglicht, seinen individuellen Beitrag in die gemeinsame Produktion einzubringen. Diese gemeinsame Produktion wiederum ist in unserer heutigen arbeitsteiligen Weltwirtschaft ein Ganzes. Hier können die arbeitsteilig verbundenen (assoziierten) Unternehmen die Preise insgesamt so gestalten, dass alle Unternehmen ihren Kredit regelmäßig wieder zurückzahlen können, auch die Unternehmen, die am Markt keine Preise festsetzen können oder sollen, z.B. die Pflege der Natur, die Krankenhäuser, die Schulen etc.

Mit diesem Vorschlag wird für den demokratischen Souverän, die öffentliche Hand und jeden einzelnen Menschen die Möglichkeit eröffnet, zum elementaren Gestalter des Geldes und seiner Bewegungen zu werden.

Der Vorschlag ist so gestaltet, dass der neue Weg neben dem alten eingeschlagen werden kann. Es soll kein Zwang bestehen. Es soll aber auch kein Unternehmen mehr daran gehindert werden, seine Fähigkeiten frei zum Einsatz zu bringen. Für die Umsetzung unseres Vorschlags haben wir einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, in dem die Satzung der Europäischen Zentralbank (EZB) um einen entsprechenden Absatz ergänzt wird.

Darüber hinaus arbeitet unser Partnerprojekt, die „European Credit Initiative“ daran, eine Europäische Bürgerinitiative (EBI), bei der eine Million Unterschriften zusammenkommen müssen, im Laufe der Jahre kontinuierlich vorzubereiten, um den Gedanken der Erweiterung der Statuten der EZB der Europäischen Kommission vorlegen zu können. ■

Wer in die Aktion einsteigen möchte, trage sich bitte hier ein: www.kreditinitiative.de

Kontakt aufnehmen oder Informationsmaterial bestellen kann man hier:

OMNIBUS für Direkte Demokratie
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Tel. +49 30 - 42 80 43 90

OMNIBUS für Direkte Demokratie

Arbeitskreis Geld Termine 2019

Liebe an den Treffen des „Arbeitskreis Geld“ Interessierte, wir werden uns in diesem Jahr wieder dreimal auf Schloss Freudenberg treffen. Hier die Termine:

13./14. April | 6./7. Juli | 16./17. November

Wir freuen uns auf schöne Treffen und die gemeinsame Arbeit an spannenden Fragen. ■

Für den OMNIBUS
Kurt Wilhelmi, kurt.wilhelmi@omnibus.org
www.omnibus.org
www.schlossfreudenberg.de

Zukunftsfähiges Wirtschaften

Erfahrungen aus der WALA Heilmittel GmbH

Öffentlicher Vortrag mit Dr. Johannes Stellmann,
Geschäftsführer der WALA

Donnerstag, 09.05.2019, 19.30 Uhr
im Festsaal der Freien Waldorfschule Filstal,
73035 Göppingen-Faurndau, Ahornstrasse 41 ■

Terra Preta

Mitte Oktober letzten Jahres begann unser Leser Gregor Kux aus Brasilien ein Crowdfunding für eine Initiative unter dem Motto „Mit Terra Preta stoppen wir die Klimaerwärmung“. Terra Preta wird auch schwarze Indianererde genannt. Gregor Kux schreibt uns dazu:

„Das Generieren von Terra Preta ist ein 2000 Jahre alter Prozess der Amazonasindianer, Kohlendioxid in großen Mengen aus der Atmosphäre zu binden und langfristig fruchtbaren Boden zu schaffen. (Es ist nicht nur die Reduzierung von Kohlendioxid-Emissionen, es entzieht der Atmosphäre endgültig Kohlendioxid.“ Im Rahmen der Aktivitäten der Gruppe „konnten wir einen ersten Versuch [...] bei den Indianern selbst beginnen.“

„Das war ein ganz kleiner Beginn, doch hat er symbolisch sehr viel Bedeutung. Die Indianer wissen, dass mit der Amazonasabholzung eine permanente Ausbeutung der biologischen Vielfalt und traditionellem Wissen einhergeht. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist es wichtig das Wissen und die Praxis der Generierung der schwarzen Indianererde innerhalb der Indianergemeinschaften anzulegen und zu fördern. Zurzeit findet man mehr

Informationen zur Terra Preta in Deutschland als im Amazonas.

Der neue extrem rechte Präsident Brasiliens erklärt ganz deutlich, dass er Indianerreservate zugunsten internationaler Bergbauunternehmen verkaufen will, um das Staatsdefizit zu bremsen. Damit sind wir als internationale Zivilgesellschaft herausgefordert diesem Prozess entgegenzuwirken.

Die Crowdfunding Campagne wurde inzwischen beendet. Wegen weiterer Unterstützungsmöglichkeiten kann man sich wenden an: Gregor Kux, gregorkux@hotmail.com, 0055 62 3213 4388, 0055 62 99633 4801, www.ecocrowd.de/projekte/terra-pret a ■

100 Jahre Waldorf – Das ist erst der Anfang

Projekte und Feierlichkeiten rund um die Welt

Dieses Jahr wird „die Waldorfschule“ 100 Jahre jung! Am 7. September 1919 wurde die erste Waldorfschule in Stuttgart gegründet. Mit über 1.150 Waldorfschulen und rund 2.000 Waldorfindergärten, verteilt auf über 80 Länder auf allen Kontinenten, ist die Waldorfpädagogik heute die weltweit größte unabhängige Schulbewegung. Unter dem Motto „Learn to Change the World“ sollen im Jubiläumsjahr zahlreiche Aktivitäten dazu beitragen, dass sich die internationale Waldorfgemeinschaft noch stärker gegenseitig wahrnimmt und vernetzt. Ebenso soll sich der pädagogische Impuls Rudolf Steiners in einem öffentlichen Austausch mit der Gesellschaft weiterentwickeln.

Dazu beitragen sollen viele Begegnungs- und Beteiligungsmöglichkeiten: sei es bei Festivals, Schulauführungen, ökologischen, künstlerischen und sportlichen Projekten oder bei Konferenzen und Messen. An den Waldorfschulen, in ganz Deutschland und über die Grenzen hinweg, soll so eine lebendige internationale Verbundenheit geschaffen werden, die heute so wichtig ist wie selten zuvor.

Über einzelne Termine hatten die „Sozialimpulse“ bereits im Dezemberheft berichtet. Eine Übersicht finden Sie auch hier: <https://www.waldorf-100.org/termine> | <https://www.waldorf-100.org/project> | <https://www.waldorf-100.org/kongress-stuttgart> | <https://www.waldorf-100.org/festival-berlin> ■

12. Summer School Social Banking und nachhaltige Finanzwirtschaft

23. bis 24. Juni 2019, Basel, Schweiz

- Erproben Sie den Geist des europäischen Social Banking Netzwerks.
- Lernen Sie mehr über Social Banks, ihre Operationen, ihre Wurzeln und Werte.
- Informieren Sie sich über die internationalen Perspektiven und die Arbeit eines nachhaltigen Bank- und Finanzwesens.
- Erweitern Sie Ihren Horizont und lassen Sie sich in ihrer täglichen Arbeit inspirieren.

Mehr Informationen und Anmeldung: www.social-banking.org/education/upcoming/
Kontakt: info@social-banking.org

Veranstalter: institute for social banking |
Freie Gemeinschaftsbank ■

Kernqualitäten für Führungskräfte

Ein Kurs in 3 Modulen von IMO, Institut für Menschen und Organisationsentwicklung, in Kooperation mit der Paritätischen Akademie Süd. Kursbegleiter Timothy Apps und Hilmar Dahlem. Nähere Info und Anmeldung: <https://www.akademiesued.org/bildungsangebote/detail/seminar/3331150/kernqualitaeten-fuer-fuehrungskraefte-eine-erfahrungs-und-lernwerkstatt.html> | www.het-imo.net ■

Terminerinnerung: Menschenwürde

Von Kindern, vom Kind im Menschen, vom Hegen und Pflegen der Kindheitskräfte als Zukunftsweg in die Option Menschenwürde unter den Bedingungen der Globalisierung

Donnerstag – Fronleichnam, **20. Juni bis Sonntag, 23. Juni 2019**. Öffentliche Arbeitstagung des Internationalen Kulturzentrums Achberg im Schloss Freudenberg, Freudenbergstr. 224 – 226, 65201 Wiesbaden. In Kooperation mit dem Janusz Korczak Institut Nürtingen und Schloss Freudenberg, Erfahrungsfeld der Sinne und des Denkens.

Verantwortlich für das Tagungsgeschehen sind Christoph Klipstein (ch.klipstein.3.mchl@googlemail.com), Henning Köhler und Matthias Schenk ■

Veranstaltungen im Forum 3, Stuttgart

Gabriela Reinwald – Willst Du recht haben oder Zukunft gestalten? Freitag, 22. März

Gabriela Reinwald – Empathie vs. Apathie, Montag, 25. März

Alfred Wohlfeil / Ulrich Morgenthaler – Forum-Gespräch zur aktuellen Zeit- und Weltlage, Freitag, 29. März

Impuls für die Zukunft – Tagung anlässlich 100 Jahre soziale Dreigliederung, Freitag, 5. April bis Sonntag, 7. April

Tobias Miltenberger – Die Honigbiene und die biodynamische Imkerei, Freitag, 12. April

Frank Burdich – Die übersinnliche Wahrnehmung und ihre Vorstufen, Freitag, 3. Mai

Außer der Reihe

Chorum, Freitag, 11. Januar – Freitag, 26. April

HEIMAT – Internationale Wochen gegen Rassismus, Montag, 11. März – Freitag, 22. März

DOK OUT – Still Breathing, Mittwoch, 20. März

OPEN STAGE XVI / freiRAUM, Samstag, 13. April

OPEN STAGE XVII / freiRAUM, Samstag, 15. Juni

Näheres: <https://www.forum3.de> ■

Netzwerktreffen 2019

Christoph Strawe

Das Jahrestreffen des Netzwerk Dreigliederung wird in diesem Jahr, wie im letzten Heft bereits angekündigt, wieder in Freiburg im Breisgau stattfinden.

Bitte Termin vormerken: Freitag, 29. November, abends, bis Sonntag, 1. Dezember 2019, mittags. Veranstaltungsort ist das Rudolf-Steiner-Haus Freiburg, Starkenstr. 36. Ein regionaler Verantwortungskreis bereitet das Treffen vor. Näheres wird den kommenden Heften bzw. dem Internet zu entnehmen sein. ■

Kontakt/Info: Peter Wassmer, Gemeindestr. 11, 79761 Waldshut-Tiengen, 0152 5405 6432, peter.wassmer@posteo.de ■



Vorträge & Musik, Workshops & Foren Markt der Möglichkeiten & Kunstaktionen

Wie werden wir den drängenden sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht? 1919, nach dem Ersten Weltkrieg, ging von Stuttgart eine Volksbewegung für die „Dreigliederung des sozialen Organismus“ aus. Sie wurde inspiriert von Rudolf Steiner und setzte sich für eine umfassende gesellschaftliche Neuordnung ein, die auf der Selbstbestimmung mündiger Menschen in allen Bereichen der Gesellschaft beruht. Was gewinnen wir aus diesem Impuls und den bisher damit gemachten praktischen Erfahrungen für die Probleme von heute und morgen?

Beiträge von: Fritz Kuhn (OB Stuttgart) | Henning Kullak-Ublick (Waldorfschulbewegung) | Prof. Dr. Albert Schmelzer (Historiker) | Gerald Häfner (Politiker, Sozialwissensch. Sektion am Goetheanum) | Nicanor Perlas (Aktivist, Träger des Alternativen Nobelpreises, Philippinen) | Lena Sutor-Wernich, Marco Bindelli (Musiker) | Ulrich Morgenthaler (Forum3) und viele mehr...

**Eintritt frei | Tagungsorte in Stuttgart: Forum 3, Gymnasiumstr. 21 |
Hospitalhof, Büchsenstr. 33 | www.100JahreSozialeDreigliederung.de |
info@100JahreSozialeDreigliederung.de**

Veranstalter: Forum 3 (Rechtsträger) | Goetheanum – Sektion für Sozialwissenschaften | Die Christengemeinschaft Stuttgart-Mitte | Initiative Netzwerk Dreigliederung | Institut für soziale Gegenwartsfragen | Tagungspartner: Kooperation mit Hospitalhof Stuttgart – Evangelisches Bildungswerk | Campus A Stuttgart | Anthroposophische Gesellschaft Stuttgart | Freie Hochschule Stuttgart | Bund der Freien Waldorfschulen

Partnertagung: 100 Jahre Dreigliederung – Fest und Symposium Achberg

Fr 26. - So 28. April 2019 im Internationalen Kulturzentrum Achberg
Veranstalter: Verein Soziale Skulptur e.V. Weitere Infos www.soZIALESKulptur.com



Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart

in Verbindung mit der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Selbstverwaltungs- impuls, Rätegedanke, Mitbestimmung

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart, **21./22. Juni 2019**

Öffentliches Werkstattgespräch

Freitag, 21. Juni 2019, Beginn 19 Uhr

Die Dreigliederungsbewegung 1917-1922, der Rätegedanke und sein Zukunftspotenzial.

Vortrag Prof. Dr. André Bleicher, anschließend
Gespräch im Plenum: Moderation:
Ulrich Morgenthaler.

Teilnahmebeitrag nach Selbsteinschätzung
(Richtsatz EUR 10)

Forschungskolloquium

Samstag, 22. Juni 2019

I. 9.00 – 10.30 Uhr: **Geschichte und aktuelle
Bedeutung des Selbstverwaltungsimpulses.**

Einleitung: Manfred Kannenberg-Rentschler

II. 11.00 – 12.30: **Formen der Selbstverwal-
tung.** Einleitung: Prof. Dr. Christoph Strawe,
Manfred Trautwein

III. 14.00 – 15.30: **Mitbestimmung und
ihre Konsequenzen für die Zusammenarbeit.**

Einleitung: Udo Herrmannstorfer,
André Bleicher

IV. 16.00 – 17.00: **Mitbestimmung und
ihre Konsequenzen für die Zusammenarbeit.**
(Fortsetzung)

17.15 – 18.30: **Die Gesellschaft der Zu-
kunft – eine Selbstverwaltungsgesellschaft.**

Gesprächseinleitung: Christoph Strawe

Teilnahmebedingungen

Die Werkstatt am Freitagabend ist öffentlich,
eine besondere Anmeldung ist nicht erforder-
lich. Das Forschungskolloquium ist ein Ge-
spräch zwischen Menschen, die sich bereits
intensiver mit dem Thema auseinandergesetzt
haben. „Neulinge“ sind als interessierte Gä-
ste und Zuhörer willkommen und herzlich ein-
geladen. Wir erbitten zur Kostendeckung der
Veranstaltung Spenden, die Sie nach eigenem
Vermögen und Ermessen ansetzen können.

Weitere Werkstatt und Kolloquium 2019

Forum 3, Gymnasiumstr. 21,
70173 Stuttgart

18./19. Oktober 2019

Schöne neue Welt – Strategien in der digitalisierten Gesellschaft

Kontakt und Anmeldung

Institut für soziale
Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart,
Tel. (0711) 23 68 950
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de